Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

5. Januar 1981 Nr. 1/2 Preis 1 DM D 21060 C

Den sowjetischen Expansionismus aufhalten

Lehren aus der Aggression gegen Afghanistan und Kampuchea

bep. Am Jahrestag des sowjetischen Überfalls auf Afghanistan blieb es ruhig in Kabul. Zwei Tage später, am 29. Dezember, brachen Unruhen aus. 40 Polizisten, deren Dienstpflicht verlängert werden sollte, revoltierten. Gerüchte sprachen von einer generellen Verlängerung der Dienstpflicht in Polizei und Armee von zwei auf zweieinhalb Jahre, um die Verluste durch Desertion auszugleichen. Die Polizisten forderten Entlassung, prügelten ihren Vorgesetzten durch, demolierten einen russischen Buchladen und bewarfen das Ministerium für Kultur und Information mit Steinen. Armeeeinheiten nahmen sie fest. Später versammelte sich erneut eine Menschenmenge vor dem Ministerium und wurde mit Waffengewalt auseinandergetrieben. Der Vorfall genügte, um mehrere russische Kampfhubschrauber im Luftraum über Kabul und sowjetische Patrouillen in gepanzerten Fahrzeugen in den Straßen auf den Plan zu rufen.

In der Woche davor spaltete sich die „Islamische Allianz für die Befreiung Afghanistans". Drei muslimische Befreiungsorganisationen, die als gemäßigt und prowestlich beschrieben werden, spalteten sich von der Allianz ab und streben jetzt die Gründung einer eigenen gemeinsamen Frontorganisation an. Kurz zuvor hatte der Präsident der Allianz, zu einer der konservativen

bep. Am Jahrestag des sowjetischen Überfalls auf Afghanistan blieb es ruhig in Kabul. Zwei Tage später, am 29. Dezember, brachen Unruhen aus. 40 Polizisten, deren Dienstpflicht verlängert werden sollte, revoltierten. Gerüchte sprachen von einer generellen Verlängerung der Dienstpflicht in Polizei und Armee von zwei auf zweieinhalb Jahre, um die Verluste durch Desertion auszugleichen. Die Polizisten forderten Entlassung, prügelten ihren Vorgesetzten durch, demolierten einen russischen Buchladen und bewarfen das Ministerium für Kultur und Information mit Steinen. Armeeeinheiten nahmen sie fest. Später versammelte sich erneut eine Menschenmenge vor dem Ministerium und wurde mit Waffengewalt auseinandergetrieben. Der Vorfall genügte, um mehrere russische Kampfhubschrauber im Luftraum über Kabul und sowjetische Patrouillen in gepanzerten Fahrzeugen in den Straßen auf den Plan zu rufen.

In der Woche davor spaltete sich die „Islamische Allianz für die Befreiung Afghanistans". Drei muslimische Befreiungsorganisationen, die als gemäßigt und prowestlich beschrieben werden, spalteten sich von der Allianz ab und streben jetzt die Gründung einer eigenen gemeinsamen Frontorganisation an. Kurz zuvor hatte der Präsident der Allianz, zu einer der konservativen
islamischen Gruppierungen gehörend, westliche Militär- und Finanzhilfe abgelehnt, während die Anführer der abgespaltenen Gruppierungen versuchten, in Europa Unterstützung zu erhalten.

Hat die Sowjetunion in Afghanistan ihr Ziel erreicht?

Auf diese Frage gibt es keine einfache Antwort. Die beiden beschriebenen Vorfälle sind bezeichnend für die Widersprüchlichkeit der Situation. Es ist der Sowjetunion nicht gelungen, ihrer Oberherrschaft im Land selbst eine einigermaßen stabile politische Basis zu schaffen. Vielmehr ist diese Basis rapide geschwunden, und die SU ist mehr und mehr auf ihre nackte Militärmacht von über 100000 Mann angewiesen. Auf der anderen Seite hat sie die militärische Bewegungsfreiheit im wesentlichen behalten. Sie kann ihre Stützpunkte halten und versorgen, ihre Truppen können offenbar in fast alle Teile des Landes eindringen. Insofern hat sie sich Afghanistan als strategisches Aufmarschgebiet in Richtung Persischer Golf gesichert. Solange es dem afghanischen Widerstand nicht gelingt, zu einer größeren Einheitlichkeit der politischen Zielsetzung und der politischen und militärischen Organisation zu kommen, kann die SU diese Position militärisch voraussichtlich auch nutzen. Die SU muß dabei aber nicht nur ihre Verluste an Menschen und Material die möglichen Auswirkungen auf ihre Truppen und auf die unter ihrer Herrschaft lebenden islamischen Völker kalkulieren. Sie muß auch die internationalen Folgen berechnen.

Die internationalen Reaktionen

Hier ist die Bilanz ebenfalls gemischt. Vielen Regierungen der Dritten Welt sind die Augen geöffnet worden. Im Januar stimmten 104 Staaten in der UNO für die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen, im November 111 (von 154). Auch die Mehrheit für das Demokratische Kampuchea ist gewachsen. Die Sowjetunion und ihre Marionetten sparen aber nicht mit Drohungen gegen die Nachbarn Afghanistans und Kampucheas. Sowohl gegen den Iran wie gegen Pakistan hat die SU auch handfeste Druckmittel, unter anderem die Möglichkeit, vorhandene nationale Widersprüche in diesen Staaten zu schüren. Pakistan hält sich in der Unterstützung der afghanischen Befreiungsbewegungen anscheinend auch zurück, während die iranische Regierung neulich erklärt hat, ihre Waffenlieferungen an die Aufständischen verstärken zu wollen. Der Druck auf die ASEAN-Staaten, den status quo in Kampuchea anzuerkennen, hat noch keine sichtbaren Erfolge; dafür treten hier die westlichen Imperialisten mit dem hartnäckigen Versuch hervor, womöglich über die ASEAN-Staaten die Führung des kampucheanischen Volkes zu beseitigen und ihm eine andere aufzudrängen. Nach der Afghanistan-Aggression ist es der SU in bestimmtem Umfang gelungen, zwischen ihrem imperialistischen Hauptkonkurrenten USA und dessen imperialistischen Verbündeten zu spalten. Von Bedeutung ist aber vor allem, daß sich in diesen Ländern eine selbständige Massenbewegung gegen die sowjetischen Aggressionen noch

UNO für die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen, im November 111 (von 154). Auch die Mehrheit für das Demokratische Kampuchea ist gewachsen. Die Sowjetunion und ihre Marionetten sparen aber nicht mit Drohungen gegen die Nachbarn Afghanistans und Kampucheas. Sowohl gegen den Iran wie gegen Pakistan hat die SU auch handfeste Druckmittel, unter anderem die Möglichkeit, vorhandene nationale Widersprüche in diesen Staaten zu schüren. Pakistan hält sich in der Unterstützung der afghanischen Befreiungsbewegungen anscheinend auch zurück, während die iranische Regierung neulich erklärt hat, ihre Waffenlieferungen an die Aufständischen verstärken zu wollen. Der Druck auf die ASEAN-Staaten, den status quo in Kampuchea anzuerkennen, hat noch keine sichtbaren Erfolge; dafür treten hier die westlichen Imperialisten mit dem hartnäckigen Versuch hervor, womöglich über die ASEAN-Staaten die Führung des kampucheanischen Volkes zu beseitigen und ihm eine andere aufzudrängen. Nach der Afghanistan-Aggression ist es der SU in bestimmtem Umfang gelungen, zwischen ihrem imperialistischen Hauptkonkurrenten USA und dessen imperialistischen Verbündeten zu spalten. Von Bedeutung ist aber vor allem, daß sich in diesen Ländern eine selbständige Massenbewegung gegen die sowjetischen Aggressionen noch
nicht entwickelt hat. Zum Jahrestag des Überfalls auf Afghanistan fanden zwar verschiedene Demonstrationen vor sowjetischen Botschaften statt, aber fast überall waren sie hauptsächlich von exilierten Afghanen getragen. Zwar unterstützen viele die Forderung nach Abzug der fremden Truppen aus Afghanistan und Kampuchea, aber eine Bewegung wie die in den 60er Jahren gegen den US-Imperialismus gibt es offensichtlich nicht.

Die Versuche zur Neuaufteilung der Welt gehen von der Sowjetunion aus, während ihr großer imperialistischer Gegenspieler demgegenüber in der Defensive ist. Der Verbreitung dieser Erkenntnis stellen sich in der BRD und Westeuropa sozialdemokratische Kräfte in der Arbeiterbewegung entgegen, die den Frieden durch Nachgeben gegenüber der Sowjetunion (oder durch Paktieren mit ihr) erkaufen wollen. Selbst wenn die SU ihre Divisionen um Polen zusammenzieht, rührt sich noch relativ wenig. Die Folge ist: Gegenüber diesen Predigern der Entspannung bleiben die Reaktionäre allemal im Recht, die auf die verderblichen Folgen einer Apeasement-Politik gegenüber dem Aggressor hinweisen. Solange die Arbeiterklasse und die Volksmassen hier nicht ein selbständiger politischer Faktor von Gewicht für die Vertreibung der beiden Supermächte von fremden europäischen Territorien werden, werden diese Reaktionäre auch Recht behalten. Ohne Klarheit über den Charakter der Politik der Sowjetunion wird die Arbeiterklasse eine solche Politik auch nicht entwickeln können und wird auch die Unterstützung der Dritten Welt nicht im erforderlichen Maß vorankommen.



Trotz Verbot wurde dem palästinensischen Bürgermeister von Ramallah im besetzten Westjordanien Karim Khalaf bei seiner Rückkehr aus den USA, wohin er nach einem Bombenanschlag zur Heilung mußte, am 26.12. ein triumphaler Empfang bereitet.

Südkorea vor der Entscheidung gegen Kim

wos. Wahrscheinlich um den 15.1. wird das Militärgericht in Südkorea verkünden, ob es das Todesurteil gegen Kim Dae-jung vollstrecken oder in lebenslange Haft umwandeln will. Daß die Diktatur unter Ex-General Chun Du-hwan den Urteilsstab nicht schon früher brach, ist bereits Ergebnis der in der ganzen Welt angewachsenen Solidaritätsbewegung.

Worin besteht das enorme Interesse

sie wollen leidenschaftlich die Wiedervereinigung zu einer unabhängigen Nation. Es ist Kim, der diese Bestrebungen gegenwärtig verkörpert. Die Absicht der Generäle ist daher klar: zugleich mit ihm wollen sie auch die demokratischen Bestrebungen der Volksmassen liquidieren.

Für die Diktatur ist die Lage nicht günstig, wie ihre jüngsten Maßnahmen zeigen: *Gleichschaltung der Massen-*

Trotz Verbot wurde dem palästinensischen Bürgermeister von Ramallah im besetzten Westjordanien Karim Khalaf bei seiner Rückkehr aus den USA, wohin er nach einem Bombenanschlag zur Heilung mußte, am 26.12. ein triumphaler Empfang bereitet.

Südkorea vor der Entscheidung gegen Kim

wos. Wahrscheinlich um den 15.1. wird das Militärgericht in Südkorea verkünden, ob es das Todesurteil gegen Kim Dae-jung vollstrecken oder in lebenslange Haft umwandeln will. Daß die Diktatur unter Ex-General Chun Du-hwan den Urteilsstab nicht schon früher brach, ist bereits Ergebnis der in der ganzen Welt angewachsenen Solidaritätsbewegung.

Worin besteht das enorme Interesse
der herrschenden Cliquen in Seoul, Kim zu liquidieren? Schon 1971 hatte Kim den Generälen und Kompradorenbourgeois einen mächtigen Schrecken eingejagt, als ihm trotz schmutzigster Behinderungen in den Präsidentschaftswahlen beinahe gelang, Park Chung-hi aus dem Feld zu schlagen. Diese Angst sitzt ihnen noch heute in den Knochen. Kim, aus der verarmten südlichen Provinz Cholla stammend, ist von Anfang an für die Abschaffung der Diktatur und für freie Wahlen, für die Förderung des nationalen Kapitals gegenüber der Beherrschung durch ausländische Monopole, und für Gespräche mit der DVRK mit dem Ziel der Wiedervereinigung des geteilten Landes eingetreten. Nicht allein diese Ziele selbst, sondern auch die Konsequenz, mit der er ihre Verwirklichung anstrebte, haben ihm großen Respekt im Volk verschafft.

Das hat sich nicht nur im hohen Stimmenanteil 1971 niedergeschlagen, sondern auch in wachsender Unterstützung danach. Nach Jahrzehnten des offenen und versteckten Terrors der Generäle und des KCIA gegen jede politische Opposition und sogar freie Meinungsäußerung, nach Jahrzehnten leerer Versprechungen von Wohlstand, zu dessen Erlangung das Land sich angeblich Demokratie „nicht leisten" könne, nach Jahrzehnten der Verteufelung der sozialistischen DVR Korea und antikommunistischer Indoktrinierung, haben heute die politischen Hoffnungen der Volksmassen eine klare Richtung: sie wollen Demokratie, politische Freiheiten und garantierte Rechte, ein Ende des wirtschaftlichen Elends, das überall hinter der brüchigen Fassade glitzernder Wohlstandsinseln für die Reichen hervorschaut, und

sie wollen leidenschaftlich die Wiedervereinigung zu einer unabhängigen Nation. Es ist Kim, der diese Bestrebungen gegenwärtig verkörpert. Die Absicht der Generäle ist daher klar: zugleich mit ihm wollen sie auch die demokratischen Bestrebungen der Volksmassen liquidieren.

Für die Diktatur ist die Lage nicht günstig, wie ihre jüngsten Maßnahmen zeigen: *Gleichschaltung der Massen-*
medien, so daß es jetzt nur noch eine regierungseigene Nachrichtenagentur gibt, die Reporter nur von ihrem Standort aus berichten dürfen, ansonsten Regierungsinformationen zu benutzen haben, jede Provinz in Zukunft nur noch *eine* Zeitung hat. Ständige *Säuberungskampagnen*, obwohl die Korruption doch unvermindert weiterwuchert. *Versprechungen*, den Lohn im Öffentlichen Dienst um 13% zu erhöhen, obgleich die Inflationsrate – offiziell – sich 40% nähert. *Todesurteile* für Journalisten, die angeblich mit Nordkorea Verbindung hatten. Verhaftungen bei neuen Demonstrationen in Seoul. Ein neues *Gewerkschaftsgesetz*, demzufolge es nur noch unternehmenstreue Betriebsgewerkschaften geben darf, jeder branchenmäßige Zusammenschluß also aufgelöst wird.

Zum inneren Druck aufgrund der Wirtschaftskrise kommt jetzt äußerer auch aus westlichen imperialistischen Staaten hinzu, besonders aus Japan, wo sich eine starke Bewegung für die Rettung Kims gebildet hat. Falls Kim hingerichtet wird, will die Bundesregierung eine Sonderdelegation entsenden. Entwicklungsminister Offergeld hat am 19.12. erklärt, daß er dann „keine Grundlage mehr für eine entwicklungspolitische Kooperation" sehe. Die USA aber krallen sich weiterhin mit ihren Besatzungstruppen in Südkorea fest. Sie spielen die Schlüsselrolle.

Gegenwärtig ist das Schicksal Kims und seiner Mitgefangenen der Knotenpunkt der weiteren Entwicklung in Südkorea. Daher ist es falsch, abseits zu stehen, etwa weil er „nur" ein bürgerlicher Demokrat ist. Vielmehr sollte jeder an Aktionen und Demonstrationen zur Rettung Kims teilnehmen.

Röhren, Erdgas, 10 Mrd. DM Kredit

gkr. Einige Konzerne der BRD verhandeln gegenwärtig um das mit einem Umfang von wenigstens 20 Mrd. DM bisher größte Röhren/Erdgasgeschäft mit der Sowjetunion. Es wäre das dritte derartige Tauschgeschäft.

5000 km Erdgaspipeline von Nordsibirien bis an die Grenze der BRD sollen gebaut werden. Vor allem Mannesmann und Salzgitter (für die Röhren) und AEG und Salzgitter (für zwischengeschaltete Verdichterstationen) würden als Hauptlieferanten daran profitieren. 40 Mrd. m^3 Erdgas sollen dann jährlich ab 1984 geliefert werden, davon 24 Mrd. m^3 für die BRD. Damit würde der Anteil der Sowjetunion an allen Erdgaslieferungen in die BRD auf etwa 30% steigen. Zur Finanzierung wären ca. 20 Mrd. DM an Krediten notwendig, so das „Handelsblatt", 10 Mrd. DM davon wollen westdeutsche Großbanken, zum ersten Mal unter Führung der Deutschen Bank, aufbringen.

Das Geschäft soll mit dazu beitragen, daß der Anteil des Erdgases an der Primärenergieversorgung steigt, auf Kosten des Erdöls. Dafür werden die Sozialimperialisten mit der direkten Verfügung über nahezu ⅓ der westdeutschen Gaseinfuhren ein beträchtliches politisches Druckmittel in der Hand haben. Vor allem aber könnten sie ihre eigene Energiebasis erweitern. Mehr als ¾ der gesamten Strecke führt die geplante Pipeline durch das Gebiet der Sowjetunion. „Beide Regierungen (BRD und USA) hielten es gesamtwirtschaftlich für ratsam, den energiewirtschaftlichen Ausbau der Sowjetunion

gebaut werden. Vor allem Mannesmann und Salzgitter (für die Röhren) und AEG und Salzgitter (für zwischengeschaltete Verdichterstationen) würden als Hauptlieferanten daran profitieren. 40 Mrd. m^3 Erdgas sollen dann jährlich ab 1984 geliefert werden, davon 24 Mrd. m^3 für die BRD. Damit würde der Anteil der Sowjetunion an allen Erdgaslieferungen in die BRD auf etwa 30% steigen. Zur Finanzierung wären ca. 20 Mrd. DM an Krediten notwendig, so das „Handelsblatt", 10 Mrd. DM davon wollen westdeutsche Großbanken, zum ersten Mal unter Führung der Deutschen Bank, aufbringen.

Das Geschäft soll mit dazu beitragen, daß der Anteil des Erdgases an der Primärenergieversorgung steigt, auf Kosten des Erdöls. Dafür werden die Sozialimperialisten mit der direkten Verfügung über nahezu ⅓ der westdeutschen Gaseinfuhren ein beträchtliches politisches Druckmittel in der Hand haben. Vor allem aber könnten sie ihre eigene Energiebasis erweitern. Mehr als ¾ der gesamten Strecke führt die geplante Pipeline durch das Gebiet der Sowjetunion. „Beide Regierungen (BRD und USA) hielten es gesamtwirtschaftlich für ratsam, den energiewirtschaftlichen Ausbau der Sowjetunion
zu unterstützen, um die Sowjetunion so lange wie möglich als Energieimporteur vom Weltmarkt fernzuhalten", berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 20.11. Vielleicht versprechen sich einige westdeutsche Politiker dadurch auch mehr Handlungsfreiheit gegenüber den OPEC-Staaten, und sie sind skrupellos genug, sich dazu mit

den Sozialimperialisten zusammenzuschließen, deren Ressourcen für ihre expansionistische Politik dadurch vergrößert werden.

Mit der Zustimmung durch die Bundesregierung wird es voraussichtlich keine Schwierigkeiten geben, auch nicht bei der Gewährung von staatlichen Bürgschaften für das Geschäft. Entspricht es doch genau der Linie der Koalition, auf einen Ausgleich mit den Sozialimperialisten zu spekulieren. „Außenhandel und Politik beeinflussen sich gegenseitig", hatte der Kapitalistenvertreter v. Amerongen dies formuliert, und: „Ich habe stets vor einer Überschätzung des Osthandels für seine Verwendbarkeit als Mittel der Politik gewarnt."

Waffenlieferung in Dritte Welt?

gkr. 1000 Arbeiter der Howaldt-Werke Deutsche Werft AG in Kiel hatten am 12.12. gestreikt, für den Bau von 2 U-Booten, die für Chile bestimmt sind. Der Betriebsrat hatte dies unterstützt. Auf der anderen Seite gibt es breite Proteste gegen das Geschäft, das schon von der Bundesregierung genehmigt ist, bis weit in die Reihen der Sozialdemokratie, weil eine faschistische Militärdiktatur unterstützt werde. Die IG Metall geht noch weiter: „. . . lehnt die IG Metall entschieden Rüstungsexporte in Entwicklungsländer und in Länder, in denen demokratische Rechte mißachtet werden, ab.“ („Gewerkschafter“ 12/80)

Drei Gründe sind es im wesentlichen, aus denen die Imperialisten Waffen exportieren. Die BRD steht bei dem Export mittlerweile hinter den USA, UdSSR, Frankreich und Großbritannien an 5. Stelle. Zum einen geht es darum, Profite zu machen, zum zweiten wollen die Imperialisten darüber Einfluß und Abhängigkeiten schaffen. Und schließlich hegen sie die Hoffnung, daß die Waffen in den Ländern zur Niederhaltung des Volkes und eventuell gegen die imperialistischen Konkurrenten eingesetzt werden. Damit haben sich aber die imperialistischen Staaten in den vergangenen Jahrzehnten mehr als einmal verrechnet. Immer mehr Völker haben die Waffen genutzt, um sich von der Unterdrückung zu befreien. Auch heute nehmen viele Staaten, die oft nach innen reaktionär sind, in der Hauptseite teil am Kampf der Völker gegen den Imperialismus, vor allem gegen die Supermächte. Man muß nicht begeistert sein über die inneren Verhältnisse in Pakistan, um dennoch Waffenlieferungen dorthin zu befürworten, weil das Land an der Front gegen den Sozialimperialismus steht. Das ist ein gravierender Grund, gegen ein allgemeines Verbot zu sein oder auch gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz der Bundesregierung. Aber es gibt auch Kolonial- und Marionettenstaaten, in denen die Unterdrückung nach innen zur Hauptseite wird. Südafrika gehört sicher dazu, Chile wohl nicht mehr. Marionetten dürfen keine Waffen erhalten, aber eine Entwaffnung selbständiger Staaten der Dritten Welt nützt dem Kampf um den Weltfrieden sicher nicht.

Weiter Demonstrationen um Hausbesetzungen

Westberliner Senat gibt Verhaftete nicht frei / 6000 Wohnungssuchende in Göttingen

thb. Nach den Demonstrationen in Westberlin gegen die Räumung instandbesetzter Häuser mußte der Senat an einigen Punkten Zugeständnisse machen. So mußte er zusagen, daß, solange verhandelt wird, keine weiteren Räumungen stattfinden werden; verhandeln will er mit den Instandbesetzern über Regelungen zur Nutzung leerstehender Häuser. Solche Verhandlungen haben aber bis jetzt nicht stattgefunden, da der Besetzerrat daran festhält, daß Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen die Freilassung aller verhafteten Demonstranten ist. Bis jetzt sind bis auf fünf alle Verhafteten freigelassen worden. Am 31.12. gab es eine weitere spontane Demonstration von ca. 200 zur Unterstützung der Forderungen der Instandbesetzer vor der U-Haftanstalt Moabit und dem Frauengefängnis.

anh. Wie in Westberlin kam es auch in Göttingen in der Silvesternacht zu Demonstrationen. Für die „Bild-Zeitung“ waren es 60 Geschäfte, die kaputt gingen, für die FAZ waren es 19. Einig ist man sich in der Mär, daß es sich um „Plünderer aus ganz Norddeutschland“ handelte, die ab 0.30 Uhr in der Göttinger Innenstadt nach einem Fest im besetzten Haus, an dem 500 teilnahmen, herumtobten. Tatsache ist: von den neun festgenommenen Demonstranten sind alle aus Göttingen, sie haben ihren ersten Wohnsitz halt woanders. Es gingen Fensterscheiben zu Bruch und es gab auch die eine oder andere Entwendung aus Schaufenstern. Die Aktion beruhte auf keinem Beschluß der Hausbesetzer. Die Masse der Demonstranten ist erst aus dem Fest heraus auf die Straße gegangen, nachdem die Polizeitruppe auf erste kaputte Scheiben hin zu wüsten Verfolgungen und Festnahmen überging, die sich mehrere Stunden hinzogen. Noch heute liegt ein Demonstrant schwerverletzt im Krankenhaus. – Die Aufregung und Hetze der bürgerlichen Presse rührt nicht aus einigen zu Bruch gegangen Scheiben. Sie nimmt vielmehr diese Aktion, deren politischen Sinn die wenigsten sahen, zum erneuten Anlaß, Spaltung und Unterdrückung zu betreiben. – Heftig diskutiert wird jetzt die Frage des Nutzens der Aktion und sicher ist auch Kritik der Theorie der Revolutionierung der Verhältnisse mittels ein paar Pflastersteinen nötig. Aber in der Debatte nach Silvester ist nicht das Hauptproblem: Gewalt – ja oder nein (wie es die Bourgeoisie gern hätte), sondern vor allem, wie die Besetzung weiter gestärkt wird. Es bleibt eine Schwäche, daß bis auf die DAG-Jugend keine Gewerkschaftskörperschaft die Besetzung unterstützt, obwohl es in Göttingen 6000 Wohnungssuchende gibt, darunter auch viele Arbeiter.



Am 20.12. demonstrierten über 10000 in Westberlin gegen die Räumung instandbesetzter Häuser und für die Freilassung der bei den Demonstrationen in den Tagen davor Verhafteten. Innensenator Ullrich mußte vorher öffentlich erklären, daß er seine Polizeitruppen zurückhält.

Gibt es Parität zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse?

ebk. Die „kalte Aussperrung“, die Aussperrung von Arbeitern und die Verordnung von Kurzarbeit in Betrieben, die nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar von Arbeitskampfmaßnahmen in anderen Tarifbezirken betroffen sind, ist nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 22.12.1980 zulässig, wenn auch die Entscheidung über die Modalitäten der Kurzarbeit eine mitbestimmungspflichtige Maßnahme bleibt. „Auch Fernwirkungen eines Arbeitskampfes in Drittbetrieben könnten das Verhandlungsgleichgewicht der Tarifparteien wesentlich beeinflussen. Andernfalls könnten sich die Gewerkschaften darauf beschränken, besonders wichtige Schlüsselbetriebe oder kleinere Funktionseliten in einen Teilstreik zu führen, ohne die erheblichen Fernwirkungen einer solchen Kampftaktik mit Lohneinbußen erkaufen zu müssen.“ Das BAG setzt damit seine Rechtsprechung zur Aussperrung vom Juni letzten Jahres fort und ergänzt sie.

„Parität der Kampfmittel“, „gleiche Verhandlungschancen“, „tatsächliches Gleichgewicht der sozialen Gegenspieler“ heißen die Fesseln, die das

schaft“ und von den „sozialen Gegenspielern“.

Auf der anderen Seite ist auch die Vorstellung von der Freiheit und Gleichheit der Tarifvertragsparteien, die vom BAG mit Macht durchgesetzt werden soll, nicht ohne jeden Anhaltspunkt in der Wirklichkeit. Nimmt man die Ware Arbeitskraft wie jede andere Ware, so erfolgt der Austauschvorgang unter Freien und Gleichen. Marx schreibt im Kapital: „Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent.“

Freilich abstrahiert diese Betrachtungsweise völlig von der besonderen Eigenschaft der Ware Arbeitskraft, dem Kapitalisten, der sie gekauft hat, in seinen Händen Mehrwert zu schaffen. Mit einmal verschwindet jeder Anschein von Gleichheit und Freiheit, auf den die Bourgeoisideologen vom BAG für ihre Zwecke setzen. „Der ehemali-

Quotenregelung gegen das „Ausländerproblem“

Voraussetzung ist die Verstopfung des Art. 16 GG – Bundesratsgesetzentwurf

vip. Am 19.12. hat der Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Änderung des „Zweiten Gesetzes zur Beschleunigung des Asylverfahrens“ vom 16.8.1980 beschlossen. Danach hätte der Gang des Verfahrens wie folgt auszusehen: Der Flüchtling meldet sich unverzüglich bei der zuständigen Ausländerbehörde. Persönlich muß er dort seinen Antrag stellen „und sich selbst über die Tatsachen erklären, die seine Furcht vor politischer Verfolgung begründen“. Die Behörde leitet den Antrag an das Bundesamt weiter, aber nur, wenn er nicht unbeachtlich ist. „Unbeachtlich“ ist er, wenn ein Anerkennungsgrund nach den eigenen Erklärungen offensichtlich nicht geltend gemacht wird *oder* der Antrag offensichtlich rechtsmißbräuchlich ist *oder* offensichtlich unbegründet ist *oder* der Ausländer seinen Mitwirkungspflichten schuldhaft nicht nachkommt.

Wenn diese Regelung in Kraft tritt,

Flüchtling, sofern er die Rechtsmittelbelehrung versteht, beim zuständigen Verwaltungsgericht Klage erheben und beantragen, daß die aufschiebende Wirkung der Klage hergestellt wird, damit er wenigstens vorläufig hier bleiben kann. Wird *dieser* Antrag abgelehnt, kann er die Klage – z.B. von Afghanistan aus – betreiben.

Gelangt der Asylantrag aber zum Bundesamt und wird dort abgelehnt, kann Klage erhoben werden, über die ein Einzelrichter statt wie bisher ein Fünferkollegium entscheidet. Verliert er da, kann er Berufung einlegen, *wenn* sie zugelassen wird, und das heißt, wenn das Urteil ober- oder höchstrichterlicher Rechtsprechung abweicht oder von grundsätzlicher Bedeutung ist. Also praktisch nie.

Der Gesetzentwurf ist mit der Überlastung der Verwaltungsgerichte mit Asylklagen begründet worden. Aber ausgerechnet der Vorstand des Bundes

wiesen, daß die Einführung des Visumzwanges für Staatsangehörige der derzeitigen Hauptfluchtländer praktisch das Asylrecht weitgehend außer Kraft gesetzt hat. Allerdings können die Länder, aus denen die Flüchtlinge hauptsächlich kommen, wechseln, und die Bundesregierung ist nicht bei allen Ländern an Visumzwang interessiert. Deshalb sucht sie nach einer Lösung, Art. 16 Grundgesetz ohne Visumzwang verstopfen zu können. Art. 16 muß aber verstopft werden, wenn die „Gesamtlösung“ des „Ausländerproblems“, an der das Bundesinnenministerium mit Hochdruck arbeitet, funktionieren soll. Es handelt sich dabei, wie aus inoffiziellem, aber berufenem Munde zu erfahren ist, um die Quotenregelung. Anders als durch quotenmäßige Festlegung, wie viele Ausländer in der BRD leben dürfen, glaubt die Bundesregierung der Lage nicht Herr werden zu können. Denn von September

ebk. Die „kalte Aussperrung“, die Aussperrung von Arbeitern und die Verordnung von Kurzarbeit in Betrieben, die nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar von Arbeitskampfmaßnahmen in anderen Tarifbezirken betroffen sind, ist nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 22.12.1980 zulässig, wenn auch die Entscheidung über die Modalitäten der Kurzarbeit eine mitbestimmungspflichtige Maßnahme bleibt. „Auch Fernwirkungen eines Arbeitskampfes in Drittbetrieben könnten das Verhandlungsgleichgewicht der Tarifparteien wesentlich beeinflussen. Andernfalls könnten sich die Gewerkschaften darauf beschränken, besonders wichtige Schlüsselbetriebe oder kleinere Funktionseliten in einen Teilstreik zu führen, ohne die erheblichen Fernwirkungen einer solchen Kampftaktik mit Lohneinbußen erkaufen zu müssen.“ Das BAG setzt damit seine Rechtsprechung zur Aussperrung vom Juni letzten Jahres fort und ergänzt sie.

„Parität der Kampfmittel“, „gleiche Verhandlungschancen“, „tatsächliches Gleichgewicht der sozialen Gegenspieler“ heißen die Fesseln, die das
BAG dem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse anlegen will. Das Schlagwort von der „Parität“ scheint schlüssig, wenn auch nur im ersten Augenblick, weil es tatsächlich von der Existenz zweier Klassen ausgeht, die miteinander im Kampf liegen. Da ist die Rede von der „Arbeitnehmerschaft, vertreten durch die Gewerk-

schaft“ und von den „sozialen Gegenspielern“.

Auf der anderen Seite ist auch die Vorstellung von der Freiheit und Gleichheit der Tarifvertragsparteien, die vom BAG mit Macht durchgesetzt werden soll, nicht ohne jeden Anhaltspunkt in der Wirklichkeit. Nimmt man die Ware Arbeitskraft wie jede andere Ware, so erfolgt der Austauschvorgang unter Freien und Gleichen. Marx schreibt im Kapital: „Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent.“

Freilich abstrahiert diese Betrachtungsweise völlig von der besonderen Eigenschaft der Ware Arbeitskraft, dem Kapitalisten, der sie gekauft hat, in seinen Händen Mehrwert zu schaffen. Mit einmal verschwindet jeder Anschein von Gleichheit und Freiheit, auf den die Bourgeoisideologen vom BAG für ihre Zwecke setzen. „Der ehemali-
ge Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andere scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigene Haut zu Markt getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die – Gerberei.“ (Marx im „Kapital“)

Am 20.12. demonstrierten über 10000 in Westberlin gegen die Räumung instandbesetzter Häuser und für die Freilassung der bei den Demonstrationen in den Tagen davor Verhafteten. Innensenator Ullrich mußte vorher öffentlich erklären, daß er seine Polizeitruppen zurückhält.

werkschaftskörperschaft die Besetzung unterstützt, obwohl es in Göttingen 6000 Wohnungssuchende gibt, darunter auch viele Arbeiter.

Quotenregelung gegen das „Ausländerproblem“

Voraussetzung ist die Verstopfung des Art. 16 GG – Bundesratsgesetzentwurf

vip. Am 19.12. hat der Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Änderung des „Zweiten Gesetzes zur Beschleunigung des Asylverfahrens“ vom 16.8.1980 beschlossen. Danach hätte der Gang des Verfahrens wie folgt auszusehen: Der Flüchtling meldet sich unverzüglich bei der zuständigen Ausländerbehörde. Persönlich muß er dort seinen Antrag stellen „und sich selbst über die Tatsachen erklären, die seine Furcht vor politischer Verfolgung begründen“. Die Behörde leitet den Antrag an das Bundesamt weiter, aber nur, wenn er nicht unbeachtlich ist. „Unbeachtlich“ ist er, wenn ein Anerkennungsgrund nach den eigenen Erklärungen offensichtlich nicht geltend gemacht wird *oder* der Antrag offensichtlich rechtsmißbräuchlich ist *oder* offensichtlich unbegründet ist *oder* der Ausländer seinen Mitwirkungspflichten schuldhaft nicht nachkommt.

Wenn diese Regelung in Kraft tritt,
kommt eher ein Reicher in den Himmel als ein Flüchtling in das Anerkennungsverfahren beim Bundesamt. Denn zu der jetzt im Bundesamt praktizierten asylfeindlichen Befragungstechnik gesellt sich dann noch die Unkenntnis der Beamten der Ausländerbehörden über die Verhältnisse in den Verfolgerstaaten. Gegen die Anordnung der Abschiebung kann der

Flüchtling, sofern er die Rechtsmittelbelehrung versteht, beim zuständigen Verwaltungsgericht Klage erheben und beantragen, daß die aufschiebende Wirkung der Klage hergestellt wird, damit er wenigstens vorläufig hier bleiben kann. Wird *dieser* Antrag abgelehnt, kann er die Klage – z.B. von Afghanistan aus – betreiben.

Gelangt der Asylantrag aber zum Bundesamt und wird dort abgelehnt, kann Klage erhoben werden, über die ein Einzelrichter statt wie bisher ein Fünferkollegium entscheidet. Verliert er da, kann er Berufung einlegen, *wenn* sie zugelassen wird, und das heißt, wenn das Urteil ober- oder höchstrichterlicher Rechtsprechung abweicht oder von grundsätzlicher Bedeutung ist. Also praktisch nie.

Der Gesetzentwurf ist mit der Überlastung der Verwaltungsgerichte mit Asylklagen begründet worden. Aber ausgerechnet der Vorstand des Bundes
Deutscher Verwaltungsrichter und das Präsidium des Deutschen Richterbundes sind gegen den Gesetzentwurf öffentlich aufgetreten. Für Experimente mit dem Einzelrichter sei das Asylverfahren nicht geeignet. Es gehe hier um einen Bereich, wo Menschenschicksale tangiert würden.

Mehrfach haben wir darauf hinge-

wiesen, daß die Einführung des Visumzwanges für Staatsangehörige der derzeitigen Hauptfluchtländer praktisch das Asylrecht weitgehend außer Kraft gesetzt hat. Allerdings können die Länder, aus denen die Flüchtlinge hauptsächlich kommen, wechseln, und die Bundesregierung ist nicht bei allen Ländern an Visumzwang interessiert. Deshalb sucht sie nach einer Lösung, Art. 16 Grundgesetz ohne Visumzwang verstopfen zu können. Art. 16 muß aber verstopft werden, wenn die „Gesamtlösung“ des „Ausländerproblems“, an der das Bundesinnenministerium mit Hochdruck arbeitet, funktionieren soll. Es handelt sich dabei, wie aus inoffiziellem, aber berufenem Munde zu erfahren ist, um die Quotenregelung. Anders als durch quotenmäßige Festlegung, wie viele Ausländer in der BRD leben dürfen, glaubt die Bundesregierung der Lage nicht Herr werden zu können. Denn von September
1979 bis September 1980 hat sich die Zahl der in der BRD und Berlin-West lebenden Ausländer um 309500 auf 4,4 Mio. erhöht – trotz Anwerbestopp. Die Asylbewerber, wenn sie überhaupt mitgerechnet sind – denn sie werden zu ca. 80% wieder abgeschoben –, machen dabei nur ein Drittel aus. Der Rest ist Geburtenzuwachs und Familiennachzug.

Neuer EG-Vorschlag für Palästina

chm. Auf ihrer Sitzung vom 2.12. haben die Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft ein Papier diskutiert, das von der belgischen Zeitung Le Soir veröffentlicht wurde. Die Verbindlichkeit des Papiers wurde von der Bundesregierung dementiert, es gebe nicht ihre Position wieder. Folgende Punkte sind in der Vorlage enthalten: Abzug aller israelischen Truppen aus den arabischen besetzten Gebieten von 1967, d.h. aus den Golanhöhen, dem Gazastreifen, Westjordanien und den restlichen Teilen des Sinai. Der Abzug soll ab sofort beginnen und sich über zwei Jahre erstrecken. Für Jerusalem erörtern die EG-Staaten verschiedene Vorschläge: Teilung der Stadt, Internationalisierung oder Gewährung eines Sonderstatus für die Heiligen Stätten. Die israelischen Siedlungen sollen aufgelöst werden. Es darf aber „Sicherheitsstützpunkte“ behalten. Für die besetzten palästinensischen Gebiete soll eine Übergangsregierung gebildet werden, entweder von der UNO, von den Bürgermeistern oder von der UNO, den Bürgermeistern, Vertretern Israels und der benachbarten arabischen Staaten. Nach unbestimmter Zeit soll ein palästinensischer Staat, ein jordanisch-palästinensischer Staat oder aber eine palästinensisch-jordanisch-israelische Staatenföderation entstehen. Von allen beteiligten Parteien wird ein Gewaltverzicht und gegenseitige Anerkennung verlangt. Von der Anerkennung der PLO ist nicht die Rede. Die PLO wird aufgefordert, im Rahmen dieses Planes Israel anzuerkennen. Grundlage des Planes sind die Resolutionen 242 und 338 der UNO, die beide von der PLO nicht anerkannt werden.

Krankenkassen bezahlen mehr für ambulantes Operieren

doj. Für 1. Januar 1981 haben die RVO-Krankenkassen und Ersatzkassen mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung einen Vertrag über Zuschläge für bestimmte ambulante Operationen abgeschlossen. Bei Operationen, die vergleichsweise material- und zeitaufwendig sind – z.B. Entfernung von Fremdkörpern, Spiegelung von Bauchorganen und Operationen von Narbenbrüchen – werden für Vor- und Nachbehandlung zwischen 3,40 und 11,30 DM mehr bezahlt. Außerdem sind in dem Vertrag Mindestanforderungen an die Praxisausstattung ambulant operierender Ärzte festgelegt. Die Krankenkassen wollen damit ambulantes Operieren fördern und bis zu 5 Mrd. DM Krankenhauskosten im Jahr einsparen. Eine solche Einsparung würde eine noch schärfere Einschränkung der Bettenkapazitäten der Krankenhäuser und weitere Krankenhausschließungen bedeuten. Neue technische Entwicklungen machen zwar heute mehr ambulantes Operieren möglich als früher, und gegen die Bezahlung des damit verbundenen erhöhten Kosten- und Zeitaufwandes kann man auch nicht sein. Jedoch ist es falsch, wenn sich die Krankenkassen für weitere Bettenreduzierung und Krankenhausschließung einsetzen.

Überstunden bei Arbeitslosengeld nicht berücksichtigt

gkr. In mehreren Prozessen hat das Bundessozialgericht jetzt entschieden, das Arbeitslosengeld sei alleine nach dem Lohn, ohne Berücksichtigung von Überstunden zu berechnen. Es entspricht damit der weitgehenden Praxis der Arbeitsämter. Für April 1980 wies die Statistik durchschnittlich 2,4 Überstunden je Industriearbeiter und je Woche aus, das sind 5% der tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeit. Der Lohnanteil, um den die Arbeiter so betrogen werden, ist noch höher, werden die Zuschläge mitgerechnet. Demgegenüber das Gericht: Es widerspreche nicht der Lohnersatzfunktion des Arbeitslosengeldes, wenn dieses sich nicht vollständig nach der vorher geleisteten tatsächlichen Arbeit richte.

Abhöraktion gegen G. Wallraff für rechtswidrig erklärt

gkr. Vor kurzem hatte das Kölner Verwaltungsgericht in einem Prozeß die Überwachung der Telefongespräche von Günter Wallraff für rechtswidrig erklärt. Wallraff war 1974 abgehört worden, nachdem die G-10-Kommission (benannt nach Grundgesetz Artikel 10), bestehend aus 3 Mann, dem zugestimmt hatte. Einzig auf Grund von Aussagen des Verfassungsschutzes hatte sich die Kommission ein Urteil gebildet. Einmal, 1971, sei Marianne Herzog, gesucht wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“, bei Wallraff gewesen. Drei Jahre später sei er mit der gesuchten Margrit Schiller gesehen worden, und schließlich stand sein Name in einem Notizbuch, gefunden in einer „konspirativen Wohnung“. Die Richter wandten sich nicht gegen die Abhörung, sondern sie haben eine genauere Überprüfung der Vorwürfe gefordert. Wie mager die „Verdachtsmomente“ waren, störte sie dagegen nicht.

Schmidt unter Seinesgleichen

frb. Helmut Schmidt, der harte Arbeiter, hat Weihnachten zu einem seiner Kurzurlaube genutzt. Wenn Schmidt sich erholt, ist ein Bankier bestimmt dabei. Klasen, Bundesbank, Währungsfonds, Deutsche Bank, sei ein Intimus, heißt es. Bei Wilfried Guth, Deutsche Bank, hole er sich seine Ratschläge. Und jetzt trieb es ihn an Bord der 25 Meter Hochseeyacht „Atlanta“, zu Erich M. Warburg (80), Bankier zu Hamburg. Es sage keiner, der Mann wisse nicht, zu welcher Klasse er gehört.

1. März bis 31. Mai 200 000 neue Betriebsräte zu wählen

ped. Die Bildung von Betriebsräten ist zurückgehend auf die Arbeiterräte der revolutionären Kämpfe in Deutschland 1918/19 ein elementares Recht der Arbeiterbewegung. Erhebliche gesetzliche und tarifliche Bestimmungen können nur die Betriebsräte verwirklichen: „Ohne Betriebsrat kann nämlich der Handwerksmeister oder Unternehmer z.B. alleine über die Festlegung des Urlaubs, über die Festsetzung von Akkord-, Prämien- und Provisionssätzen, über Eingruppierungen und Entlassungen, über Sozialplan bei Betriebsänderung, über die Festlegung der Arbeitszeit, über die Festlegung von Kurzarbeit und Überstunden, über den Erlaß einer Arbeitsordnung, über den Ausspruch von Verwarnungen, über die Einführung von Stechuhren usw. bestimmen.“ (IGM) Praktisch beschränken sich die Betriebsräte nicht auf die Führungsrolle gegenüber dem betrieblichen Kapitalisten wie etwa die Demonstration der 70000 gegen die geplanten Werksschließungen bei Hoesch Dortmund und für den Bau des Stahlwerkes, die jahrelangen Kämpfe der VFW-Betriebe gegen Stillegungen zeigen. Betriebsräte erheben Forderungen zur beruflichen Schulausbildung, wie sie in den 60er Jahren örtlich an der Spitze der demokratischen Kämpfe gegen die Notstandsgesetze standen.

194455 Betriebsräte in 35294 Betrieben gab es 1978, davon 78,1% Mitglieder der DGB-Gewerkschaften, und mit jeweils sinkender Tendenz 3,3% der DAG, 0,5% anderer Organisationen und 18,1% Unorganisierte. „Erfolgreiche Betriebsräte gibt es nur mit einer starken Gewerkschaft“, lautet das DGB-Motto zur Wahl 1981. Dem entspricht sowohl eine starke Bestrebung, über betriebliche Einheitslisten die bisher selten nützlichen Listenwahlen zu überwinden, als auch zunehmende Klärung der Lage und der Aufgaben. „Stichworte wie Arbeitplatzvernichtung, Rationalisierung und Leistungsverdichtung machen deutlich, welche Probleme zu meistern sind. Die immer zahlreicher werdenden Beschlußverfahren vor den Arbeitsgerichten und Einigungsstellen belegen, wie sehr die Betriebsräte zu kämpfen haben“, schreibt der DGB. Die Erfolge und Mißerfolge der Betriebsratstätigkeit, die Forderungen der Belegschaft zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lage, die neuen Aufgaben, die sich aus den geplanten Angriffen der Kapitalisten ergeben, um diesen Schranken zu ziehen – diese Beratung gibt die Grundlage der Wahlentscheidung ab. Die Gewerkschaftstage haben für die ganze Arbeiterbewegung Schwerpunkte gesetzt, insbesondere die Vorbereitung des Kampfes um den 7-Stundentag. Andere kristallisieren sich immer schärfer mit der kapitalistischen Krise heraus. Jetzt ist Wehner vom Vorsitz der sozialpolitischen Programmkommission der SPD zurückgetreten. Offensichtlich sind die in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung bereits fest eingeplanten Leistungsstreichungen erheblich, so daß Wehner in Distanz zu Schmidt innerhalb der SPD eine Auffangposition für die Kritik der Gewerkschaften an den unannehmbaren Kürzungen aufbauen will.



Ein Indiz mehr – neben den nicht endenden Stellungnahmen der Kapitalistenverbände auf Streichungen bei den Versicherungen – daß die Gewerkschaften die Selbstverwaltung der Versicherten erkämpfen und verhindern müssen, daß durch die Zerstörung der Versicherungen die wachsende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt nach und nach alle tariflichen und gesetzlichen Schranken der Ausbeutung aufbricht. Genauso bei den „konsumtiven“ Ausgabenstreichungen in den Länder- und Gemeindehaushalten wie etwa im Schulbereich. Ohne sich auf die Arbeiterbewegung und ihre Aufgaben als ganzes zu beziehen, kann aus betrieblichen Forderungen der Betriebsräte nur borniertes Lobbyistentum für den eigenen Kapitalisten herauskommen. Ohne Klärung der Aufgaben unter der Belegschaft kann aus den Betriebsräten nichts werden – wie die alte Weisheit da lautet, ein Betriebsrat ist nur so stark wie die Belegschaft, die hinter ihm steht.

Berichte über die Vorbereitungen der Betriebsratswahlen '81

Opel Rüsselsheim (Automobil)

acd. 1975 kandidierte die IGM zum Betriebsrat mit einer „linken“ Liste unter Führung des heutigen Betriebsratsvorsitzenden Heller und einer „rechten“ Liste. Die IG-Metall gewann insgesamt 75% der Sitze, die Wahl war jedoch eine Absage der Belegschaft an die Politik alteingesessener Arbeiterbürokraten gegenüber den Kapitalisten, besonders in der vorangegangenen ersten tiefen Krise 1974. Während mehr als einem Jahr Kurzarbeit setzten die Opel-Kapitalisten fast 8000 Abfindungen und vorzeitige Verrentungen durch.

1975 wechselte die Konjunktur schlagartig. Bis Februar wurde noch kurzgearbeitet, im weiteren Verlauf des Jahres gab es 26 Sonderschichten und über tausend Neueinstellungen. Der Boom hielt, mit Höhepunkt 1978, bis Mitte 1979. Der Betriebsrat, bis heute geführt von linken Sozialdemokraten, hatte sich nie grundsätzlich gegen Sonderschichten gestellt. Vielmehr hat er die Linie verfolgt, die Belegschaft am Absatzerfolg „zu beteiligen“. Erfolge gab es dabei teilweise im direkten Tausch für die Zustimmung zu Sonderschichten. Im wesentlichen Ausgleich für die Ausdehnung der Arbeitszeit und die gleichzeitig gestiegener Intensivierung der Arbeit, besonders in den Produktionsbereichen: 10 Minuten Erholpause für Akkordarbeiter (1976), befristeter Wegfall des Abstempelns, Hitzepausen und betriebliche Lohnsteigerungen in verschiedenen Formen. Für die beiden letzten Forderungen kam es teilweise zu direkten Kampfaktionen. Die Belegschaft hat sich so in den Boomjahren einen relativ starken Stand gegen die Kapitalisten verschafft. Doch war der Betriebsrat zunehmend unter dem Druck wachsenden überdurchschnittlichen Verschleißes der Belegschaft nicht mehr nur zu Ausgleichen gezwungen, sondern mußte direkte Schranken setzen. Etliche Sonderschichten wurden erfolgreich abgewehrt.

Hat die Politik des Betriebsrates mit Beginn der Krise Ende 1979 der Belegschaft genutzt? Die Kurzarbeit konnten die Kapitalisten nicht beginnen, ohne dafür weitgehenden Ausgleich zu zahlen. Doch die Kapitalisten haben mit massivem Belegschaftsabbau die relative Kampfstärke der Belegschaft aufgeweicht. Massenkündigungen mit Abfindungen konnten schon nicht mehr verhindert werden. Durch die Krisenmaßnahmen von GM, den geplanten Produktionsauslagerungen in Rüsselsheim 1981 und dem damit verbundenen Verlust von mindestens 3700 Arbeitsplätzen, haben sich reformistische Vorstellungen im Betriebsrat über Mitbestimmungsmöglichkeiten im Aufsichtsrat und bessere Modellplanung zusehends ernüchtert. Es stellt sich heraus, daß gegen den Kapitalisten vor allem ins Gewicht fällt, was ihm Schranken in der Produktion selber setzt. Noch zu Beginn und in der Krise wurden z.B. für Akkordarbeiter mindestens 6 Minuten mehr Erholpause und Akkordoffenlegung durchgesetzt. Deshalb gewinnen auch beim Betriebsrat Forderungen an Gewicht nach Drosselung der Bandgeschwindigkeiten, Ausbau der Erholpausen, Verhinderung akkordähnlicher Systeme im Angestelltenbereich usw. neben den Forderungen gegen die Auslagerungen: Ersatzproduktion, Lohn- und Beschäftigungsgarantie.

Klöckner Hütte Bremen (Stahl)

thw. Nachdem 1975 durch den CMV eine Listenwahl stattfand, waren '78 zur Betriebsratswahl auf der Klöckner Hütte Bremen bei den Arbeitern 7 Listen eingereicht worden. Mit Abstand die meisten Stimmen (2731:433) erhielt die Liste 1, auf der Mitglieder der SPD, der DKP, der Gruppe Arbeiterpolitik und parteilose Arbeiter kandidierten und die in ihrem Wahlprogramm neben der Sicherung der Arbeitsplätze eine Ausgleichszahlung bei Kurzarbeit, einheitliche Prämie für alle, mehr Ausbildungsplätze, 2. Werksarzt sowie verschiedene werksspezifische Forderungen als Aufgaben des neuen Betriebsrates genannt hatte. Neben der Liste 2, fast ausschließlich Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe, müssen noch die Liste 7, eine Absonderung von der alten Betriebsratsmehrheit, und die CMV-Liste erwähnt werden. Letztere hat mit 121 Stimmen für ihre Spaltungsbemühungen seit '75 eine deutliche Abfuhr erhalten. Zusammen mit den Angestelltenbetriebsräten setzte sich der neue Betriebsrat aus 2 großen Blöcken zusammen: 18 Betriebsräte der Liste 1 und 13 weitere, im wesentlichen Sozialdemokraten. Zunächst wurde teilweise mit Erfolg versucht, sich in der Sache gegenüber dem Werksvorstand zu einigen. Seit ungefähr einem Jahr aber betreibt die Minderheit eine kleinliche Profilierung gepaart mit Angriffen auf die BR-Mehrheit. Trotz dieser Schwierigkeiten konnte die Mehrzahl der oben genannten Forderungen, vor allem Vereinheitlichung und Erhöhung der Prämie und Ausgleichszahlung bei Kurzarbeit durchgesetzt werden. Um eine erneute Listenwahl, die von einigen Kräften angestrebt wird, zu verhindern, hat der Vertrauenskörper beschlossen, daß 1981 eine Persönlichkeitswahl mit einer betrieblichen Einheitsliste durchgeführt werden soll, sowie innerhalb des VK eine IGM-Liste zu wählen, die für den Fall der Spaltung eingereicht werden soll. Die Persönlichkeitswahl wurde per Beschluß durch die IGM-Vertreterversammlung unterstützt sowie von der Ortsverwaltung u.a. durch Androhung von Ausschlußverfahren gegen Mitglieder, die eine Spalter-Liste einreichen. Auf der Betriebsversammlung im Dezember wurden diese Beschlüsse durch die Belegschaft ausdrücklich begrüßt. Zuvor hatte ein Vertrauensmann in einem Fernsehinterview erklärt: „Ein guter Betriebsrat muß mit dem Vorstand im Clinch liegen.“ Dies vor allem auch im Hinblick auf die gegenwärtigen Maßnahmen der Kapitalisten wie Kurzarbeit, nachdem in den vergangenen Monaten Tonnenrekorde mit Überstunden gefahren worden waren, wogegen derselbe Vertrauensmann die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit aufrechterhielt, wie den geplanten Bau einer zweiten Stranggußanlage, womit die Kapitalisten ca. 650 Arbeiter überflüssig machen wollen, oder wie den geplanten Einstellungsstopp, wonach freiwerdende Arbeitsplätze nicht wieder besetzt werden sollen. Die Betriebsratsmehrheit hat sich gegen alle diese Maßnahmen ausgesprochen.

Bremer Vulkan (Schiffbau)

hek. „Die geplanten Erhöhungen der Kommunaltarife in Bremen sind für die Mehrheit nicht tragbar“, schloß der Betriebsratsvorsitzende vom Bremer Vulkan die Betriebsversammlung im Dezember 80. Das war 1975 und Ende 1979 anders. Zu dieser Zeit standen jeweils Betriebsratswahlen an. Wahlen, die auf der Bremer Vulkan Werft schon seit langem mit einer Einheitsliste durchgeführt werden. Existierte 1975 noch ein Programm, das Forderungen aus 7 Branchen zusammenfaßte, die sich im wesentlichen um die Sicherung des Akkordüberverdienstes, eines 13. Monatslohnes und um Verbesserungen in der Arbeitssicherheit drehten, so gab es ein solches Programm bei den vorgezogenen Wahlen 77 schon nicht mehr. Wohl aber die Auseinandersetzung um die Sicherung der Arbeitsplätze, welche die reformistische Gruppe im Betriebsrat mittels Fregattenbauprogramm erhalten wollte. Jenes hat sich bis heute als untauglich erwiesen.

Auch gegenwärtig existiert kein ausdrückliches Programm. Trotzdem mußte der Betriebsrat in vielen Entscheidungen versuchen, einheitlich vorzugehen, um Forderungen der Belegschaft durchzusetzen.

Erfolgreich war die Zurückschlagung bestimmter Angriffe der Kapitalisten auf das Betriebsratsmandat. Sei es die Nichtzahlung von Betriebsratstätigkeit oder Abgruppierung und Versetzung von hochbezahlten Arbeitsplätzen auf niedriger bezahlte, weil der Betriebsrat durch seine häufige Vertretungszeit den Posten nicht mehr ausfüllen könnte. Alle diese Angriffe wurden zurückgeschlagen. Hinsichtlich der Arbeitssicherheit konnte der Betriebsrat ebenfalls Erfolge verbuchen. Die Stemmarbeiten wurden wegen des hohen Lärmpegels zumindest in der Halle abgeschafft. Das Verarbeiten von asbestosehaltigen Werkstoffen im Betrieb verboten. Resolutionen von Vertrauenskörper, Betriebsrat und Jugendvertretung zwecks Verbesserung der Schulausbildung und Zahlung eines Arbeitslosengeldes an arbeitslose Jugendliche, das Eintreten für politische und gewerkschaftliche Freiheiten für Soldaten, Kündigung der Betriebsvereinbarung, die den Einsatz von Jugendlichen im Akkord beinhaltet, prinzipielle Ablehnung von Kündigungen aus gesundheitlichen Gründen, Verringerung der Lohnspreizung innerhalb der Arbeiter. Überall dort wurden volle oder punktuelle Erfolge erzielt. Bei der Absicherung des Akkordüberverdienstes, hin zum Verbot der Akkordarbeit gibt es keinen Vorstoß von seiten bestimmter Gruppierungen innerhalb des Betriebsrates.

Der Streit um den Platz auf der Liste zur Wahl '80 scheint eine größere Rolle zu spielen als der Zusammenschluß der Branchen zur Durchsetzung der anstehenden Forderungen, von denen ein sehr viel höheres Bewußtsein besteht als '75 und auch '78. Kritik daran wurde von der Belegschaft auf der letzten Betriebsversammlung geführt (s. KVZ 51, S. 7). Sie will, daß die Arbeit der Betriebsräte sich strenger an ihren Forderungen ausrichtet und dafür seine Einheit und damit die der Belegschaft herstellt, die zur Durchsetzung notwendig ist.

Röhm Darmstadt (Chemie)

doe. Der jetzige Betriebsrat ist 1978 ohne Diskussion um ein Programm als Liste der IG Chemie von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten aufgestellt worden. Dies war das erste Mal. Von heute aus kann man sagen, daß die Mehrheit des Betriebsrates eine Politik der Unterwerfung unter die Interessen der Kapitalisten gemacht hat. Z.B. hat dieser Betriebsrat keiner Kündigung wegen Krankheit widersprochen. In der Amtsperiode wurde die Vollcontischicht ausgedehnt mit der Begründung, daß die Produktionsstätten ohne Wochenendproduktion nicht ausreichen. Auch hier hat der Betriebsrat zugestimmt.

Trotz des schlechten Kräfteverhältnisses in diesem Betriebsrat konnten die Kapitalisten nicht alles durchsetzen oder im Verborgenen halten, was sie vorhatten. So hatte die Geschäftsleitung zur Eigentumssicherung heimlich Videokameras in verschiedenen Abteilungen versteckt. Als auf Betriebsversammlungen vor der Belegschaft darüber gesprochen wurde und die IG Chemie sich deutlich gegen die Maßnahme aussprach, wurde diese Bespitzelung eingestellt. Auch von den Kündigungen wegen Krankheit wird auf den Betriebsversammlungen berichtet. Die meisten dieser entlassenen Arbeiter führen mit der IG Chemie und dem DGB Kündigungsschutzklagen.

Was der Betriebsrat in Betriebsvereinbarungen geregelt hat, ist der Monatslohn. Die außertariflichen, arbeitsplatzbezogenen Zulagen wurden generell erhöht. Es wurde ein neuer Werksarzt eingestellt, der die ersten Betriebsbegehungen mit Betriebsratsmitgliedern gemacht hat und der für bestimmte Betriebsbereiche Änderungen der Arbeitsbedingungen vorgeschlagen hat. Auf Initiative von ca. 150 Vollcontischichtarbeitern wurde eine Änderung eines Schichtplanes vorgenommen, so daß sich die zusammenhängende freie Zeit zwischen einer 60-Stunden-Nachtschicht und einer 60-Stunden-Frühschicht erhöht.

Die Betriebsratswahlen 1981 finden in einer sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage (seit Oktober wieder Kurzarbeit bei Röhm) statt, wo es für die Belegschaft wichtig ist, einen starken Betriebsrat zu haben, auf den sie sich in gewissen Dingen absolut verlassen kann. Die Röhmkapitalisten haben zum Jahresende mitgeteilt, daß sie eine neue Fabrik in den USA betreiben wollen. Die USA ihr wichtigster Markt. Bereits nach der letzten Krise mit langer Dauer der Kurzarbeit bei Röhm haben die Kapitalisten Kapital nach den USA exportiert und gleichzeitig die Ausbeutung in Darmstadt und Weiterstadt erhöht. Davon wird man auch dieses Mal ausgehen müssen und braucht von daher ebenfalls Forderungen gegen die Intensivierung der Arbeit, die Unterbesetzung der Schichten und Bänder und gegen möglicherweise geplante Entlassungen.

Opel Rüsselsheim (Automobil)
acd. 1975 kandidierte die IGM zum Betriebsrat mit einer „linken“ Liste unter Führung des heutigen Betriebsratsvorsitzenden Heller und einer „rechten“ Liste. Die IG-Metall gewann insgesamt 75% der Sitze, die Wahl war jedoch eine Absage der Belegschaft an die Politik alteingesessener Arbeiterbürokraten gegenüber den Kapitalisten, besonders in der vorangegangenen ersten tiefen Krise 1974. Während mehr als einem Jahr Kurzarbeit setzten die Opel-Kapitalisten fast 8000 Abfindungen und vorzeitige Verrentungen durch.
1975 wechselte die Konjunktur schlagartig. Bis Februar wurde noch kurzgearbeitet, im weiteren Verlauf des Jahres gab es 26 Sonderschichten und über tausend Neueinstellungen. Der Boom hielt, mit Höhepunkt 1978, bis Mitte 1979. Der Betriebsrat, bis heute geführt von linken Sozialdemo-
sche Vorstellungen im Betriebsrat über Mitbestimmungsmöglichkeiten im Aufsichtsrat und bessere Modellplanung zusehends ernüchtert. Es stellt sich heraus, daß gegen den Kapitalisten vor allem ins Gewicht fällt, was ihm Schranken in der Produktion selber setzt. Noch zu Beginn und in der Krise wurden z.B. für Akkordarbeiter mindestens 6 Minuten mehr Erholpause und Akkordoffenlegung durchgesetzt. Deshalb gewinnen auch beim Betriebsrat Forderungen an Gewicht nach Drosselung der Bandgeschwindigkeiten, Ausbau der Erholpausen, Verhinderung akkordähnlicher Systeme im Angestelltenbereich usw. neben den Forderungen gegen die Auslagerungen: Ersatzproduktion, Lohn- und Beschäftigungsgarantie.
Klöckner Hütte Bremen (Stahl)
Vertrauenskörper beschlossen, daß 1981 eine Persönlichkeitswahl mit einer betrieblichen Einheitsliste durchgeführt werden soll, sowie innerhalb des VK eine IGM-Liste zu wählen, die für den Fall der Spaltung eingereicht werden soll. Die Persönlichkeitswahl wurde per Beschluß durch die IGM-Vertreterversammlung unterstützt sowie von der Ortsverwaltung u.a. durch Androhung von Ausschlußverfahren gegen Mitglieder, die eine Spalter-Liste einreichen. Auf der Betriebsversammlung im Dezember wurden diese Beschlüsse durch die Belegschaft ausdrücklich begrüßt. Zuvor hatte ein Vertrauensmann in einem Fernsehinterview erklärt: „Ein guter Betriebsrat muß mit dem Vorstand im Clinch liegen.“ Dies vor allem auch im Hinblick auf die gegenwärtigen Maßnahmen der Kapitalisten wie Kurzarbeit, nachdem in den vergangenen Monaten Tonnenrekorde mit Überstunden gefahren worden waren, wogegen derselbe Vertrauensmann die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit aufrechter-
mußte der Betriebsrat in vielen Entscheidungen versuchen, einheitlich vorzugehen, um Forderungen der Belegschaft durchzusetzen.
Erfolgreich war die Zurückschlagung bestimmter Angriffe der Kapitalisten auf das Betriebsratsmandat. Sei es die Nichtzahlung von Betriebsratstätigkeit oder Abgruppierung und Versetzung von hochbezahlten Arbeitsplätzen auf niedriger bezahlte, weil der Betriebsrat durch seine häufige Vertretungszeit den Posten nicht mehr ausfüllen könnte. Alle diese Angriffe wurden zurückgeschlagen. Hinsichtlich der Arbeitssicherheit konnte der Betriebsrat ebenfalls Erfolge verbuchen. Die Stemmarbeiten wurden wegen des hohen Lärmpegels zumindest in der Halle abgeschafft. Das Verarbeiten von asbestosehaltigen Werkstoffen im Betrieb verboten. Resolutionen von Vertrauenskörper, Betriebsrat und Jugendvertretung zwecks Verbesserung der Schulausbildung und Zahlung eines Arbeitslosengeldes an arbeitslose
die Mehrheit des Betriebsrates eine Politik der Unterwerfung unter die Interessen der Kapitalisten gemacht hat. Z.B. hat dieser Betriebsrat keiner Kündigung wegen Krankheit widersprochen. In der Amtsperiode wurde die Vollcontischicht ausgedehnt mit der Begründung, daß die Produktionsstätten ohne Wochenendproduktion nicht ausreichen. Auch hier hat der Betriebsrat zugestimmt.
Trotz des schlechten Kräfteverhältnisses in diesem Betriebsrat konnten die Kapitalisten nicht alles durchsetzen oder im Verborgenen halten, was sie vorhatten. So hatte die Geschäftsleitung zur Eigentumssicherung heimlich Videokameras in verschiedenen Abteilungen versteckt. Als auf Betriebsversammlungen vor der Belegschaft darüber gesprochen wurde und die IG Chemie sich deutlich gegen die Maßnahme aussprach, wurde diese Bespitzelung eingestellt. Auch von den Kündigungen wegen Krankheit wird auf
Kämpfe der VFW-Betriebe gegen Stillegungen zeigen. Betriebsräte erheben Forderungen zur beruflichen Schulausbildung, wie sie in den 60er Jahren örtlich an der Spitze der demokratischen Kämpfe gegen die Notstandsgesetze standen.
sten ergeben, um diesen Schranken zu ziehen – diese Beratung gibt die Grundlage der Wahlentscheidung ab. Die Gewerkschaftstage haben für die ganze Arbeiterbewegung Schwerpunkte gesetzt, insbesondere die Vorbereitung des Kampfes um den 7-Stunden-
bereits fest eingeplanten Leistungsstreichungen erheblich, so daß Wehner in Distanz zu Schmidt innerhalb der SPD eine Auffangposition für die Kritik der Gewerkschaften an den unannehmbaren Kürzungen aufbauen will.
müssen, daß durch die Zerstörung der Versicherungen die wachsende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt nach und nach alle tariflichen und gesetzlichen Schranken der Ausbeutung aufbricht. Genauso bei den „konsumtiven“ Ausgabenstreichungen in den
auskommen. Ohne Klärung der Aufgaben unter der Belegschaft kann aus den Betriebsräten nichts werden – wie die alte Weisheit da lautet, ein Betriebsrat ist nur so stark wie die Belegschaft, die hinter ihm steht.
Berichte über die Vorbereitungen der Betriebsratswahlen '81

Leserbriefe zu „VR China: Prozeß gegen die Viererbande und die Lin Biao-Clique hat begonnen", KVZ 49, S. 4

Trennung zwischen politischer Linie und strafrechtlicher Verantwortlichkeit

... Warum ist es nicht nur möglich, sondern prinzipiell und vom inhaltlichen Zusammenhang her auch absolut notwendig, zu trennen zwischen „politischer Linie" und „strafrechtlicher Verantwortlichkeit"? Dazu müssen wir zunächst klären, was politische Linie eigentlich heißt. In einem Artikel in der Beijing Rundschau Nr. 35/79, „Kampf gegen rechts und ‚links' ", finden sich dazu einige Erläuterungen: „Mit ‚linken' oder rechten ideologischen Abweichungen innerhalb einer proletarischen Partei meinen wir eine irrige Linie oder eine falsche ideologische Strömung, die von der korrekten Linie abweicht und zum einen oder anderen Extrem tendiert. Beide Extreme schaden der Revolution." Der Begriff „Linienkampf" bezieht sich zunächst auf die Auseinandersetzung zwischen diesen Strömungen innerhalb einer proletarischen Partei. „Innerparteiliche Kämpfe sind – allgemein gesagt – ideologische Auseinandersetzungen unter den Parteimitgliedern. Selbst wenn Differenzen über Prinzipienfragen auftauchen (wobei die höchste Form solcher Differenzen die Liniendifferenzen sind), so handelt es sich dennoch um nichtantagonistische Widersprüche zwischen Genossen. Diese Widersprüche müssen durch die Entfaltung der Demokratie in der Partei, durch Kritik und Selbstkritik gelöst werden. Wenn die Frage durch ideologischen Kampf nicht gelöst werden kann, wird man als letztes Mittel die im Parteistatut festgelegten organisatorischen Prinzipien walten lassen, d.h. Unterordnung des einzelnen unter die Organisation; Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit; Unterordnung der unteren Ebenen unter die oberen; Unterordnung der gesamten Partei unter das Zentralkomitee. Dies heißt Parteidisziplin. Parteimitglieder, die einer falschen Linie folgen und ihre Fehler noch nicht erkannt haben, sollen in der Partei verbleiben dürfen, wenn sie den organisatorischen Prinzipien der Partei nachkommen, sich nicht an verschwörerischen Tätigkeiten beteiligen und keine Fraktion bilden. Solche Widersprüche innerhalb der Partei sind dem Wesen nach völlig verschieden von den [illegible] ren Volksmassen und den Klassenfeinden, auch die Methoden zu ihrer Lösung sind nicht die gleichen; von daher dürfen sie nicht in einen Topf geworfen werden" (Li Honglin, Wie muß man den innerparteilichen Linienkampf betrachten?" in BR 22/79, S. 14).

Bei Fragen des Linienkampfes handelt es sich also im wesentlichen um einen Widerspruch im Volk, wie er behandelt werden muß, wurde erläutert. Ob sich ein solcher nichtantagonistischer Widerspruch in einen antagonistischen verwandelt, also in einen Widerspruch zwischen uns und dem Feind, oder anders ausgedrückt, in eine Frage des Klassenkampfes, in einen Widerspruch zwischen Revolution und Konterrevolution, dafür gibt es eindeutige Kriterien, nämlich dieselben Kriterien, mit denen der proletarische Staat generell Konterrevolution festmachen kann, das Einhalten der proletarischen Gesetze oder negativ, der Verstoß dagegen, das politische Delikt und schließlich die „strafrechtliche Verantwortlichkeit", also nicht die „politische Linie"! Das Üble an der Theorie der Viererbande vom Kampf zweier Linien war ja gerade, daß sie willkürlich Linienkampf und Klassenkampf, Widersprüche im Volk und Widersprüche zwischen uns und dem Feind, Revolution und Konterrevolution verwischte und so die theoretische Legitimation aufbaute für den Angriff auf alle führenden alten Kader der KP Chinas.

Man sieht, thh ist auf dem besten Wege, trotz formeller Distanzierung, der Viererbande nachzutraben, indem er „politische Linie" und „strafrechtliche Verantwortlichkeit", ideologische Auseinandersetzungen in der Partei und im Volk und konterrevolutionäre Tätigkeit vermengt und propagiert, keinen Trennungsstrich zwischen beidem zu ziehen. Sein Folgeargument ist dazu noch lächerlich: „Die Verbrechen dieser Leute (der Viererbande, w.f.) sind sie etwa nicht Folgen ihrer falschen, ultralinken Linie?" Weil ein Faktum aus einem anderen folgt, also ein Zusammenhang zwischen beiden besteht, heißt das doch nicht, daß Ursache und Wirkung oder Ausgangspunkt und Folgen identisch sind ...

Es gibt grundsätzlich und auch in jeder einzelnen Frage eindeutige, klar festzumachende Unterschiede zwischen dem „Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas" vom 12.8.1966, kurz „16-Punkte-Beschluß" genannt, den man als die gemeinsame Position der Mar- [illegible] Chou Enlai betrachten kann und den Schickel als „exemplarisches Revolutionsstatut" bezeichnete (J. Schickel, Mao Tsetung: Der große Strategische Plan, Hamburg 1969, S. 156ff), und dem, was Lin Biao und die „Viererbande" im einzelnen als politische Linie verbraten haben. Nur ein grundsätzlicher Punkt: Der 16-Punkte-Beschluß geht durchgängig von einer insgesamt existierenden Staatsmacht der Diktatur des Proletariats aus, der grundsätzlich gefährdet ist durch eine Restauration der Bourgeoisherrschaft ausgehend von verbliebenen Bastionen der Bourgeoisie im Überbau (alte Ideen, alte Kultur, alte Sitten und Gebräuche) und konkret dadurch gefährdet ist, daß „manche Einheiten ... von jenen am Ruder kontrolliert (werden), die sich in die Partei eingeschlichen und den kapitalistischen Weg beschritten haben." (Schickel, S. 158) Das Ziel der Kulturrevolution wird grundsätzlich gekennzeichnet als „Revolutionierung der Ideologie der Menschen, damit die Arbeit auf allen Gebieten mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher geleistet wird" (S. 165 und die Machtfrage wird so aufgeworfen, daß „all jene an der Macht von den leitenden Stellen" entfernt werden müssen, „die sich auf den kapitalistischen Weg begeben haben" (S. 159).

Etwas anderes ist die Auffassung der „Viererbande" vom „Dynastiewechsel", die Zhang Chunqiao, einer der vier, so formuliert: „Die große Proletarische Kulturrevolution zielt von Anfang an auf die Ergreifung der Macht ab, die Macht in der Partei, der Regierung, in den Bereichen Finanzen, Kultur und anderen, von den Basiseinheiten bis zu den Zentralorganen." „Die gesamte Macht müssen wir ergreifen." „Unter den alten Kadern gibt es keinen einzigen guten Menschen." „Keiner von ihnen sollte verschont werden." „Kulturrevolution" bedeutet „Dynastiewechsel" (zitiert nach der Anklageschrift der Sonderstaatsanwaltschaft, BR 48/80, S. 9). Dabei wird überhaupt nicht mehr von der Existenz einer Staatsmacht der Diktatur des Proletariats ausgegangen oder, besser gesagt, die Staatsmacht der Diktatur des Proletariats wird umgemünzt in eine Herrschaft der „Bürokratenklasse" (Nieder mit der Deng Hsiaoping-Bande, Verlag Roter Morgen, Oktober 1976, S. 7).

Man wird nur durch genaue Analysen nachweisen können, daß es während der gesamten Kulturrevolution tatsächlich eine Linie Mao Zedongs und der Partei auf der einen Seite gab, die zwar von einer falschen Einschätzung der Situation in der Partei und im Land ausging, keine zutreffende Definition des Revisionismus hatte und eine vom Prinzip des demokratischen Zentralismus abweichende falsche Kampfpolitik und -methode anwandte, aber unter diesen Bedingungen und von ihrer Intention her auf die Verhütung und Bekämpfung des Revisionismus abzielte, und dagegen auf der anderen Seite die ultralinke konterrevolutionäre Linie Lin Biaos und der Viererbande, die auf die Zerschlagung der Diktatur des Proletariats hinzielte und eine feudalfaschistische Diktatur errichten wollte. Man wird dies dann können, wenn man in der Analyse die Positionen der KP Chinas, die z.B. schon formuliert sind in der oben zitierten Rede von Ye Jianying, auswertet und überprüft, anstatt sie zu negieren wie thh und lieber zusammen mit der FAZ über den „Fünften" im Bunde palavert.

Dann wird man auch erst die Frage der Verantwortlichkeit von Mao Zedong korrekt behandeln können. Zur Frage der Verantwortlichkeit hat Mao Zedong selbst in einer Rede auf einer Arbeitskonferenz des Zentralkomitees im Januar 1962 Stellung genommen, und thh bezieht sich auch darauf, aber zieht die Aussage in einen falschen Zusammenhang. „Für die Mängel und Fehler bei unserer Arbeit in den letzten Jahren muß zuerst das Zentralkomitee die Verantwortung tragen, und im ZK zuallererst ich; an zweiter Stelle kommen die Parteikomitees der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und autonomen Gebiete; ... Mit einem Wort, jeder hat sein Stück Verantwortung zu tragen" (Mao Zedong, Rede auf der vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas einberufenen erweiterten Arbeitskonferenz, Beijing 1978, S. 37f).

In diesem Sinn ist Mao Zedong verantwortlich für die falsche Linie und Politik der Partei während der Kulturrevolution, dafür, „daß bei der Auslösung der Kulturrevolution die Einschätzung der Situation in der Partei und im Land mit der Realität nicht übereinstimmte, keine zutreffende Definition des Revisionismus gegeben wurde und eine vom Prinzip des demokratischen Zentralismus abweichende falsche Kampfpolitik und -methode angewendet wurden", aber nicht für die Linie, Politik und konterrevolutionäre Tätigkeit der „Viererbande" und der Lin Biao-Clique.

wf, Bensheim

***

2. Wir halten es für falsch, wenn thh. schreibt, mit dem Prozeß würde nicht nur über die Angeklagten, sondern „über die gesamte Epoche der Kulturrevolution" zu Gericht gesessen. Erstens kann eine soziale Bewegung des Ausmaßes der Kulturrevolution nicht *allein* durch die Beurteilung der Taten einiger „wesentlich an der Durchführung" beteiligter Personen beurteilt werden. Schon die Formulierung „wesentlich an der Durchführung der Kulturrevolution beteiligt" ist ziemlich schwammig. Neben der Durchführung und der genauen Rolle *aller* daran Beteiligten dabei wäre für eine Be- oder Verurteilung der Kulturrevolution auch die Untersuchung der sozialen und ideologischen Triebkräfte im einzelnen sowie der Planung der ganzen Bewegung notwendig. Eine solche Untersuchung ist aber nicht Gegenstand des Verfahrens, das sich nur auf kriminelle Taten dieser zwei Banden während der Kulturrevolution bezieht.

3. Es ist auch nicht richtig zu sagen, „daß China heute ... zum ersten Mal ... den Weg zu einem sozialistischen, demokratischen Rechtsstaat beschreitet". Gab es nicht in den 50er Jahren ebenfalls Schritte auf diesem Weg?

4. Völlig unverständlich ist uns, wie thh. zu der Behauptung kommt, strafrechtliche und politische Verantwortlichkeit ließen sich nicht voneinander trennen. Soll damit so nebenbei die Aussage Deng Xiaopings, der – offensichtlich für die Führung der KP Chinas sprechend – in einem Interview mit Oriana Fallacci genau die Möglichkeit dieser Trennung behauptet hatte, für unsinnig erklärt werden? Dazu wäre auf jeden Fall eine offene Kritik angebrachter. Aber die Begründung, die thh. liefert ist ja völlig daneben. Angriff auf die Diktatur des Proletariats ist ein krimineller Tatbestand; selbst wenn man das mit thh. als „politisches Delikt" bezeichnet, kann man daraus noch nicht folgern, daß es zwischen Politik, auch falscher Politik aufgrund falscher Vorstellungen über die objektive Realität und falscher Pläne, und einem politischen Delikt keinen Unterschied gebe. thh. kann nicht ernsthaft behaupten wollen, daß z.B. kriminelle Taten der Viererbande mit ihrer politischen und ideologischen Linie identisch waren. Wenn sie nur daraus folgten, wie er schreibt, dann läßt sich eben doch trennen.

5. Was die Verantwortung Mao Zedongs in der Kulturrevolution angeht, macht es sich thh. sehr einfach. Einmal wird die Allwissenheit des Vorsitzenden impliziert („war er etwa nicht informiert ..."), statt die Frage zu stellen, wieweit er wirklich informiert war, sozusagen die Genie-Theorie gegen Mao gewendet.

Zum zweiten wird versucht, eine konkrete Verantwortlichkeit Maos aus einem obskuren Zitat abzuleiten. a) ist nicht wirklich gesichert, daß die zitierte Quelle verläßlich ist. b) wird nicht gesagt, um was für einen Konflikt es sich bei dem Zitat handelt. c) geht aus dem Zitat nicht hervor, was Mao Zedong über die Umstände des Shanghaier Konfliktes wußte. d) wird mit keinem Wort erwähnt, daß es genügend Dokumente gibt, die mindestens zu zeigen scheinen, daß sich Mao Zedong gegen die Anwendung von Gewalt ausgesprochen hatte – mehrfach; z.B. 16-Punkte-Beschluß oder das – Originale? – Gespräch mit den „5 kleinen Generälen", das in „Mao intern" abgedruckt ist. e) wird die Frage gar nicht gestellt, ob die Parteiführung zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort überhaupt die Möglichkeit hatte, das Stattfinden von bewaffneten Kämpfen zu verhindern. Angenommen, sie konnte es nicht, dann gibt es immer noch den Unterschied zwischen der politischen Verantwortlichkeit dafür, daß es zu einem solchen Zustand gekommen ist, und der Verantwortlichkeit für das Anzetteln bewaffneter Kämpfe.

Zelle Hochschule, Heidelberg

Leserbrief zu „Imperialistische Massenkultur" in KVZ 52, S. 16

Über die Inhalte etwas erleben, was in der Realität ver-

tei, durch Kritik und Selbstkritik gelöst werden. Wenn die Frage durch ideologischen Kampf nicht gelöst werden kann, wird man als letztes Mittel die im Parteistatut festgelegten organisatorischen Prinzipien walten lassen, d.h. Unterordnung des einzelnen unter die Organisation; Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit; Unterordnung der unteren Ebenen unter die oberen; Unterordnung der gesamten Partei unter das Zentralkomitee. Dies heißt Parteidisziplin. Parteimitglieder, die einer falschen Linie folgen und ihre Fehler noch nicht erkannt haben, sollen in der Partei verbleiben dürfen, wenn sie den organisatorischen Prinzipien der Partei nachkommen, sich nicht an verschwörerischen Tätigkeiten beteiligen und keine Fraktion bilden. Solche Widersprüche innerhalb der Partei sind dem Wesen nach völlig verschieden von den [illegible] ren Volksmassen und den Klassenfeinden, auch die Methoden zu ihrer Lösung sind nicht die gleichen; von daher dürfen sie nicht in einen Topf geworfen werden" (Li Honglin, Wie muß man den innerparteilichen Linienkampf betrachten?" in BR 22/79, S. 14).

Bei Fragen des Linienkampfes handelt es sich also im wesentlichen um einen Wider-

angenehm, wenn man sie doch nie erlebt. Der Wunsch nach Liebe, danach, geachtet und verehrt zu werden, ist das so ein dummer Wunsch?! Es ist nicht so, daß ich sage, die Menschen, die das Bedürfnis haben, diese Hefte zu lesen, seien blöde. Sie wollen

gen in der Partei und im Volk und konterrevolutionäre Tätigkeit vermengt und propagiert, keinen Trennungsstrich zwischen beidem zu ziehen. Sein Folgeargument ist dazu noch lächerlich: „Die Verbrechen dieser Leute (der Viererbande, w.f.) sind sie etwa nicht Folgen ihrer falschen, ultralinken Linie?" Weil ein Faktum aus einem anderen folgt, also ein Zusammenhang zwischen beiden besteht, heißt das doch nicht, daß Ursache und Wirkung oder Ausgangspunkt und Folgen identisch sind ...

Es gibt grundsätzlich und auch in jeder einzelnen Frage eindeutige, klar festzumachende Unterschiede zwischen dem „Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas" vom 12.8.1966, kurz „16-Punkte-Beschluß" genannt, den man als die gemeinsame Position der Mar- [illegible] Chou Enlai betrachten kann und den Schickel als „exemplarisches Revolutionsstatut" bezeichnete (J. Schickel, Mao Tsetung: Der große Strategische Plan, Hamburg 1969, S. 156ff), und dem, was Lin Biao und die „Viererbande" im einzelnen als politische Linie verbraten haben. Nur ein grundsätzlicher Punkt: Der 16-Punkte-Beschluß geht durchgängig von einer insgesamt existierenden Staatsmacht der Dikta-

westdeutschen Markt überschwemmen, wesentlich schneller und mehr die jetzt noch übrigen Textilbetriebe Pleite machen.

Das Presse- und Informationsamt der

ausgegangen oder, besser gesagt, die Staatsmacht der Diktatur des Proletariats wird umgemünzt in eine Herrschaft der „Bürokratenklasse" (Nieder mit der Deng Hsiaoping-Bande, Verlag Roter Morgen, Oktober 1976, S. 7).

Man wird nur durch genaue Analysen nachweisen können, daß es während der gesamten Kulturrevolution tatsächlich eine Linie Mao Zedongs und der Partei auf der einen Seite gab, die zwar von einer falschen Einschätzung der Situation in der Partei und im Land ausging, keine zutreffende Definition des Revisionismus hatte und eine vom Prinzip des demokratischen Zentralismus abweichende falsche Kampfpolitik und -methode anwandte, aber unter diesen Bedingungen und von ihrer Intention her auf die Verhütung und Bekämpfung des Revisionismus abzielte, und dagegen auf der anderen Seite die ultralinke konterrevolutionäre Linie Lin Biaos und der Viererbande, die auf die Zerschlagung der Diktatur des Proletariats hinzielte und eine feudalfaschistische Diktatur errichten wollte. Man wird dies dann können, wenn man in der Analyse die Positionen der KP Chinas, die z.B. schon formuliert sind in der oben zitierten Rede von Ye Jianying, auswertet und überprüft, anstatt sie zu negieren wie thh und

naler Arbeitsteilung, aber irgendwie läuft es darauf hinaus, daß die letzten Arbeitsplätze in der Textilindustrie kaputtgehen. Die Kollegen wehren sich dagegen. Soll ich mich jetzt hinstellen und sagen: Schön und gut,

wf, Bensheim

***

2. Wir halten es für falsch, wenn thh. schreibt, mit dem Prozeß würde nicht nur über die Angeklagten, sondern „über die gesamte Epoche der Kulturrevolution" zu Gericht gesessen. Erstens kann eine soziale Bewegung des Ausmaßes der Kulturrevolution nicht *allein* durch die Beurteilung der Taten einiger „wesentlich an der Durchführung" beteiligter Personen beurteilt werden. Schon die Formulierung „wesentlich an der Durchführung der Kulturrevolution beteiligt" ist ziemlich schwammig. Neben der Durchführung und der genauen Rolle *aller* daran Beteiligten dabei wäre für eine Be- oder Verurteilung der Kulturrevolution auch die Untersuchung der sozialen und ideologischen Triebkräfte im einzelnen sowie der Planung der ganzen Bewegung notwendig. Eine solche Untersuchung ist aber nicht Gegenstand des Verfahrens, das sich nur auf kriminelle Taten dieser zwei Banden während der Kulturrevolution bezieht.

3. Es ist auch nicht richtig zu sagen, „daß China heute ... zum ersten Mal ... den Weg zu einem sozialistischen, demokratischen Rechtsstaat beschreitet". Gab es

Berichtigungen

In der KVZ 52 sind der Redaktion zwei Fehler unterlaufen:
In dem Artikel „Beschlüsse der IGM-Tarif-

Zum zweiten wird versucht, eine konkrete Verantwortlichkeit Maos aus einem obskuren Zitat abzuleiten. a) ist nicht wirklich gesichert, daß die zitierte Quelle verläßlich ist. b) wird nicht gesagt, um was für einen Konflikt es sich bei dem Zitat handelt. c) geht aus dem Zitat nicht hervor, was Mao Zedong über die Umstände des Shanghaier Konfliktes wußte. d) wird mit keinem Wort erwähnt, daß es genügend Dokumente gibt, die mindestens zu zeigen scheinen, daß sich Mao Zedong gegen die Anwendung von Gewalt ausgesprochen hatte – mehrfach; z.B. 16-Punkte-Beschluß oder das – Originale? – Gespräch mit den „5 kleinen Generälen", das in „Mao intern" abgedruckt ist. e) wird die Frage gar nicht gestellt, ob die Parteiführung zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort überhaupt die Möglichkeit hatte, das Stattfinden von bewaffneten Kämpfen zu verhindern. Angenommen, sie konnte es nicht, dann gibt es immer noch den Unterschied zwischen der politischen Verantwortlichkeit dafür, daß es zu einem solchen Zustand gekommen ist, und der Verantwortlichkeit für das Anzetteln bewaffneter Kämpfe.

Zelle Hochschule, Heidelberg

Leserbrief zu „Imperialistische Massenkultur" in KVZ 52, S. 16

Über die Inhalte etwas erleben, was in der Realität versagt ist

Zunächst will ich sagen, daß ich es gut finde, daß so ein Artikel in der KVZ zu lesen ist, daß der KBW sich auch mit solchen Dingen beschäftigt. Der Artikel gibt einen Einblick in die Produktionsweise und versucht, die Inhalte genauer zu betrachten. Ich denke jedoch, daß es nicht richtig ist, zu bedauern, daß die Forschung, die sich mit Trivialliteratur beschäftigt, in der Hauptsache nicht von der Produktion dieser Hefte ausgeht, sondern, wie du sagst, von der Konsumtion. Sicherlich ist es interessant, mal zu erfahren, unter welchen Bedingungen diese Hefte entstehen, aber viel interessanter ist doch zunächst, daß sie von so unwahrscheinlich vielen Menschen geradezu verschlungen werden. Deine Gewichtung in dem Artikel – Produktion (3) – Inhalt (2) – Bedürfnis (1) gefällt mir von daher nicht. Leider findest du keine Antwort auf die Frage, warum die Romane von vielen gerne gelesen werden. Du sagst, daß in der Literaturforschung viel von ‚Wunscherfüllungscharakter' geschrieben wird, du weist das zurück und nennst es ‚irreführend', weil doch ‚der Wunsch von der Befreiung von der Lohnarbeit' in den Heften in eine ‚reaktionäre Richtung verdreht' wird. Du sagst einfach, daß dort keine Wünsche erfüllt werden, da machst du es dir m.E. sehr einfach. Du sagst richtig, daß die Lohnabhängigen im Kapitalismus eine Menge unbefriedigter Bedürfnisse haben, aber ich denke auch, daß die Bedürfnisse geprägt werden. M.E. lesen viele Menschen diese Hefte, weil sie über die Inhalte etwas erleben können, was ihnen in der Realität versagt ist. Sie identifizieren sich mit den ‚Armen' des Romans und wollen auch von ihrer Scheiße ‚erlöst' werden. Die ‚heile Welt' zu lesen ist angenehm, wenn man sie doch nie erlebt. Der Wunsch nach Liebe, danach, geachtet und verehrt zu werden, ist das so ein dummer Wunsch?! Es ist nicht so, daß ich sage, die Menschen, die das Bedürfnis haben, diese Hefte zu lesen, seien blöde. Sie wollen sich in eine ‚heile Welt' begeben, weil in der Realität viel Mist abläuft, das ist verständlich. Viel reaktionäres Zeug wird in den Heften verbraten, zweifelhafte Zielvorstellungen werden aufgebaut, das ist richtig, aber das laste ich nicht dem Leser an. Was ich aber auch nicht tue, ist zu sagen: Das ist gut – Leser, lies weiter! Wir müssen versuchen, den Leser dafür zu gewinnen, daß er etwas dafür tut, seine Bedürfnisse verwirklichen zu können. Er ist nicht ‚blöde', aber er weiß häufig nicht genug; die Ideologie der Herrschenden geht doch nicht einfach so an einem vorbei. Ich glaube, du bringst da etwas durcheinander, du schreibst, daß später Forscher entdeckten, daß Bedürfnisse mit der Produktion zusammenhängen. Meinten sie wirklich die Produktion der Heftchen!?

ab, Bremen

***

„Gegen Freihandel heißt nicht, für Protektionismus zu sein", KVZ 51, S.1

Welches ist die richtige Alternative zum Protektionismus?

In dem o.g. Artikel heißt es, wir machten uns nicht für „diesen Freihandel" stark (gemeint ist wohl die Freihandelsideologie der BRD-Imperialisten), aber erst recht nicht für Protektionismus. Und weiter unten steht, Protektionismus sei die „falsche Alternative" zum Liberalismus. Welches ist die richtige? Das WTA verhindert nicht, daß Arbeitsplätze in der Textilindustrie kaputtgehen, das hat ja auch die Vergangenheit gezeigt. Aber nicht abzuleugnen ist die Tatsache, daß wenn „Billigimporte" den westdeutschen Markt überschwemmen, wesentlich schneller und mehr die jetzt noch übrigen Textilbetriebe Pleite machen.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat im Sommer 1978 eine Anzeige veröffentlichen lassen, in der es heißt: „... internationale Arbeitsteilung. Teilen heißt, man kann nicht alles haben. Unseren Landsleuten in der Textilindustrie können diese Hemden aus der Dritten Welt Arbeitsplätze wegnehmen ... Die Arbeitsplätze, die wir langfristig durch Einfuhren von Konsumgütern verlieren, müssen wir dort wettmachen, wo wir stark sind, ... Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Chemie." (Textil/Bekleidung, 9/78) Wir sind nicht für diese Art von internationaler Arbeitsteilung, aber irgendwie läuft es darauf hinaus, daß die letzten Arbeitsplätze in der Textilindustrie kaputtgehen. Die Kollegen wehren sich dagegen. Soll ich mich jetzt hinstellen und sagen: Schön und gut, gegen diese Tendenzen im Kapitalismus kann man nichts tun. Wir treten für ausreichendes Arbeitslosengeld ein und Umschulung auf Schlosser?! In Schweden gibt es heute (nach Aussagen eines GTB-Sekretärs) keinen einzigen Textil- und Bekleidungsbetrieb mehr, in Belgien und den Niederlanden kann die Textilindustrie sich nur noch mit staatlichen Subventionen über Wasser halten. „Die Arbeiter wollen nach vorn", aber können sie auf eine wichtige Konsumgüterindustrie verzichten?

jv, Erkelenz

Berichtigungen

In der KVZ 52 sind der Redaktion zwei Fehler unterlaufen:
In dem Artikel „Beschlüsse der IGM-Tarifkommissionen: bis 8% und Anhebung unterer Tarifgruppen" (S. 7) ist die für den Nordverbund aufgestellte Forderung falsch wiedergegeben. Es muß heißen: 1. Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,7%, mindestens aber um 125 DM. 2. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 60 DM in allen Stufen.

In dem Artikel „Imperialistische Massenkultur" (S. 16) fehlen im mittleren Absatz der 4. Spalte 3 Zeilen. Wir drucken hier den vollständigen Absatz noch einmal ab:
„Die Romane sind bei aller oft hektischer Handlung durch Statik gekennzeichnet. Da ist eine vorgegebene Ordnung, in die sich nach einigen Störungen am Ende alles fügt. Bei dem Typ der hier betrachteten drei Texte ist das „happy end" genauso zwangsläufig wie die Entlarvung des Verbrechers im Kriminalroman. Triebkräfte des Geschehens sind Konflikte zwischen guten und bösen Menschen, Widersprüche unter den Volksmassen selbst. Dazu eine Reihe von Zufällen, oft als Schicksal auftretend, häufig auch als Eingriff Gottes. Wenn sich auch im Verlauf der Handlung manchmal einige Menschen ändern (nämlich zum Guten hin), so ist die dargestellte Welt doch unveränderlich. Das spiegelt sich auch in der zur Formelhaftigkeit erstarrten Sprache, die vor allem in den klischeehaft eingesetzten Eigenschaftsworten bei Personen- und Landschaftsbeschreibungen zum Ausdruck kommt."

Aus der Vielzahl der uns zugegangenen Leserbriefe drucken wir hier einige ab und wollen dies auch in Zukunft tun. Es wäre günstig, wenn aus den Leserbriefen hervorginge, ob die Schreiber auch mit einem Abdruck des Namens einverstanden sind. Im übrigen müssen wir uns eine Kürzung der Leserbriefe vorbehalten.

Redaktion

Der Machtkampf in der Islamischen Republik Iran

Die historische Rolle der Geistlichkeit in der iranischen Revolution ist erledigt

bep. Zwei Jahre nach dem Sturz des Schah-Regimes befindet sich die Islamische Republik Iran in einer schweren innenpolitischen Krise. Zwischen dem Staatspräsidenten Bani Sadr und seiner Partei einerseits, der Mehrheit der islamischen Rechtsgelehrten und ihrer „Islamisch-Republikanischen Partei" (IRP) andererseits hat sich ein Machtkampf entwickelt, der nur durch die Zwänge des Krieges gegen den Irak und die Autorität des Imam Khomeiny, der zu vermitteln sucht, noch in gewissen Grenzen gehalten wird. Bani Sadr, der die Gefahr, die vom russischen Sozialimperialismus ausgeht, klar sieht, hat deshalb die Behandlung der Geiselfrage kritisiert und ist für eine Normalisierung gegenüber den USA eingetreten. Die Partei der Mullas wirft ihm dafür Kompromißlertum vor. Aber der Streit geht nicht um eine einzelne taktische Frage, auch nicht direkt um die programmatischen Ziele, sondern vielmehr um die Wege, auf denen diese zu verwirklichen sind. Bani Sadr fordert den Abschluß einer bestimmten Etappe des revolutionären Prozesses, der die Zerschlagung der Stützen des Schah-Regimes und der Kompradorenbourgeoisie zur Aufgabe hatte, der gekennzeichnet war durch die Bildung und die Tätigkeit der islamischen Komitees, der Revolutionsgarden, der Revolutionsgerichte und die mit ihrer Hilfe durchgeführte Säuberung der Armee und des Staatsapparates. Bani Sadr tritt für die Schaffung einer regulären demokratischen Staatsordnung, einer starken Exekutive, einer ordentlichen Justiz anstelle der verschiedenen Formen der Sondergerichtsbarkeit ein. Anfang Dezember wurde sein Brief an Khomeiny veröffentlicht, in dem er erklärt, die Minister seien unfähig, ihre Arbeit zu verrichten. Die Regierung sei unbeliebt bei der Bevölkerung. Sie stelle eine größere Bedrohung für den Iran dar als der Krieg mit dem Irak. Er habe Khomeiny des öfteren gewarnt, daß Personen ohne Kenntnisse und Fähigkeiten die Geschicke des Landes nicht in die Hand nehmen sollten. Er habe auch vor der sich verschlimmernden Wirtschaftslage gewarnt und darauf hingewiesen, daß die Streitkräfte organisiert werden müßten. Doch habe man nicht auf ihn gehört.

Nach der Verfassung der Islamischen Republik hat der direkt gewählte Staatspräsident verhältnismäßig weitreichende Kompetenzen. Er muß die Gesetze und Verordnungen bestätigen, er ernennt die Minister und den Ministerpräsidenten in Abstimmung mit dem Parlament. Aber über der Autorität des Staatspräsidenten steht die Autorität des Rats der „Wächter der Verfassung", der von der Geistlichkeit kontrolliert wird, mit Khomeiny an der Spitze. Und neben der Autorität des Parlaments und der Regierung steht die Macht der Revolutionsgerichte und Revolutionsgarden, die sich von revolutionären Machtorganen zu Instrumenten einer Willkürherrschaft der Partei der Mullas zu entwickeln drohen. In den Präsidentschaftswahlen im Januar hatte Bani Sadr über 75% der Stimmen gewonnen, aber in den Parlamentswahlen im März hatte die konkurrierende IRP eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erhalten. Die Parlamentswahlen fanden als Persönlichkeitswahlen nach einem Mehrheitswahlrecht statt. Der Sieg der IRP erklärt sich aus denselben Ursachen wie die führende Rolle der Geistlichkeit beim Sturz der Schah-Herrschaft: In Gestalt der Moscheen, Schulen und Krankenanstalten verfügt sie über bedeutende Mittel des politischen Einflusses, die sie für den Kampf gegen die Despotie und die Fremdherrschaft seit dem letzten Jahrhundert zu nutzen und zu erhalten wußte. Alle anderen Oppositionsparteien waren demgegenüber durch das Schah-Regime zerschlagen oder erheblich dezimiert worden. Auch Bani Sadr verfügte über keine organisierte Massenpartei, sondern eher über einen losen Zusammenschluß von Unterstützungskomitees. Die fundamentalistische Geistlichkeit nutzt nun ihren Einfluß innerhalb und außerhalb des Parlaments, um die Stellung des Präsidenten zu untergraben. Im Juni veröffentlichte die Zeitung Bani Sadrs Dokumente, nach denen prominente IRP-Mitglieder seine Absetzung betrieben. Anfang November wurde der frühere Außenminister Ghotbzadeh festgenommen, weil er die Informationspolitik des staatlichen Fernsehens kritisierte. Bani Sadr prostestierte gegen die Festnahme; nach Massendemonstrationen in Teheran mußte Ghotbzadeh freigelassen werden. Im Dezember kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen in Teheran, Quom und Meshed zwischen Anhängern des Staatspräsidenten und „islamischen" Kräften.

Um seine Position zu festigen, hat Bani Sadr nach dem Ausbruch des Kriegs mit dem Irak eine gefährliche Taktik eingeschlagen: Er hat persönlich die Leitung der Kämpfe übernommen, eine kompromißlose Linie in diesem Konflikt eingeschlagen und versucht so offenbar, sich eine Machtbasis in der Armee ebenso wie eine festere politische Basis im Land zu schaffen. Gefährlich ist diese Taktik, weil er seinen politischen Einfluß an militärische Erfolge in dieser Auseinandersetzung knüpft, die nur mit hohen Opfern erreichbar sein werden, wenn überhaupt, und weil er sich auf eine Armee stützt, deren Loyalität gegenüber der Revolution nicht außer Zweifel steht.

Welche Interessen vertreten die geistlichen Rechtsgelehrten, die Mullas? Zunächst einmal: keine einheitlichen. Auch unter der Geistlichkeit gibt es verschiedene politische Richtungen, Repräsentanten verschiedener Klasseninteressen. Bani Sadr behauptet, der niedere Klerus unterstütze ihn. Aber ein großer Teil der einflußreichen Mullas gehört offenbar zu der politischen Richtung, die durch die IRP vertreten wird und in der sich durchaus eigenständige Interessen der Mullas ausdrücken: das Interesse an der Besetzung von Machtpositionen im Staatsapparat und in der Wirtschaftsverwaltung, die Umwandlung in einen Beamtenstand. Dabei braucht man gar nicht in Zweifel zu ziehen, daß ein großer Teil nicht einfach den persönlichen Vorteil im Auge hat, sondern von Gefühlen des Patriotismus und von Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit geleitet ist. Aber solche Gefühle und Vorstellungen, die durch den Islam geprägt sind, ergeben noch kein fortschrittliches Programm und verleihen vor allem nicht die Fähigkeit, fortschrittliche Ziele auch in die Tat umzusetzen. Praktische Unfähigkeit, Verwandlung von Nationalismus in Chauvinismus, Beispiele von Willkür, Korruption, zahlreiche Verletzungen der Demokratie unter Berufung auf islamische Rechtsvorstellungen beginnen das Ansehen der Geistlichkeit zu untergraben. Über die gegenwärtige politische Stellung der Landbevölkerung ist zu wenig bekannt. Deutliche Anzeichen gibt es aber, daß die Partei der Geistlichen die Unterstützung ihres wichtigsten direkten Bündnispartners zu verlieren droht: der städtischen Basarhändler, deren seit Jahrhunderten existierende Geheimorganisationen entscheidenden politischen Einfluß auf die städtischen Massen ausüben. In den letzten Monaten waren es Vertreter der Basaris, die die Demonstrationen gegen die Verhaftung von Ghotbzadeh unterstützten oder sogar organisierten, und die bei Khomeiny gegen die Pressezensur, die Rechtsunsicherheit und die Verschlechterung der Wirtschaftslage protestierten.



Bewaffnete Mullas paradieren durch die Straßen der Stadt Qom

Die Position der beiden bedeutendsten linken Organisationen, Fedayin-e-Chalk („sich opfernde Kämpfer des Volkes") und Mujahedin-e-Chalk („heilige Kriegskämpfer des Volkes) ist offenbar geschwächt. Ihr Einfluß gründete sich auf ihre bewaffneten Aktionen gegen die Schah-Diktatur und ihre Rolle bei den Kämpfen, die zum Sturz des Schah führten. Seit Beginn der Republik waren sie Diskriminierungen und schließlich auch Verfolgungen von seiten des Revolutionsrats und des Staats ausgesetzt. Die Volksfedayin, die sich als Marxisten-Leninisten verstehen, wurden bald in den Untergrund gezwungen. Letzten Dezember wurde ein führendes Mitglied der Mujahedin, der islamischen Revolutionäre, wegen Beziehungen zum sowjetischen Geheimdienst zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, was den Behörden Anlaß gab, die Tätigkeit dieser Organisation weitgehend zu illegalisieren. Der Spionagevorwurf gegen die Mujahedin ist wohl hergeholt. Aber sowohl Fedayin wie Mujahedin haben sich in ihren politischen Positionen inzwischen der von der Sowjetunion abhängigen Tudeh-Partei angenähert. Gemeinsam unterstützen sie die Opposition gegen die Politik Bani Sadrs, der ihnen als liberaler Bourgeois und Amerika-Freund gilt, und halten zu Khomeiny und der IRP, von denen sie am ehesten günstige Bedingungen für eine Fortsetzung des revolutionären Prozesses und eine Teilhabe an der Macht erhoffen, anstelle der von Bani Sadr angestrebten Konsolidierung. Die Volksfedayin haben sich nach Auseinandersetzungen über diesen Kurs gespalten. Über die Entwicklung der aus dieser Spaltung hervorgegangenen marxistisch-leninistischen Gruppierung wie über die anderen marxistisch-leninistischen Zirkel ist uns nichts Zuverlässiges bekannt.

Die genannten Anzeichen sprechen dafür, daß die historische Rolle der islamischen Geistlichen in der iranischen Revolution erledigt ist und daß ihr Festklammern an der Macht zu einem Hindernis für den Fortschritt und die Einheit der Nation zu werden droht. Gegenwärtig ist die Partei Bani Sadrs die Kraft, die wohl am ehesten Aussicht hat, die Führung in der nächsten Etappe der nationalen Revolution zu übernehmen. Solange sie ihr Schicksal aber an den unheilvollen Konflikt mit dem Irak knüpft, bleibt die Gefahr groß, daß das Land weiter in Instabilität und Chaos versinkt.

jon. Beijing. Im Prozeß gegen die Vierer-Bande und die Lin Biao-Clique
Beweisaufnahme gegen die Vierer-Bande und
1966 und vermutlich in der chinesischen Geschichte überhaupt hat ein
Formen der Sondergerichtsbarkeit ein. Anfang Dezember wurde sein Brief an Khomeiny veröffentlicht, in dem er erklärt, die Minister seien unfähig, ihre Arbeit zu verrichten. Die Regierung sei unbeliebt bei der Bevölkerung. Sie stelle eine größere Bedrohung für den Iran dar als der Krieg mit dem Irak. Er habe Khomeiny des öfteren gewarnt, daß Personen ohne Kenntnisse und Fähigkeiten die Geschicke des Landes nicht in die Hand nehmen sollten. Er habe auch vor der sich verschlimmernden Wirtschaftslage gewarnt und darauf hingewiesen, daß die Streitkräfte organisiert werden müßten. Doch habe man nicht auf ihn gehört.
Nach der Verfassung der Islamischen Republik hat der direkt gewählte Staatspräsident verhältnismäßig weitreichende Kompetenzen. Er muß die Gesetze und Verordnungen bestätigen, er ernennt die Minister und den Ministerpräsidenten in Abstimmung mit dem Parlament. Aber über der Autorität des Staatspräsidenten steht die Autorität des Rats der „Wächter der Verfassung", der von der Geistlichkeit kontrolliert wird, mit Khomeiny an der Spitze. Und neben der Autorität des Parlaments und der Regierung steht
talistische Geistlichkeit nutzt nun ihren Einfluß innerhalb und außerhalb des Parlaments, um die Stellung des Präsidenten zu untergraben. Im Juni veröffentlichte die Zeitung Bani Sadrs Dokumente, nach denen prominente IRP-Mitglieder seine Absetzung betrieben. Anfang November wurde der frühere Außenminister Ghotbzadeh festgenommen, weil er die Informationspolitik des staatlichen Fernsehens kritisierte. Bani Sadr prostestierte gegen die Festnahme; nach Massendemonstrationen in Teheran mußte Ghotbzadeh freigelassen werden. Im Dezember kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen in Teheran, Quom und Meshed zwischen Anhängern des Staatspräsidenten und „islamischen" Kräften.
Um seine Position zu festigen, hat Bani Sadr nach dem Ausbruch des Kriegs mit dem Irak eine gefährliche Taktik eingeschlagen: Er hat persönlich die Leitung der Kämpfe übernommen, eine kompromißlose Linie in diesem Konflikt eingeschlagen und versucht so offenbar, sich eine Machtbasis in der Armee ebenso wie eine festere politische Basis im Land zu schaffen. Gefährlich ist diese Taktik, weil er seinen politischen Einfluß an militärische Erfolge in dieser Auseinandersetzung



Bewaffnete Mullas paradieren durch die Straßen der Stadt Qom
wird und in der sich durchaus eigenständige Interessen der Mullas ausdrücken: das Interesse an der Besetzung von Machtpositionen im Staatsapparat und in der Wirtschaftsverwaltung, die Umwandlung in einen Beamtenstand. Dabei braucht man gar nicht in Zweifel zu ziehen, daß ein großer Teil nicht einfach den persönlichen Vorteil im Auge hat, sondern von Ge-
lung der Landbevölkerung ist zu wenig bekannt. Deutliche Anzeichen gibt es aber, daß die Partei der Geistlichen die Unterstützung ihres wichtigsten direkten Bündnispartners zu verlieren droht: der städtischen Basarhändler, deren seit Jahrhunderten existierende Geheimorganisationen entscheidenden politischen Einfluß auf die städtischen Massen ausüben. In den letzten Mona-
ihnen als liberaler Bourgeois und Amerika-Freund gilt, und halten zu Khomeiny und der IRP, von denen sie am ehesten günstige Bedingungen für eine Fortsetzung des revolutionären Prozesses und eine Teilhabe an der Macht erhoffen, anstelle der von Bani Sadr angestrebten Konsolidierung. Die Volksfedayin haben sich nach Auseinandersetzungen über diesen Kurs gespalten. Über die Entwicklung der aus dieser Spaltung hervorgegangenen marxistisch-leninistischen Gruppierung wie über die anderen marxistisch-leninistischen Zirkel ist uns nichts Zuverlässiges bekannt.
Die genannten Anzeichen sprechen dafür, daß die historische Rolle der islamischen Geistlichen in der iranischen Revolution erledigt ist und daß ihr Festklammern an der Macht zu einem Hindernis für den Fortschritt und die Einheit der Nation zu werden droht. Gegenwärtig ist die Partei Bani Sadrs die Kraft, die wohl am ehesten Aussicht hat, die Führung in der nächsten Etappe der nationalen Revolution zu übernehmen. Solange sie ihr Schicksal aber an den unheilvollen Konflikt mit dem Irak knüpft, bleibt die Gefahr groß, daß das Land weiter in Instabilität und Chaos versinkt.

Beweisaufnahme gegen die Vierer-Bande und die Lin Biao-Clique abgeschlossen

Angeklagte unterschiedlich belastet / Die Frage der Verantwortlichkeit Mao Zedongs

jon. Beijing. Im Prozeß gegen die Vierer-Bande und die Lin Biao-Clique in Beijing wurden am 29. Dezember die Beweisaufnahme und die Plädoyers beendet. Die Urteile sind zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikel noch nicht verkündet. Die Plädoyers wurden für jeden Angeklagten einzeln gehalten. Bei unterschiedlicher Bewertung einzelner Taten und der Tatenschwere beantragte die Staatsanwaltschaft gegen alle Angeklagten Bestrafung nach den Paragraphen des 1979 verabschiedeten Strafgesetzbuches, die die Vorbereitung und Planung des Sturzes der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Systems und die Bildung von konterrevolutionären Vereinigungen behandeln. Diese Vergehen werden mit mehrjährigen und teilweise lebenslänglichen Freiheitsstrafen bedroht. Im Falle von Jiang Qing beantragte die Staatsanwaltschaft die Anwendung des Paragraphen 103 des Strafgesetzbuches, der die Todesstrafe bei besonders schweren konterrevolutionären Verbrechen vorsieht.

Die Anklageschrift hatte den Eindruck großer Einheitlichkeit im Vorgehen und der Zusammenarbeit der beiden Gruppen geweckt. Am Ende des Prozesses kann jeder dieser ehemaligen hohen Partei-, Staats- und Militärführer auf Grund des vorgelegten Beweismaterials als schuldig betrachtet werden, an einem Teil der 729511 ungerechtfertigten Verfolgungen und 34800 dabei vollzogenen Tötungen beteiligt gewesen zu sein, von denen die Anklageschrift spricht. Ebenso waren sie alle an den Vorbereitungen zu dem bewaffneten konterrevolutionären Umsturzversuch beteiligt, die die beiden Cliquen jeweils 1971 und 1976 unternommen haben. Dennoch haben die Verhandlungen und Schlußdebatten ein unterschiedliches Bild der einzelnen Angeklagten ergeben. Der Verteidiger des ehemaligen stellvertretenden Generalstabschefs Wu Faxian faßte die Forderung nach unterschiedlicher Bewertung der Taten der Angeklagten so zusammen: „Der Fall der konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing betrifft Verbrechen, die von einer Gruppe von Personen gemeinsam begangen wurden. Die Hauptmitglieder dieser Cliquen sollten die strafrechtliche Verantwortung für die Verbrechen tragen, die sie planten oder begingen. Aber nicht für die, die sie nicht planten oder begingen." Das klingt wie eine Selbstverständlichkeit, bedeutet aber einen Bruch sowohl mit der „Rechts"-Praxis der Vierer-Bande wie mit dem traditionellen chinesischen Recht, in denen Sippen- und Gruppenhaftung üblich waren.

Insbesondere bei den fünf Angeklagten, die Verteidiger wählten, ergibt sich daher jetzt daher ein genaueres Bild als zu Beginn des Prozesses. So ist nach Auffassung der Verteidigung die Verantwortung Wu Faxians dafür nicht zu bestreiten, daß er den Sohn Lin Biaos illegalerweise zum faktischen Kommandeur der Luftwaffe machte. Eine Beteiligung an der Ausarbeitung der Putschpläne Lin Biaos sei ihm aber nicht nachzuweisen. Im Falle des Propagandachefs der Vierer-Bande Yao Wenyuan bestritt dessen Verteidiger, daß Yaos Verleumdungen gegen die Demonstranten auf dem Tiänanmen-Platz 1976 als Vorbereitung des Putschversuches im Oktober 1976 zu werten sei, während der Staatsanwalt von einem einheitlichen Plan zum Sturz der Diktatur des Proletariats ausging.

Unterschiedliches Verhalten auch der Angeklagten. Einige, wie Chen Boda und Wang Hongwen, bekannten sich uneingeschränkt schuldig. Der ehemalige politische Kommissar der Marine, Li Zuopeng, erklärte, die Vorwürfe gegen ihn seien „im wesentlichen wahr, aber nicht ganz". Und der ehemalige Generalstabschef Huang Yongsheng bestritt in einer dreistündigen Verteidigungsrede, einer der Hauptbeteiligten der Lin Biao-Clique gewesen zu sein. Von den beiden zentralen Figuren der Vierer-Bande hat der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Zhang Chunqiao die Entgegennahme der Anklageschrift verweigert und während des Prozesses kein einziges Mal den Mund geöffnet. Jiang Qing bestritt in zwei mehrstündigen Reden zum Schluß der Verhandlungen die ihr vorgeworfenen Taten nicht, sondern rechtfertigte sie als revolutionär und als Ausführung der Weisungen Mao Zedongs und der Politik der Partei.

Darüber, ob sich die in diesem Prozeß verhandelten Verbrechen von den politischen Fehlern Mao Zedongs trennen lassen und ob „über die gesamte Epoche der Kulturrevolution zu Gericht gesessen wird", gibt es in der KVZ eine Diskussion (siehe Nr. 49 und 51/80). Ich bin der Meinung, daß die Trennung zwischen politischen Fehlern und Verbrechen notwendig ist. Es macht einen Unterschied, ob man z.B. in einem sozialistischen Land jemanden zu Recht oder Unrecht für einen verkappten Konterrevolutionär hält und ihn mit den Methoden der innerparteilichen und staatlichen Demokratie bekämpft, oder ob man gegen ihn falsche Anklagen fabriziert, ihn illegal einsperrt und totschlägt. Ein Problem dabei ist allerdings, daß die Fehler der von Mao Zedong in seinen letzten Jahren verfolgten Politik die innerparteiliche Demokratie und die staatlichen Institutionen so weit schwächten, daß solche Verbrechen erleichtert wurden. Und: eine gründliche Kritik der Fehler Mao Zedongs durch die KP Chinas hat noch nicht begonnen. Sie wird auf dem nächsten Parteitag beginnen. Sie wird behutsam und langfristig geführt werden. Denn es geht dabei nicht nur um die Fehler einer Person, um eine abgeschlossene Epoche, sondern um die Stabilität der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus insgesamt. In gewissem Sinne mußte die KP Chinas mit diesem Prozeß den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Und die beunruhigende Frage nach der Verantwortlichkeit Mao Zedongs spielt in den Diskussionen unter den Massen hier unter diesen Umständen eine besondere Rolle. Darauf hat der Genosse thh. in seinem Artikel in KVZ 49 hingewiesen.

Dennoch war es einer der Hauptverdienste dieses Prozesses, daß er überhaupt stattgefunden hat. Erstmals seit 1966 und vermutlich in der chinesischen Geschichte überhaupt hat ein dem Volk (über den Nationalen Volkskongreß) verantwortliches Gericht aufgrund einer sorgfältigen Prüfung von Tatsachen im Rahmen überprüfbarer Rechtsvorschriften die Taten von führenden Politikern untersucht. Der Prozeß fand auch nicht zu früh statt, denn er liefert Kriterien zur Bewertung der Verantwortlichkeit auch der Gefolgsleute der Vierer-Bande, deren richtige Beurteilung für die Wiedergewinnung von Stabilität und Einheit in China wichtig ist. Es war richtig, das erst 1979 verabschiedete Strafrecht zur Grundlage zu machen. Nach den vorher geltenden Rechtsvorschriften hätten die Angeklagten ausnahmslos an die Wand gestellt werden müssen, eine differenzierende Behandlung ihrer Taten und der Taten ihrer Gefolgsleute wäre also nicht möglich gewesen. Die Leute, mit denen wir hier sprechen, setzen viel an dem Prozeß aus. Z.B. an der passiven Rolle der Verteidigung bei der Beweisaufnahme. Ohne daß auch solche Schwerverbrecher umfassende Verteidigungsmöglichkeiten praktisch wahrnehmen können, ist eine Kontrolle des Volks über die Justiz nicht möglich. Man darf aber nicht vergessen, daß die chinesische Justiz zum ersten Mal Erfahrungen mit einem Rechtssystem sammelt, mit dem die Wahrheit in den Tatsachen gesucht werden kann. Insofern sind das Strafrecht von 1979 und der jetzige Prozeß nicht nur ein gewaltiger Fortschritt gegenüber der Rechtlosigkeit im alten China, sondern auch eine praktische Kritik der Fehler Mao Zedongs, der geglaubt hatte, China könne „das bürgerliche Recht" rasch „überwinden", statt zu sehen, daß garantierte Rechte der Volksmassen beim Aufbau des Sozialismus Waffen gegen neue Willkürherrschaft sind.

Polens Oberstes Gericht läßt die Zulassung der Bauernorganisation „Land-Solidarität“ noch offen

hku. Der polnische Außenminister Czyrek und der stellvertr. Ministerpräsident Jagielski waren zwischen Weihnachten und Neujahr nach Moskau geladen. Czyrek beschwor wieder und wieder die Zugehörigkeit Polens zum Sowjetblock und unterschrieb eine Erklärung gegen „imperialistische Einmischung“ in Polen. Jagielski verhandelte über eine sowjetische Entlastung für die polnische Ökonomie, für die nicht einmal ein Plan 1981 festgelegt werden konnte; er mußte sich sagen lassen, die polnischen Arbeiter würden derzeit mehr verzehren als sie schaffen. Die Sowjetunion will die Führung der PVAP politisch und ökonomisch enger an sich binden, während sie gleichzeitig ihre Propaganda über den „antisozialistischen“ Charakter von freien Gewerkschaften fortsetzt und scharfe direkte Angriffe gegen führende Personen der Arbeiter- und Volksbewegung in Polen richtet.

Unterdessen geht in Polen der Aufbau der elementaren Organisationen der Arbeiter und aller Volksklassen weiter. In den betrieblichen und regionalen Grundorganisationen von „Solidarność“ wird mit den freien und geheimen Wahlen der Delegierten begonnen, die an die Stelle der Gründungskomitees – meist Streikräte – treten werden. Auf dem 21. Kongreß des Schriftstellerverbandes ist das neugewählte Präsidium unter dem parteilosen Szczepanski vehement für Meinungs- und Informationsfreiheit eingetreten und hat ausdrücklich verteidigt, daß viele Schriftsteller zuletzt in Untergrundverlagen veröffentlicht haben.

Noch nicht entschieden ist, ob die Bauernorganisation „Land-Solidarität“ ihre Registrierung ohne Kampfmaßnahmen erreicht. Der Oberste Gerichtshof hat seine Entscheidung vertagt, wegen der „Kompliziertheit der Rechtslage“. 2000 Bauern unterstützten vor dem Gerichtsgebäude ihre Vertreter; auf einem Transparent stand: „Land-Solidarität garantiert die Versorgung des Landes!“ Die Bewegung unter den Bauern fand ihren Ausdruck auch auf dem Kongreß der bislang PVAP-treuen Vereinigten Bauernpartei. Neben höheren Erzeugerpreisen forderten die Delegierten Produktionsmittel und Boden auch für die Privatbauern. „Es erhebt sich die Frage, wenn das Ackerland guten Bauern zur Verfügung gestellt würde, würden daran die Grundlagen des Sozialismus in Polen Schaden nehmen? Bestimmt nicht. Der Sozialismus würde weiter bestehen, aber nur mit dem Unterschied, daß wir reichlich Lebensmittel hätten. Bitte keinen Applaus, es ist schade um die Zeit, außerdem applaudieren wir schon 35 Jahre lang.“ – „Am Ende des 20. Jahrhunderts, im Sozialismus, leben an die 30% der Landbevölkerung am Rande der Armut. Das ist die Wahrheit. Und wo waren wir? Wo war die Vereinigte Bauernpartei? ... 36 Jahre nach Kriegsende sollte der Fortschritt auf dem Lande wohl anders sein als dies der Fall ist. Dafür gibt es keine Entschuldigung.“ (Radio Warschau, 15.12.)

Die Sowjetunion und Vietnam befürchten weitere Isolation durch die Kampuchea-Konferenz

mam. Am 22. Oktober letzten Jahres hatte die 35. UNO-Vollversammlung mit einer Mehrheit von 74 gegen 35 Stimmen beschlossen, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea ihren Sitz in der UNO behält und daß Anfang des Jahres eine internationale Konferenz stattfindet „unter Teilnahme aller am Konflikt in Kampuchea beteiligten und anderer betroffener Parteien“. In der Resolution wurde betont: „Die internationale Konferenz muß zuallererst den vollständigen Rückzug der ausländischen Truppen aus Kampuchea in einem besonderen Zeitrahmen – der von den Vereinten Nationen bestätigt werden muß – erörtern, freie Wahlen in Kampuchea unter der Oberaufsicht der Vereinten Nationen sicherstellen und die Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität Kampucheas garantieren.“

Nach der UNO-Resolution, die noch 3 Stimmen mehr bekam als die des Jahres 1979, ließ Radio Hanoi los, „man

aber Heng Samrin sitzt in Phnom Penh. Und er wird weiterhin dort sitzen.“

Seit dem Beschluß der UNO-Generalversammlung führen insbesondere die VR China und die ASEAN-Staaten hartnäckig den Kampf darum, daß der Inhalt der Resolution, nämlich der vollständige Abzug der vietnamesischen Besatzungstruppen aus Kampuchea, durchgesetzt wird und betreiben die Vorbereitung der internationalen Konferenz. Die Vorbereitung der internationalen Konferenz hat im wesentlichen die Funktion, dafür zu sorgen, daß die Sozialimperialisten und Vietnam die Resolution nicht zu einem Fetzen Papier verkommen lassen können. Die Beratungen, die Vertreter der ASEAN-Länder mit der VR China im Rahmen der Vorbereitung der Konferenz durchführten, hatten vor allen Dingen den Zweck, die Sowjetunion und Vietnam immer wieder zur öffentlichen Stellungnahme zu bewegen, sie weiter zu isolieren und letztendlich da-

Ausländische Arbeiter in Dänemark fordern politische und soziale Rechte

Unterstützung durch die Gewerkschaften / Erfolge in Schweden

bag. 1968 waren in Dänemark 608 Ausländer registriert, darunter 18 Türken. Heute sind es 98000, darunter 25000 aus EG-Ländern, 22500 aus den skandinavischen Ländern, 12000 Türken, 7000 Jugoslawen und 6000 Pakistaner. Sie haben je nach Herkunftsgebiet unterschiedliche politische und soziale Rechte. Einwanderer aus anderen skandinavischen Ländern können frei einreisen und ohne besondere Erlaubnis Arbeit aufnehmen. Nach drei Jahren festem Aufenthalt haben sie zudem das aktive und passive Wahlrecht. Staatsbürger aus EG-Ländern müssen eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis vorlegen, wobei seit 1970 die Arbeit bereits vor der Einreise gesichert sein muß. In der Regel wird die Aufenthaltserlaubnis für zunächst fünf Jahre erteilt und kann danach verlängert werden, auch unbeschränkt. Mit der zunehmenden Krise, vor allem der Arbeitslosigkeit, wird die Aufenthaltserlaubnis jedoch immer häufiger auf die Länge des Arbeitsvertrags beschränkt. Am schlechtesten sind die Arbeiter aus anderen europäischen Ländern und aus nicht-europäischen Gebieten gestellt. Sie bekommen in der Regel nur eine kurze Aufenthaltsgenehmigung und dürfen als Angehörige nur Ehepartner und Kinder unter 20 Jahren nachreisen lassen und das auch nur, wenn sie einen ausreichend hohen Lohn und eine ausreichend große Wohnung nachweisen können. Seit 1978 sind die Einreisebedingungen vor allem dieser Gruppe verschärft worden.

Abgesehen von diesen Unterschieden sind die Einwanderer in Dänemark jedoch alle gleich dem „Fremdengesetz“ unterworfen, das einen großen Teil der politischen Rechte außer Kraft setzt und als besondere Unterdrückungsmaßnahme das Mittel der Ausweisung anwenden kann. In den letzten drei Jahren wurden 4200 Ausländer aus Dänemark ausgewiesen. Häufig geschieht dies nach Verstößen gegen die Gesetze des Landes, und zwar zusätzlich zur Strafverfolgung des Vergehens. Neuerdings häufen sich die Fälle, wo Einwanderer wegen Arbeitslosigkeit ausgewiesen werden. Bei Arbeitslosigkeit von mehr als einem Jahr verliert man als Ausländer nämlich das Recht auf Arbeitslosenunterstützung; der Fall wird dem zentralen Sozialamt gemeldet, das dann entscheidet, ob weiterhin Unterstützung gezahlt oder der Ausländer samt Familie nach Hause geschickt werden soll.

Bereits 1970 haben die Gewerkschaften unter der Forderung nach „Gleichberechtigung“ (so der Titel eines Forderungskataloges des Spezialarbeiterverbandes, der größten Einzelgewerkschaft) wichtige Rechte für die ausländischen Arbeiter durchsetzen können, vor allem bezüglich des Lohns und der Arbeitsbedingungen. Auch in der Wohnungs- und Ausbildungspolitik haben die Gewerkschaften für die Einwanderer erhebliche Verbesserungen erreichen können. Jetzt haben sieben Organisationen von Einwanderern mit Unterstützung des Spezialarbeiterverbandes der Regierung einen „Vorschlag der Einwanderer zur Lösung ihrer Probleme“ vorgelegt. Die drei wichtigsten Forderungen dieses „Vorschlags“ sind:

Erstens: Forderung nach Wahlrecht für die Kommunal- und Parlamentswahlen nach zwei Jahren Aufenthalt im Land. Zweitens eine bessere Ausbildung. Das umfaßt zum einen das Recht auf den Unterricht der Kinder in ihrer Muttersprache, eine Ausweitung der jetzt nur eine Stunde in der Woche gesendeten Ausländerprogramme im Radio und die staatliche Finanzierung einer Einwandererzeitung. In einer Schule in Ishöj bei Kopenhagen boykottieren türkische Schüler seit mehreren Wochen den Unterricht, um einen weiteren Sprachlehrer durchzusetzen (siehe Bild; auf der Tafel steht auf türkisch und dänisch: „Zwei Lehrer können nicht drei Gruppen unterrichten. Deshalb machen wir nicht mehr mit“). Zum anderen fordern die Einwanderer eine bessere Ausbildung in der dänischen Sprache. Bisher haben sie nur das Recht auf kostenfreien Unterricht in Grundkenntnissen der dänischen Sprache (1000 Worte) und 40 Stunden Einführung in dänische Sozialkunde. Der „Vorschlag“ fordert „gleiche Möglichkeiten zur Ausbildung/Bildung, wie sie der übrigen Bevölkerung gegeben wird, unter Berücksichtigung der besonderen Voraussetzungen der Einwanderer ... mit dem Ziel, daß die Einwanderer aktiv an der Gesellschaft teilnehmen, in der sie leben“. Die dritte wesentliche Forderung betrifft die Gleichstellung bei der Arbeitsvermittlung. Zur Zeit sind ein Fünftel der ausländischen Beschäftigten in Dänemark arbeitslos, das sind mehr als doppelt so viele wie die Quote der dänischen Arbeiter.



In der Frage des Wahlrechts hat die dänische Regierung bereits Verhandlungsbereitschaft angedeutet, jedenfalls bezüglich der Kommunalwahlen. Die ausländischen Arbeiter in Dänemark können sich bei ihren Forderungen zum Teil auf Erfolge der schwedischen Gewerkschaften stützen, die bereits 1975 das aktive und passive Wahlrecht zu den kommunalen und Bezirksparlamenten für Ausländer nach dreijährigem Aufenthalt durchsetzten. 1976 veröffentlichte der schwedische Gewerkschaftsbund ein „Einwandererpolitisches Aktionsprogramm“, das unter anderem folgende Forderungen enthält: „Recht der Gewerkschaften, ausländische Arbeiter während der Arbeitszeit bei Lohnfortzahlung über ihre gewerkschaftlichen und sozialen Rechte zu informieren. Dies soll den bereits bestehenden gesetzlichen Anspruch auf 240 bezahlte Arbeitsstunden zwecks Erlernung der schwedischen Sprache erweitern. Ebenso ausgeweitet werden soll der Unterricht in der Heimatsprache, auf die jedes ausländische Kind kostenlos Anspruch hat. Der Gewerkschaftsbund fordert weiter die Anrechnung der Arbeitszeit in den

Schriftstellerverbandes ist das neugewählte Präsidium unter dem parteilosen Szczepanski vehement für Meinungs- und Informationsfreiheit eingetreten und hat ausdrücklich verteidigt,

ernpartei? ... 36 Jahre nach Kriegsende sollte der Fortschritt auf dem Lande wohl anders sein als dies der Fall ist. Dafür gibt es keine Entschuldigung.“ (Radio Warschau, 15.12.)

Die Sowjetunion und Vietnam befürchten weitere Isolation durch die Kampuchea-Konferenz

mam. Am 22. Oktober letzten Jahres hatte die 35. UNO-Vollversammlung mit einer Mehrheit von 74 gegen 35 Stimmen beschlossen, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea ihren Sitz in der UNO behält und daß Anfang des Jahres eine internationale Konferenz stattfindet „unter Teilnahme aller am Konflikt in Kampuchea beteiligten und anderer betroffener Parteien“. In der Resolution wurde betont: „Die internationale Konferenz muß zuallererst den vollständigen Rückzug der ausländischen Truppen aus Kampuchea in einem besonderen Zeitrahmen – der von den Vereinten Nationen bestätigt werden muß – erörtern, freie Wahlen in Kampuchea unter der Oberaufsicht der Vereinten Nationen sicherstellen und die Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität Kampucheas garantieren.“

Nach der UNO-Resolution, die noch 3 Stimmen mehr bekam als die des Jahres 1979, ließ Radio Hanoi los, „man

brauche nicht nach einer politischen Lösung des Kampuchea-Problems zu suchen, da es ein solches gar nicht gebe“, und behauptete, daß das kampucheanische Volk die Regierung des Demokratischen Kampuchea gestürzt habe und „nun absoluter Herr seines Geschicks“ sei. Gegenüber einem ASEAN-Diplomaten verstieg sich der vietnamesische Botschafter in Kuala Lumpur zu der Frechheit zu sagen: „Ihr habt für Pol Pot gestimmt. Well, er kann in der UNO sitzen bleiben,

aber Heng Samrin sitzt in Phnom Penh. Und er wird weiterhin dort sitzen.“

Seit dem Beschluß der UNO-Generalversammlung führen insbesondere die VR China und die ASEAN-Staaten hartnäckig den Kampf darum, daß der Inhalt der Resolution, nämlich der vollständige Abzug der vietnamesischen Besatzungstruppen aus Kampuchea, durchgesetzt wird und betreiben die Vorbereitung der internationalen Konferenz. Die Vorbereitung der internationalen Konferenz hat im wesentlichen die Funktion, dafür zu sorgen, daß die Sozialimperialisten und Vietnam die Resolution nicht zu einem Fetzen Papier verkommen lassen können. Die Beratungen, die Vertreter der ASEAN-Länder mit der VR China im Rahmen der Vorbereitung der Konferenz durchführten, hatten vor allen Dingen den Zweck, die Sowjetunion und Vietnam immer wieder zur öffentlichen Stellungnahme zu bewegen, sie weiter zu isolieren und letztendlich da-

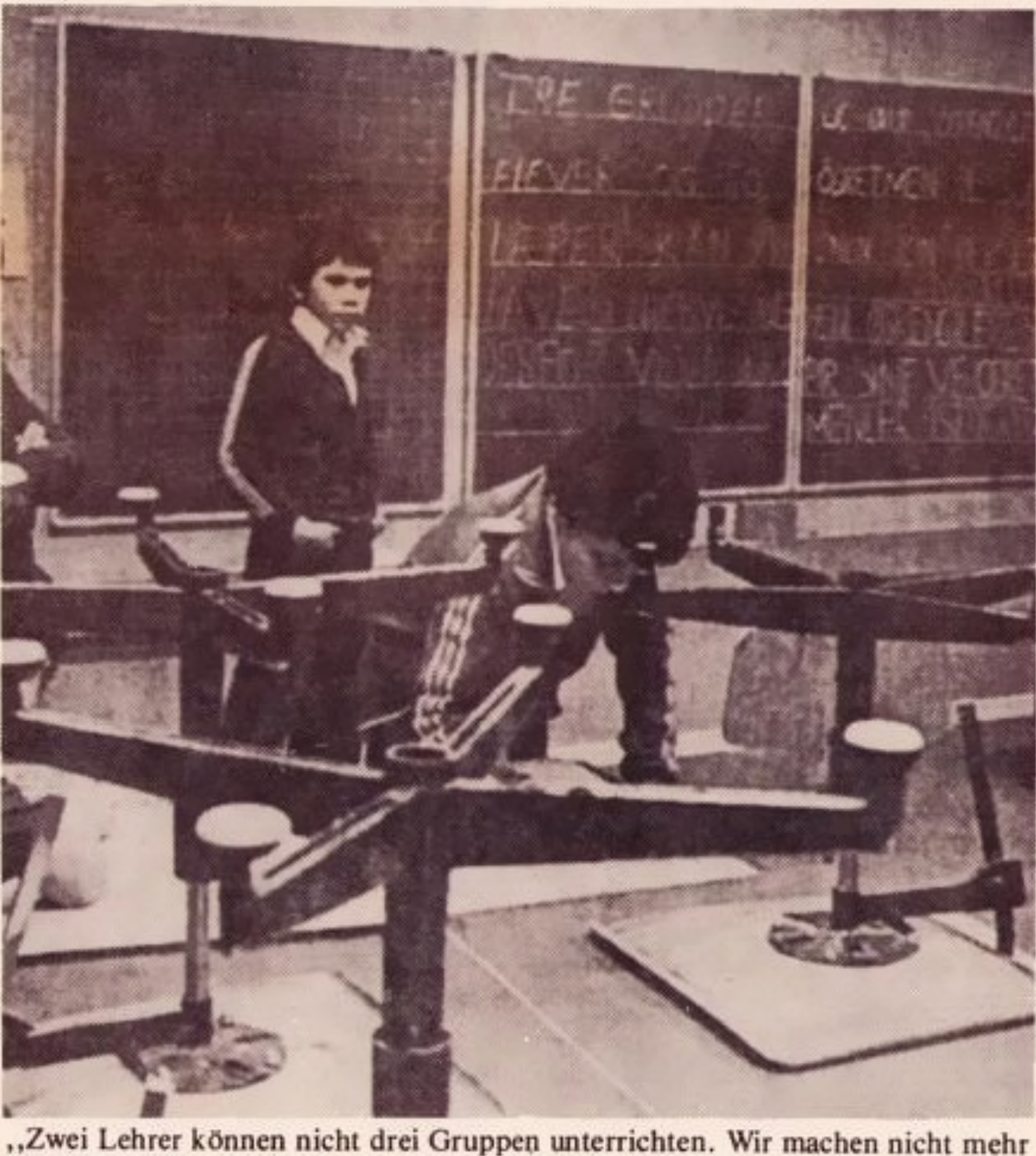
durch auch zur Teilnahme an der Konferenz zu zwingen. Durch diese Beratungen fühlte sich die in- und ausländische bürgerliche Presse zu etlichen Spekulationen angeregt: geht die VR China von ihrer Unterstützung der Regierung des Demokratischen Kampuchea ab? Wer könnte die „3. Kraft“ sein? etc. Gelungen ist davon nichts, außer daß die Resolution bekräftigt wurde, und dazu trägt die Vorbereitung der internationalen Konferenz bei.

partner und Kinder unter 20 Jahren nachreisen lassen und das auch nur, wenn sie einen ausreichend hohen Lohn und eine ausreichend große Wohnung nachweisen können. Seit 1978 sind die Einreisebedingungen vor allem dieser Gruppe verschärft worden.

Abgesehen von diesen Unterschieden sind die Einwanderer in Dänemark jedoch alle gleich dem „Fremdenge-

wanderer erhebliche Verbesserungen erreichen können. Jetzt haben sieben Organisationen von Einwanderern mit Unterstützung des Spezialarbeiterverbandes der Regierung einen „Vorschlag der Einwanderer zur Lösung ihrer Probleme“ vorgelegt. Die drei wichtigsten Forderungen dieses „Vorschlags“ sind:

Erstens: Forderung nach Wahlrecht für die Kommunal- und Parlaments-



„Zwei Lehrer können nicht drei Gruppen unterrichten. Wir machen nicht mehr mit.“

te wesentliche Forderung betrifft die Gleichstellung bei der Arbeitsvermittlung. Zur Zeit sind ein Fünftel der ausländischen Beschäftigten in Dänemark arbeitslos, das sind mehr als doppelt so viele wie die Quote der dänischen Arbeiter.

In der Frage des Wahlrechts hat die dänische Regierung bereits Verhandlungsbereitschaft angedeutet, jedenfalls bezüglich der Kommunalwahlen. Die ausländischen Arbeiter in Dänemark können sich bei ihren Forderungen zum Teil auf Erfolge der schwedischen Gewerkschaften stützen, die bereits 1975 das aktive und passive Wahlrecht zu den kommunalen und Bezirksparlamenten für Ausländer nach dreijährigem Aufenthalt durchsetzten. 1976 veröffentlichte der schwedische Gewerkschaftsbund ein „Einwandererpolitisches Aktionsprogramm“, das unter anderem folgende Forderungen enthält: „Recht der Gewerkschaften, ausländische Arbeiter während der Arbeitszeit bei Lohnfortzahlung über ihre gewerkschaftlichen und sozialen Rechte zu informieren. Dies soll den bereits bestehenden gesetzlichen Anspruch auf 240 bezahlte Arbeitsstunden zwecks Erlernung der schwedischen Sprache erweitern. Ebenso ausgeweitet werden soll der Unterricht in der Heimatsprache, auf die jedes ausländische Kind kostenlos Anspruch hat. Der Gewerkschaftsbund fordert weiter die Anrechnung der Arbeitszeit in den

Heimatländern auf den Anspruch auf staatliche Arbeitslosenhilfe sowie Anspruch auf die allgemeine Volksrente nach dreijährigem Aufenthalt“ (KVZ 45/79).

Das sind nützliche Forderungen, wie auch der jetzige „Vorschlag“ der Einwanderer in Dänemark nützliche Forderungen enthält. Sie verbesern die Bedingungen dafür, bestehende Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse zu beseitigen.

40 estnische Intellektuelle unterzeichnen Protestbrief

coi. Nach Angaben des „Hilfswerks für politische Gefangene in Estland“ in Stockholm haben die sowjetischen Behörden im Dezember erneut Verhaftungen in Talinn und Tartu durchgeführt. Unter den Festgenommenen sind eine Reihe führender estnischer Schriftsteller, Journalisten und Wissenschaftler, die zusammen mit weiteren Intellektuellen einen offenen Brief an die Prawda und andere estnische Zeitungen geschickt hatten. In diesem bisher nur auszugsweise bekanntgewordenen Brief wenden sie sich in vorsichtigen Worten gegen die nationale Unterdrückung der Esten: Eine Vertiefung der nationalen Konflikte könne eine friedliche gesellschaftliche Entwicklung unmöglich machen. Die Demonstrationen jugendlicher Esten im Oktober sei nicht wie behauptet das Werk weniger Aufwiegler gewesen sondern Ergebnis der wachsenden Gegensätze „zwischen Erziehern und Erzogenen, zwischen Führern und Geführten“ sowie Ausdruck der „Unzufriedenheit vieler Esten“. Diese hätte ihre Ursache u.a. in Schlangestehen vor den Geschäften, in einem Mangel an Konsumwaren und in deren „ungerechter Verteilung“. Die Unterzeichner bezeichnen sich als loyale Bürger der UdSSR, und fordern gerade deshalb ihre Meinung ernst zu nehmen.

Offensive der Guerilla in El Salvador

chm. Am 28.12. hat eine Offensive der bewaffneten Verbände der salvadorianischen FMLN (Front Farabundo Marti für nationale Befreiung) im Norden des Landes begonnen. Bis auf eine Entfernung von 50 km von der Hauptstadt San Salvador konnten die Guerilleros vordringen. Nach Angaben der Informationsabteilung der FMLN in Mexiko ist inzwischen ¼ des Landes unter ihrer Kontrolle. Sie bezeichneten den Angriff als Beginn einer allgemeinen Offensive gegen die Militärregierung. Zugleich erklärte die Revolutionäre Demokratische Front, FDR, die politische Organisation, daß sie den politischen Kampf gegen die Junta auf allen Ebenen steigern will. – Die USA haben erklärt, daß sie Offensivwaffen, vor allem Kampfflugzeuge, an El Salvador liefern wollten, da mit der Ernennung eines Zivilisten, Duarte, die Lage sich wieder stabilisiert habe. Die wirtschaftliche Hilfe hatten die USA schon am 23.12. fortgesetzt.

Tschad-Konferenz in Lagos

chm. Am 24.12. ging eine 24stündige Tschad-Konferenz des OAU-Ausschusses zu Ende. An der Konferenz nahmen 11 zentralafrikanische Staaten und Libyen teil. Goukoni Oueddei, der vorerst den Krieg zugunsten der von ihm geführten Übergangsregierung entschieden hat, erklärte vor Beginn der Konferenz, daß der Tschad nicht daran teilnehmen werde. Er war dann jedoch anwesend bei der Eröffnung. Sieben Teilnehmerstaaten verließen die Konferenz vorzeitig, weil keine Einheit mit den anderen vier Teilnehmern über die Verurteilung der militärischen Intervention Libyens in Tschad erzielt werden konnte. Die Zahl der libyschen Soldaten in Tschad soll inzwischen 6000 erreicht haben. 2000 von ihnen sind in der Hauptstadt Ndjamena stationiert (nach Xinhua, 20.12.). Die verbliebenen Konferenzteilnehmer beschlossen u.a.: Einsetzung einer Übergangsregierung, die allen nationalen Kräfte vereint; Durchführung allgemeiner Wahlen spätestens bis zum 1.2.1982; Unterstützung Tschads beim Wiederaufbau seiner nationalen Wirtschaft. Von der Teilnahme an der Konferenz war Hissène Habré, der Kontrahent Oueddeis, ausgeschlossen, obwohl ihm vor Beginn der Konferenz eine Teilnahme zugesagt worden war.

„Charta 77“ gegen den Druck der CSSR-Führung auf Polen

hku. Die tschechoslowakische Bürgerrechtsgruppe hat in einem Brief an die Prager Regierung deren Interventionspropaganda kritisiert. „Die bisherige Entwicklung in Polen ist eine Ermutigung für alle, die sich um eine friedliche und demokratische Lösung der Probleme unserer Welt bemühen ... (Wir sind) über Vorkommnisse beunruhigt, welche die Absicht erkennen lassen, von außen in die Ereignisse in Polen einzugreifen. Besonders dann, wenn wir ihnen in unserer Republik begegnen. Es geht vor allem um Inhalt und Ton der Äußerungen der Massenmedien in der CSSR ... (Er) verwirrt unsere Öffentlichkeit, schädigt die freundschaftlichen Beziehungen unserer Völker ... und deutet die Absicht an, auch mit anderen Mitteln in die polnischen Angelegenheiten einzugreifen. Unsere Öffentlichkeit ist von Truppenbewegungen an den polnischen Grenzen beunruhigt.“ Die CSSR-Führung soll eindeutig erklären, in keiner Weise in die freie Entwicklung in Polen eingreifen zu wollen.

Demonstration der Bauern in Indien

chm. Die indischen Bauern in der Provinz Maharashtra demonstrierten während der Weihnachtstage in der Hauptstadt der Provinz Magpur für höhere Erzeugerpreise. Mehrere Oppositionspolitiker beteiligten sich an den Demonstrationen, unter ihnen Chavan, der ehemalige Außenminister der ersten Regierung Gandhi und der jetzige Vorsitzende der Rumpf-Kongreßpartei nach ihrer Spaltung. Bei den Demonstrationen sind 10000 Bauern und mehrere Politiker verhaftet worden, die inzwischen wieder freigelassen worden sind. – Ein Generalstreik der Angestellten des öffentlichen Dienstes in der Provinz Assam hat das öffentliche Leben lahmgelegt.

Angola: Außerordentlicher Parteikongreß der MPLA

Die Sozialimperialisten haben die MPLA aus einer Befreiungsbewegung in ein Instrument ihrer Herrschaft verwandelt


Kubanische Artilleriestellung in Angola

lup. Vom 17. bis zum 22. Dezember 1980 führte die MPLA – Partei der Arbeit in der angolanischen Hauptstadt Luanda ihren ersten außerordentlichen Kongreß durch. Die MPLA war eine der drei Befreiungsbewegungen Angolas, die nach der Niederlage der portugiesischen Kolonialarmee und nach dem Sturz des portugiesischen Faschismus eine provisorische Regierung gebildet hatten, um den Übergang der Macht an das Volk von Angola zu regeln. Noch vor Proklamation der Unabhängigkeit Angolas am 11. November 1975 hatte die MPLA die anderen Befreiungsbewegungen, die FNLA und die UNITA, durch einen gewaltsamen Putsch aus der Regierung und der Hauptstadt vertrieben, um dann, mit Unterstützung des Sozialimperialismus und mit Hilfe kubanischer Söldner, die Macht im ganzen Land zu erobern. Noch heute sind die kubanischen Truppen im Land, deren Zahl auf 24000 bis 36000 Mann geschätzt wird.

In Angola hatten die Sozialimperialisten 1975 ihre erste Aggression gegen ein Land der Dritten Welt unternommen, ein Volk, das einen bewaffneten Befreiungskampf geführt hatte, der sich vor allem gegen den US-Imperialismus richtete, der Früchte seines Kampfes beraubt, und eine Befreiungsbewegung, die diesen Kampf geführt hatte, in ein Instrument ihres weltweiten Vordringens verwandelt. Das bedeutet keineswegs, daß diese Umwandlung bruchlos verlaufen wäre, und daß es innerhalb der MPLA keinerlei Widerstand gegen die kubanische Besatzung gäbe.

Über Agostino Neto, den verstorbenen Führer der MPLA und Staatspräsidenten Angolas, wurde von dem senegalesischen Staatspräsidenten Senghor berichtet, daß er die Möglichkeit der Bildung einer Koalitionsregierung mit der UNITA sondiert habe, eine Politik, die auch von dem sambischen Staatspräsidenten Kaunda befürwortet und unterstützt worden war. 1978 hatte Neto bestimmte Versuche unternommen, um durch Ausdehnung des Handels mit westlichen Ländern die Abhängigkeit vom Sozialimperialismus zu lockern. Vielleicht hatte das mit dazu beigetragen, daß Netos Krankenhausaufenthalt in Moskau mit dessen Tod endete und Jose Eduardo dos Santos, ein strammer Zögling der Sozialimperialisten, zum Führer der MPLA und Staatspräsidenten Angolas wurde. Ähnliche Bestrebungen scheint es nach wie vor auch in der MPLA zu geben. Jedenfalls schreibt ein Dr. Dieter Coburger, DDR-Korrespondent in Luanda, in einer der letzten Ausgaben der DDR-Zeitschrift Horizont: „Die politisch-ideologische und organisatorische Formierung der MPLA-PdA als revolutionäre Vorhutpartei hat zu einer weiteren Polarisierung und Differenzierung der Klassenkräfte in der VR Angola geführt. Deshalb vollzieht sich die weitere Entwicklung und Führung der Partei in einer verschärften und zugespitzten Klassenauseinandersetzung.", und warnte vor Tendenzen des „Opportunismus" in der MPLA.

Worin hatte die „politisch-ideologische und organisatorische Formierung der MPLA-PdA als revolutionärer Vorhutpartei" bestanden? Bis 1977 war die MPLA dem Anspruch nach eine nationale Befreiungsfront, die verschiedene Klassenkräfte repräsentiert, die gegen den portugiesischen Kolonialismus gekämpft hatten. Ende 1977 hatte die MPLA ihre Verwandlung in eine „marxistisch-leninistische Avantgardeorganisation" proklamiert. Die Sozialimperialisten hatten bereits frühzeitig Schwächen der MPLA als nationaler Befreiungsbewegung genutzt. Eine dieser Schwächen bestand darin, daß die MPLA ihre Basis vor allem in den Städten und dort wiederum innerhalb des Kleinbürgertums hatte. Es war ihr nie wirklich gelungen, eine Basis auf dem Lande zu schaffen und dort befreite Gebiete zu errichten, im Gegensatz zu FNLA und UNITA, die vor allem auf dem Land ihre Basis hatten, befreite Gebiete in gewissem Umfang errichtet hatten und gleichzeitig die wichtigsten Stämme innerhalb der angolanischen Nation repräsentierten. Es war der MPLA nie gelungen, eine wirksame Einheitsfront mit den anderen Bewegungen zu bilden, und auch in ihren eigenen Reihen hatte sie keine feste Einheit bilden können. 1974 war die MPLA in drei große rivalisierende Fraktionen auseinandergebrochen, die nur unter entschiedenem Druck der OAU wieder zur Bildung einer gemeinsamen Leitung zusammengefunden hatten, was Voraussetzung für die Teilnahme an den Verhandlungen mit Portugal gewesen war. Aber kurz nach dem Zusammenschluß fand unter Führung Agostino Netos eine angebliche „überregionale Mitgliederversammlung der MPLA" statt, die die beiden anderen Fraktionen kurzerhand ausschloß, die sich im folgenden entweder in UNITA oder FNLA auflösten, oder individuell erneut in die MPLA eintraten.

Die politische Basis, die die MPLA in Luanda hatte, war eine der Bedingungen dafür, daß es ihr mit Hilfe der kubanischen Söldner gelang, FNLA und UNITA von der Regierung auszuschalten. Führend in Luanda war damals eine Gruppierung des ZK unter Führung von Nito Alves, der 2 Jahre später aus der Regierung und später aus dem ZK ausgeschlossen wurde und der später einen Putschversuch unternommen haben soll. Versuche, mit der UNITA zusammenzuarbeiten war einer der Vorwürfe, die gegenüber Alves vorgebracht wurden.

Zielstrebige Spaltung zwischen den Befreiungsbewegungen war eine der Hauptmethoden, durch die es den Sozialimperialisten gelungen war, das Land unter Kontrolle zu bekommen. Die Spaltung zwischen den Befreiungsbewegungen wog dabei um so schwerer, als dadurch auch die Widersprüche zwischen Stämmen geschürt wurden, ihr Zusammenschluß in einer einheitlichen Nation erschwert und der Tribalismus künstlich gefördert wurde. Gerade das hat widerum eine Lage geschaffen, in der das Überleben der MPLA-Regierung nach wie vor von der Präsenz der kubanischen Truppen abhängt.

Die Umwandlung der MPLA in eine „marxistisch-leninistische Avantgardepartei" diente in Wirklichkeit dazu, der sozialimperialistischen Herrschaft ein politisch wirksames Instrument zu verschaffen. Sie war mit einer weitgehenden Auswechslung der Mitgliedschaft der MPLA verbunden. 1977 hatte die MPLA 110000 Mitglieder. Ein Jahr später gerade 4403 Mitglieder und 2641 Kandidaten, die sich zuvor einer grundlegenden „Ausrichtungsbewegung" unterziehen mußten, in deren Verlauf sie „überprüft" und „neueingestuft" wurden. Auch jetzt, anläßlich des 1. außerordentlichen Kongresses ist die mit 15924 angegebene Zahl der Mitglieder und 15824 Kandidaten wahrscheinlich immer noch geringer als die Zahl der kubanischen Besatzer. 51% soll die Zahl der Arbeiter, Landarbeiter und Bauern betragen, was bedeutet, daß fast die Mehrheit sich aus leitenden Staats-, Partei- und Betriebsfunktionären zusammensetzt. Auch die Betriebszellen sollen, wie Lucio Lara, Sekretär des ZK der Partei vor einiger Zeit feststellte, vor allem aus leitendem Personal, kaum aber aus Arbeitern bestehen.

Vor allem die sozialen Widersprüche hat die sozialimperialistische Herrschaft in Angola verschärft. Bis 1975 noch galt Angola trotz der verheerenden Auswirkungen der portugiesischen Kolonialherrschaft als eines der reicheren Länder Afrikas. Es war eines der wenigen Länder mit bedeutenden Ölvorkommen, hatte bedeutende Kaffee- und Diamantenexporte und war von Nahrungsmittelimporten praktisch unabhängig. Die Ölfelder sind auch heute noch – trotz nomineller 51%er Beteiligung des angolanischen Staates – faktisch unter der Kontrolle von US-Monopolen, die angolanischen Einnahmen gehen fast vollständig für die Bestreitung der Besatzerkosten drauf. Diamanten-und Kaffeexporte betragen heute gerade ein Drittel des Umfangs von 1973/74, das Land ist inzwischen in hohem Umfang von Nahrungsmittelimporten abhängig. Die Benguela-Eisenbahn, die die Kupfervorkommen Zaires und Sambias mit der Atlantikküste verbindet, liegt den größten Teil des Jahres wegen fortgesetzter Angriffe der UNITA brach. Die reichen Fischvorkommen vor Angolas Küsten werden von sowjetischen und kubanischen Fangflotten leergefischt, in den angolanischen Städten ist Fisch kaum zu haben. Der Warenaustausch zwischen Stadt und Land ist weitgehend zusammengebrochen.

Es ist eine Tatsache, daß die UNITA, die Kraft, die im Süden Angolas den bewaffneten Kampf nach wie vor führt, während der kubanischen Invasion mit südafrikanischen Truppen zusammengearbeitet hat und auch heute noch ihre rückwärtigen Verbindungen in dem von Südafrika besetzten Namibia hat und dabei offenbar von südafrikanischen Truppen gedeckt wird. Gerade das hat sie auch von den meisten afrikanischen Ländern isoliert. Trotzdem, ihre Basis hat sie vor allem im Widerstand des angolansichen Volkes gegen die kubanische Besatzung. Die UNITA hält auch an ihrem Angebot fest, mit der MPLA nach Abzug der kubanischen Truppen eine Koalition der nationalen Einheit zu bilden. Anzeichen dafür, daß die MPLA dazu bereit ist, gibt es gegenwärtig nicht, nach dem MPLA-Kongreß eher weniger als zuvor. Die Sowjetunion hat ein strategisches Interesse an ihrer Herrschaft über Angola, und es wird wohl eines ziemlich langwierigen bewaffneten Kampfes bedürfen, um diese Herrschaft zu brechen.

gek. In der Phantasieuniform einer Art
II. Parteitag der KP Kubas: Castro bekräftigt
kaufen. Ebenso können in Genossenschaften zusammengefaßte Handwer-
men, ein Volk, das einen bewaffneten Befreiungskampf geführt hatte, der sich vor allem gegen den US-Imperialismus richtete, der Früchte seines Kampfes beraubt, und eine Befreiungsbewegung, die diesen Kampf geführt hatte, in ein Instrument ihres weltweiten Vordringens verwandelt. Das bedeutet keineswegs, daß diese Umwandlung bruchlos verlaufen wäre, und daß es innerhalb der MPLA keinerlei Widerstand gegen die kubanische Besatzung gäbe.

Über Agostino Neto, den verstorbenen Führer der MPLA und Staatspräsidenten Angolas, wurde von dem senegalesischen Staatspräsidenten Senghor berichtet, daß er die Möglichkeit der Bildung einer Koalitionsregierung mit der UNITA sondiert habe, eine Politik, die auch von dem sambischen Staatspräsidenten Kaunda befürwortet und unterstützt worden war. 1978 hatte Neto bestimmte Versuche unternommen, um durch Ausdehnung des Handels mit westlichen Ländern die Abhängigkeit vom Sozialimperialismus zu lockern. Vielleicht hatte das mit dazu beigetragen, daß Netos Krankenhausaufenthalt in Moskau mit dessen Tod endete und Jose Eduardo dos Santos, ein strammer Zögling der Sozialimperialisten, zum Führer der MPLA und Staatspräsidenten Angolas

zeitig Schwächen der MPLA als nationaler Befreiungsbewegung genutzt. Eine dieser Schwächen bestand darin, daß die MPLA ihre Basis vor allem in den Städten und dort wiederum innerhalb des Kleinbürgertums hatte. Es war ihr nie wirklich gelungen, eine Basis auf dem Lande zu schaffen und dort befreite Gebiete zu errichten, im Gegensatz zu FNLA und UNITA, die vor allem auf dem Land ihre Basis hatten, befreite Gebiete in gewissem Umfang errichtet hatten und gleichzeitig die wichtigsten Stämme innerhalb der angolanischen Nation repräsentierten. Es war der MPLA nie gelungen, eine wirksame Einheitsfront mit den anderen Bewegungen zu bilden, und auch in ihren eigenen Reihen hatte sie keine feste Einheit bilden können. 1974 war die MPLA in drei große rivalisierende Fraktionen auseinandergebrochen, die nur unter entschiedenem Druck der OAU wieder zur Bildung einer gemeinsamen Leitung zusammengefunden hatten, was Voraussetzung für die Teilnahme an den Verhandlungen mit Portugal gewesen war. Aber kurz nach dem Zusammenschluß fand unter Führung Agostino Netos eine angebliche „überregionale Mitgliederversammlung der MPLA" statt, die die beiden anderen Fraktionen kurzerhand ausschloß, die sich im folgenden entweder

mals eine Gruppierung des ZK unter Führung von Nito Alves, der 2 Jahre später aus der Regierung und später aus dem ZK ausgeschlossen wurde und der später einen Putschversuch unternommen haben soll. Versuche, mit der UNITA zusammenzuarbeiten war einer der Vorwürfe, die gegenüber Alves vorgebracht wurden.

Zielstrebige Spaltung zwischen den Befreiungsbewegungen war eine der Hauptmethoden, durch die es den Sozialimperialisten gelungen war, das Land unter Kontrolle zu bekommen. Die Spaltung zwischen den Befreiungsbewegungen wog dabei um so schwerer, als dadurch auch die Widersprüche zwischen Stämmen geschürt wurden, ihr Zusammenschluß in einer einheitlichen Nation erschwert und der Tribalismus künstlich gefördert wurde. Gerade das hat widerum eine Lage geschaffen, in der das Überleben der MPLA-Regierung nach wie vor von der Präsenz der kubanischen Truppen abhängt.

Die Umwandlung der MPLA in eine „marxistisch-leninistische Avantgardepartei" diente in Wirklichkeit dazu, der sozialimperialistischen Herrschaft ein politisch wirksames Instrument zu verschaffen. Sie war mit einer weitgehenden Auswechslung der Mitglied-

die mit 15924 angegebene Zahl der Mitglieder und 15824 Kandidaten wahrscheinlich immer noch geringer als die Zahl der kubanischen Besatzer. 51% soll die Zahl der Arbeiter, Landarbeiter und Bauern betragen, was bedeutet, daß fast die Mehrheit sich aus leitenden Staats-, Partei- und Betriebsfunktionären zusammensetzt. Auch die Betriebszellen sollen, wie Lucio Lara, Sekretär des ZK der Partei vor einiger Zeit feststellte, vor allem aus leitendem Personal, kaum aber aus Arbeitern bestehen.

Vor allem die sozialen Widersprüche hat die sozialimperialistische Herrschaft in Angola verschärft. Bis 1975 noch galt Angola trotz der verheerenden Auswirkungen der portugiesischen Kolonialherrschaft als eines der reicheren Länder Afrikas. Es war eines der wenigen Länder mit bedeutenden Ölvorkommen, hatte bedeutende Kaffee- und Diamantenexporte und war von Nahrungsmittelimporten praktisch unabhängig. Die Ölfelder sind auch heute noch – trotz nomineller 51%er Beteiligung des angolanischen Staates – faktisch unter der Kontrolle von US-Monopolen, die angolanischen Einnahmen gehen fast vollständig für die Bestreitung der Besatzerkosten drauf. Diamanten-und Kaffeexporte betragen heute gerade ein Drittel des Umfangs

werden von sowjetischen und kubanischen Fangflotten leergefischt, in den angolanischen Städten ist Fisch kaum zu haben. Der Warenaustausch zwischen Stadt und Land ist weitgehend zusammengebrochen.

Es ist eine Tatsache, daß die UNITA, die Kraft, die im Süden Angolas den bewaffneten Kampf nach wie vor führt, während der kubanischen Invasion mit südafrikanischen Truppen zusammengearbeitet hat und auch heute noch ihre rückwärtigen Verbindungen in dem von Südafrika besetzten Namibia hat und dabei offenbar von südafrikanischen Truppen gedeckt wird. Gerade das hat sie auch von den meisten afrikanischen Ländern isoliert. Trotzdem, ihre Basis hat sie vor allem im Widerstand des angolansichen Volkes gegen die kubanische Besatzung. Die UNITA hält auch an ihrem Angebot fest, mit der MPLA nach Abzug der kubanischen Truppen eine Koalition der nationalen Einheit zu bilden. Anzeichen dafür, daß die MPLA dazu bereit ist, gibt es gegenwärtig nicht, nach dem MPLA-Kongreß eher weniger als zuvor. Die Sowjetunion hat ein strategisches Interesse an ihrer Herrschaft über Angola, und es wird wohl eines ziemlich langwierigen bewaffneten Kampfes bedürfen, um diese Herrschaft zu brechen.

II. Parteitag der KP Kubas: Castro bekräftigt „unzerbrechliche Allianz mit der Sowjetunion"

gek. In der Phantasieuniform einer Art von Weltmarschall hielt Fidel Castro vor dem II. Parteitag der KP Kubas seinen 10stündigen Rechenschaftsbericht. Die Gründung der Partei, die 1975 erst ihren I. Parteitag hielt, war ebenso wie die Verfassung von 1976, die den Marxismus-Leninismus zur Staatsdoktrin erhob, nur ein von der Sowjetunion empfohlener Schritt, um den Eintritt mit Haut und Haar ins „sozialistische Lager" abzusichern. Castro ist Erster Sekretär der Partei, dazu Staatspräsident, Vorsitzender des Ministerrats sowie Oberbefehlshaber. Neben ihm rührte lässig Bruder Raul Castro die Hand zum Beifall. Er ist Zweiter Parteisekretär, Vizestaatspräsident, Verteidigungsminister. Widerstand gegen das Regime der beiden Caudillos gab es auf dem Parteitag nicht. Das entspräche auch nicht dem Charakter dieser Partei, die im Kern die Zusammenfassung der Staatsbeamten zu einem halbmilitärischen Orden darstellt. Wie man zugeben muß, noch immer einem verschworenen Orden.

Außenpolitisch hob Castro die „historische und unzerbrechliche Allianz mit der Sowjetunion" hervor. Ausdrücklich würdigte er die „Hilfeleistung der UdSSR in Afghanistan". „Die in Polen entstandene Lage bezeichnete Fidel Castro als Ergebnis subversiver Politik imperialistischer Mächte ... Das sozialistische Lager werde seine Integrität stets verteidigen". (Neues Deutschland, 19.12.)

In dieses Lager ist Kuba allerdings enger eingebunden als es je in den Zeiten seiner halbkolonialen Abhängigkeit von den USA war. Nach der Mongolei ist die Wirtschaft Kubas am totalsten in den RGW integriert; 79% des Außenhandels läuft darüber. Mit den USA waren es maximal 70% gewesen.

Im Zuckeranbau und der Zuckerverarbeitung, dem Bau bzw. der Wartung von Ernte- und Verarbeitungsmaschinen etc. sind heute 43% aller Beschäftigten tätig, d.h. die Masse der Arbeiter des Landes. Dieser Agro-Industrielle Komplex um die Zuckerplantagen kommt für 70% der Bruttoproduktion des Landes auf; und daraus stammen 80–90% der Exporterlöse. Entsprechend dieser auf die Spitze getriebenen Monokultur müssen Nahrungsmittel, Konsumgüter, Rohstoffe, Energie sowie Maschinen fast völlig importiert werden, und zwar über eine Entfernung von 10 000 km aus der Sowjetunion. Das laufende Defizit wird auf 5 Mio. $ *täglich* geschätzt, die Schulden betragen Milliarden. Jetzt konzentrieren sich die Bruderländer, neben der SU vor allem die DDR, darauf, in Kuba einträgliche Exportindustrien aufzubauen. Von Kapitalexport ist das nicht weit entfernt. „Fidel Castro würdigte den im zurückliegenden Planjahrfünft vollzogenen Kauf bedeutender Industrieanlagen, deren Anschaffungskosten durch ihre Produktionsergebnisse amortisiert werden". Im nächsten Planjahrfünft (1981–85) werde „das Kuba gewährte Kreditvolumen sich *verdoppeln*". (Neues Deutschland, 19.12.) Schon jetzt beliefert Kuba den RGW mit ⅓ seines Bedarfs an Nickel. In den nächsten Jahren soll es zum Lieferanten von Kobalt, Blei, Zink, Chrom, Kupfer sowie von Papier und Verpackungsmaterial aus Bagasse werden. Die Lieferungen von Fisch, Zitrusfrüchten, Tabakwaren und Alkohol sollen beträchtlich gesteigert werden. Insgesamt soll das Nationalprodukt um jährlich 5%, der Handel mit dem RGW um 6% pro Jahr steigen. Die geplanten Wachstumsraten sind nie erreicht worden. Umso schneller stieg stets die Wirtschaftsverflechtung mit dem RGW.


Zuckerrohrernte auf Kuba

Schon im Sommer und Herbst hat Castro durch eine Lohnreform (mit kräftigen Erhöhungen) sowie eine Wirtschaftsreform auf die wachsende innenpolitische Spannung und Unruhe reagiert. Die in eine Abschiebungsaktion umfunktionierte Massenflucht von insgesamt 135 000 meist jungen Kubanern in die USA oder lateinamerikanische Länder pries Castro jetzt als „historischen Sieg". Tatsächlich scheint es momentan gelungen zu sein, die inneren Widersprüche zu glätten. Die Wirtschaftsreform (von DDR-Experten mit ausgearbeitet) ermöglicht den elend lebenden Landarbeiterfamilien, auf gepachteten Parzellen Gemüse etc. anzubauen und selbst zu verkaufen. Ebenso können in Genossenschaften zusammengefaßte Handwerker, kleine Transportunternehmer und Dienstleistungsbetriebe ihre Waren und Leistungen jetzt frei anbieten. Freilich kassiert der Staat immer mit und hält die Handwerker und Kleinwirte eng unter der Fuchtel eines Staatskommissars, der wiederum in Wahlen von der Bevölkerung zu akklamieren ist.

Diese Durchlöcherung des absoluten Staatsmonopols erscheint wirtschaftlich vernünftig; freilich soll sie als bloßer Puffer dienen, um die Exportmonokultur des Staatssektors nach innen hin abzudecken.

Dort, wo die Integration am engsten ist, auf militärischem Gebiet, sind außerordentliche Zuwachsraten ins Auge gefaßt. Castro „brachte die Notwendigkeit zum Ausdruck, die Verteidigungskraft zu *verdoppeln*". Das Wort Blockfreiheit gebrauchte der Vorsitzende der Blockfreienbewegung nur beiläufig. Er endete seine Rede stattdessen: „Kuba ist und bleibt ein internationalistisches Land." Vor allem von der „Krise der Außenpolitik der USA in Lateinamerika und in der Karibik" erhofft er sich neue Betätigungsfelder. Gegenüber der Reagan-Administration war die Sprache keck: sollten sich die USA an Kuba vergreifen, werde sie das mehr Tote als im Zweiten Weltkrieg kosten. Das sollte wohl heißen: Castro will mehr als je unter dem Schirm des Sozialimperialismus tätig werden. Er kann sich die historische Leistung anrechnen, die alte Sklaveninsel in einen Herd gefährlicher kriegerischer Umtriebe verwandelt zu haben. Und Menschen, Soldaten, sind, außer Zucker, heute wieder sein Hauptexportgut.

Zur wirtschaftlichen Lage im Winter 1980/81

frb. In dieser Zusammenstellung von Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung soll neben der Fortschreibung des letzten Berichtes (siehe KVZ Nr. 41 vom 6. Oktober 1980) auf einige Veränderungen in der Struktur des Welthandels und des westdeutschen Außenhandels eingegangen und ein Überblick über die Weltkonjunktur gegeben werden. Diese Faktoren sind für die kommende Entwicklung von besonderer Bedeutung.

Sämtliche große Industrieländer, mit Ausnahme Japans, stecken mittlerweile tief in der Krise und ziehen sich gegenseitig noch immer tiefer hinein. Zwar liegen für den RGW-Bereich aktuelle Daten kaum vor, aber auch hier zeigen die eben veröffentlichten Fünfjahrpläne für 1981–85, daß die diesjährigen Planziele nirgendwo in Osteuropa erreicht wurden. Die Sowjetunion gibt für die kommenden fünf Jahre eine Steigerung der Industrieproduktion von 26–28% vor, während in der letzten Fünfjahrperiode noch plus 36% geplant waren. Die neue Planung entspricht etwa dem, was in der westlichen Presse für die tatsächlich erreichte Steigerung im Zeitraum 1976–80 genannt wird. Auf die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion werden wir gesondert vor dem kommenden Parteitag der KPdSU im Februar eingehen. In den Industrieländern außerhalb des RGW wird das zusammengefaßte Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt 1980 den Durchschnitt des Vorjahres zwar noch um rund 1% übertreffen, aber das Niveau zu Jahresende 1980 liegt bereits unter dem zu Jahresende 1979. Das kurze Strohfeuer im ersten Drittel 1980 läßt den Jahresdurchschnitt besser erscheinen, als die Lage jetzt ist. Für 1981 nehmen die Wirtschaftsinstitute nunmehr eine Schrumpfung des realen Bruttosozialprodukts um 1% in Westeuropa, um 0,5% in den USA, eine Steigerung um 2% in Japan und ein unverändertes Sozialprodukt im Durchschnitt aller Industrieländer an.

Für den Welthandel, der 1980 dem stofflichen Umfang nach (real) kaum über den Stand des Vorjahres gestiegen ist (das reale Exportvolumen der Industrieländer ist laut IWF-Statistik in den ersten drei Quartalen 1980 um rund 2% gegenüber dem Vorjahr gestiegen), wird vom Hamburger Weltwirtschaftsarchiv 1981 ein Rückgang von 2% erwartet. Hohe Zahlungsbilanzdefizite der Gesamtheit der Industrieländer, wobei Westdeutschland und Japan die negative Spitze bilden, weiterhin hohe Inflation, überfüllte Lager und schrumpfende Industrieproduktion kennzeichnen die Lage.

Es wird immer deutlicher, daß zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts ein weltweiter Umschlag in der wirtschaft-

dem kommenden Parteitag der KPdSU im Februar eingehen. In den Industrieländern außerhalb des RGW wird das zusammengefaßte Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt 1980 den Durchschnitt des Vorjahres zwar noch um rund 1% übertreffen, aber das Niveau zu Jahresende 1980 liegt bereits unter dem zu Jahresende 1979. Das kurze Strohfeuer im ersten Drittel 1980 läßt den Jahresdurchschnitt besser erscheinen, als die Lage jetzt ist. Für 1981 nehmen die Wirtschaftsinstitute nunmehr eine Schrumpfung des realen Bruttosozialprodukts um 1% in Westeuropa, um 0,5% in den USA, eine Steigerung um 2% in Japan und ein unverändertes Sozialprodukt im Durchschnitt aller Industrieländer an.

Für den Welthandel, der 1980 dem stofflichen Umfang nach (real) kaum über den Stand des Vorjahres gestiegen ist (das reale Exportvolumen der Industrieländer ist laut IWF-Statistik in den ersten drei Quartalen 1980 um rund 2% gegenüber dem Vorjahr gestiegen), wird vom Hamburger Weltwirtschaftsarchiv 1981 ein Rückgang von 2% erwartet. Hohe Zahlungsbilanzdefizite der Gesamtheit der Industrieländer, wobei Westdeutschland und Japan die negative Spitze bilden, weiterhin hohe Inflation, überfüllte Lager und schrumpfende Industrieproduktion kennzeichnen die Lage.

Es wird immer deutlicher, daß zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts ein weltweiter Umschlag in der wirtschaft-
lichen Entwicklung eingetreten ist. Das durchschnittliche Wachstum der Industrieproduktion hat die Durchschnittsrate der Jahre 1950–70 nicht wieder erreicht. Die der Arbeiterbevölkerung für ihre Reproduktion zur Verfügung stehende Warenmasse steigt nicht mehr, sondern sinkt in den meisten Ländern bereits. Rund 20 Millionen Arbeitslose sind derzeit in den Industrieländern registriert, allein in den USA mehr als die gesamte westdeutsche verarbeitende Industrie Beschäftigte zählt. Soweit die Beschäftigung nach 1975 wieder gestiegen war, so konzentrierte sich dies auf die Bereiche der Dienstleistungen, des Handels und der staatlichen Verwaltung. Das Zurückbleiben der Industrie und das nicht mehr sinkende Heer der Arbeitslosen zeigt die eigentliche Schwere der Krise. Daher auch die großen Zusammenbrüche in den Grundindustrien wie der Stahlindustrie.

Strukturveränderung des Weltmarktes

Die Expansion des Weltmarktes, das Einreißen der Handelsschranken einschließlich der Errichtung eines Weltwährungssystems durch die Vorherrschaft des US-Imperialismus über die alten europäischen Industrieländer und das Ende der alten Kolonialreiche, hat einerseits die notwendige Bedingung für die Expansion der kapitalistischen Produktion in den 50er und 60er Jahren geschaffen, damit aber auch jene Abhängigkeiten hergestellt, die heute jede größere Krise zu einer Weltwirtschaftskrise macht. Die Erweiterung der Märkte hat den Industrien der einzelnen Ländern eine Spezialisierung und Akkumulation erlaubt, die bei Fortbestehen der alten Handelsschranken unmöglich gewesen wäre. Das Expansionsfeld der Einzelkapitale hat sich erweitert, und wir erleben jetzt die Folgen: Überakkumulation in neuem Maßstab. Die Schaffung neuer Märkte durch Arbeitsteilung über die Grenzen hinweg ist kaum weiter möglich, mit dem Sinken der Produktion in den industriellen Zentren findet auch die Expansion des Welthandels ihre Grenze.

Die Verschiebungen auf dem Weltmarkt gehen an zwei Punkten vor sich. Erstens durch das, wenngleich bescheidene, Auftreten der Länder der Dritten Welt als Fertigwaren-Exporteure, zweitens durch das Aufholen Westeuropas und Japans gegenüber den USA. Die UdSSR spielt als Handelsmacht noch eine geringe Rolle, was sie auf den Weg militärischer Expansion treibt.

In der Blütezeit der 60er Jahre konzentrierte sich die Handelsexpansion zunächst auf die EG und hier vor allem auf den Handel innerhalb der EG. Über die Hälfte ihres Handels tätigen die Mitgliedsländer innerhalb des Wirtschaftsbündnisses. Zwar steigt in dieser Zeit auch der Import der Entwicklungsländer kräftig an, relativ aber sank seine Bedeutung zugunsten der EG und Japans. Erst in den 70er Jahren konnten die Entwicklungsländer ihren Anteil am Welthandel wieder steigern. 22% der Exporte der „entwickelten Marktwirtschaftsländer" (in der Abgrenzung der UNO-Statistik) gingen 1979 in die Entwicklungsländer. Allerdings geht diese Steigerung ausschließlich auf steigende Importe der OPEC-Länder zurück. Die relative Bedeutung der Entwicklungsländer ohne die OPEC als Absatzmarkt für die Industrieländer ist auch im Zeitraum 1970–79 noch leicht gesunken. Dennoch hatten sie *als Absatzmarkt für Industrieprodukte* (im Tausch gegen Rohstoffe) wachsende Bedeutung.

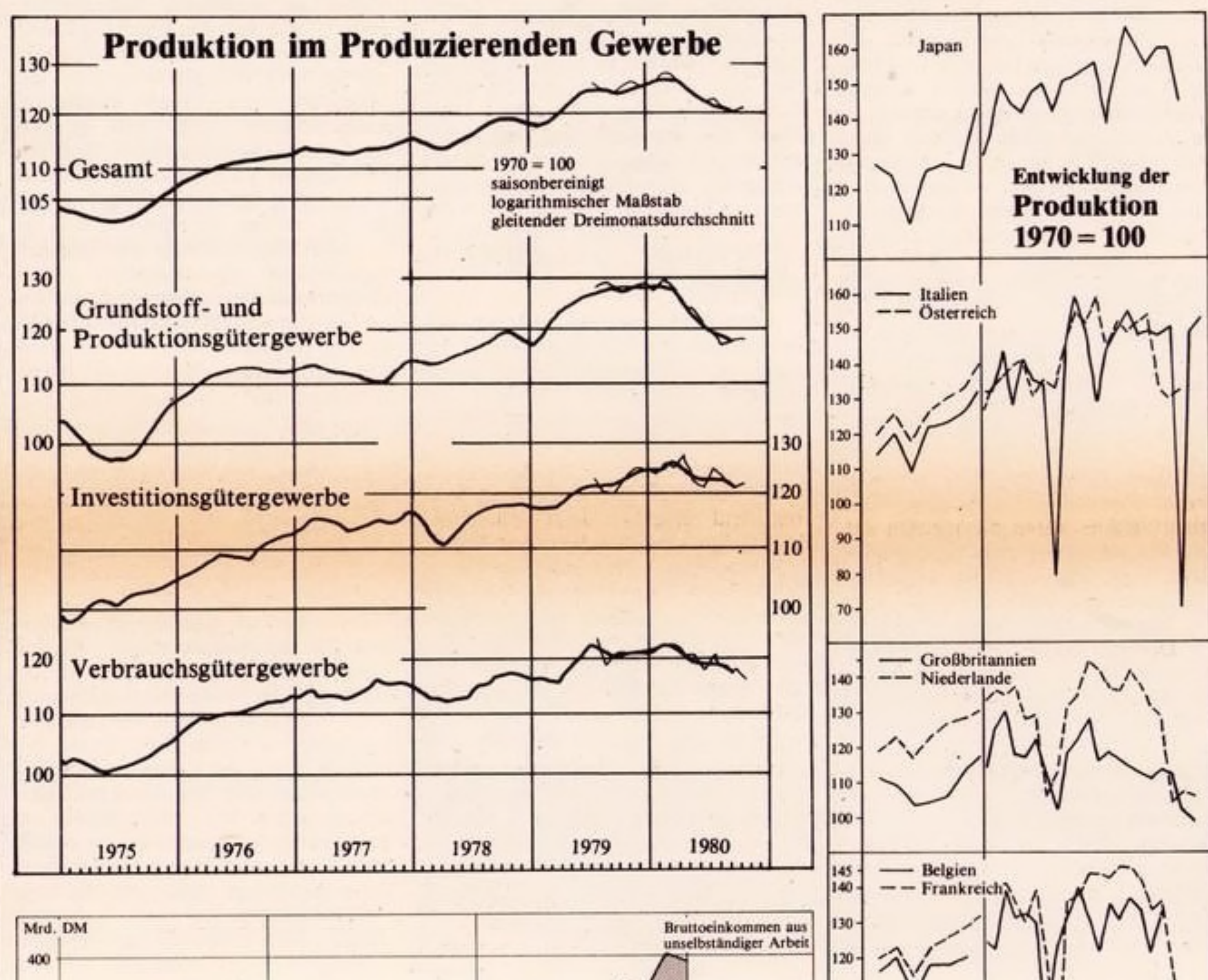
Der Anteil der Entwicklungsländer am Import der Industrieländer (also der Export der 3. Welt dorthin) stieg von 1970 bis 1979 von 18,3 auf 25,7%; auch hier geht die Steigerung ausschließlich auf die OPEC-Länder zurück. Ohne diese Länder wäre der Anteil der Entwicklungsländer am gesamten Import der Industrieländer mit rund 11,9% unverändert geblieben.

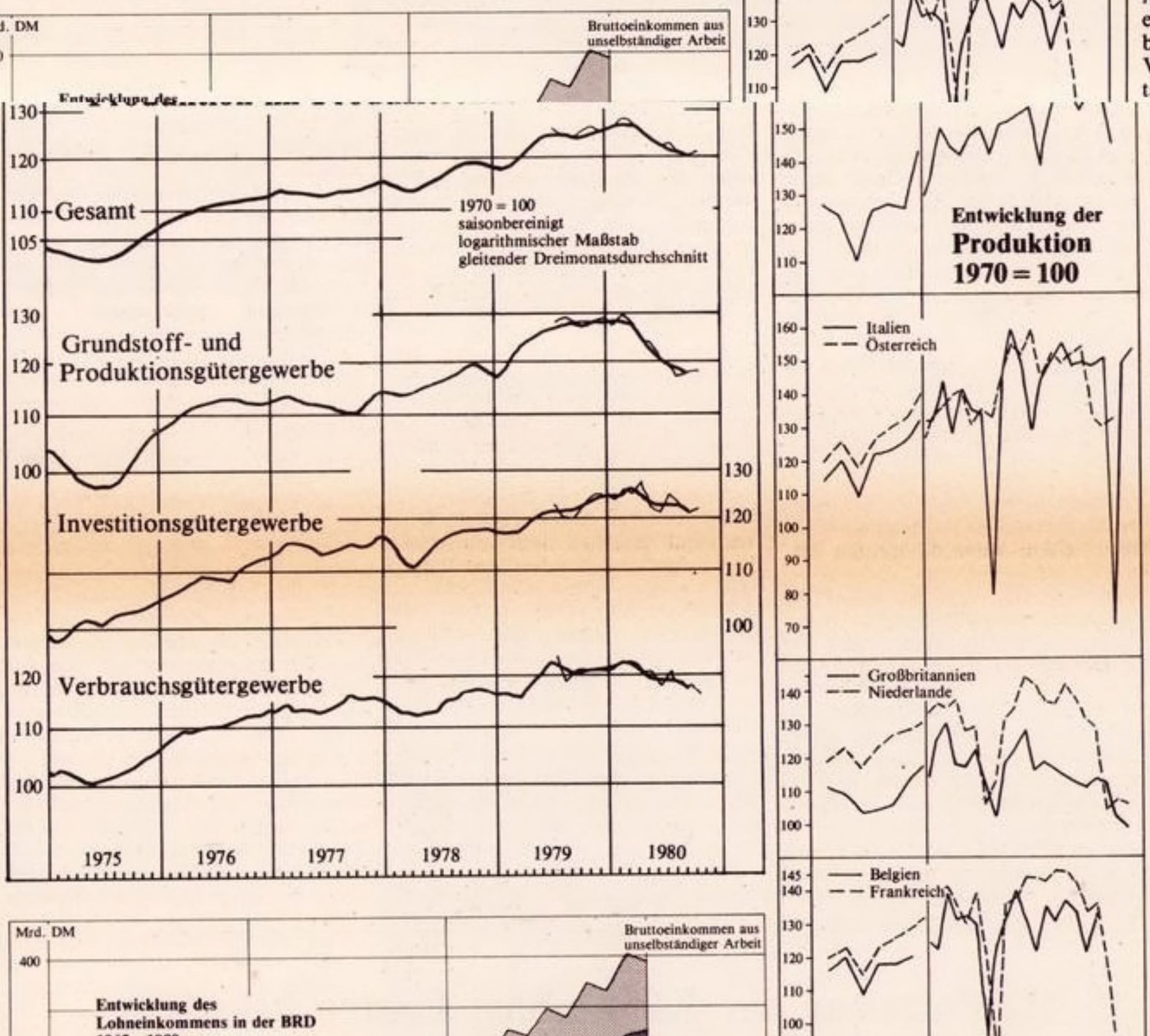
Dieser gleichbleibende Anteil der Nicht-OPEC-Entwicklungsländer beruht auf neuen Exportprodukten. Die relative Bedeutung des Exports von Waren der Kategorie Nahrungsmittel und Rohstoffe (SITC 1, 2, 4 – Klassifizierung in der internationalen Handelsstatistik) ist gesunken, gestiegen ist der Anteil der Maschinen und Transportmittel (1970 bis 1977 von 2,8 auf 6,9% am Export der Entwicklungsländer in die Industrieländer), während der Anteil der restlichen Industrieprodukte gehalten werden konnte. (Anteil der Lieferungen in die Industrieländer)

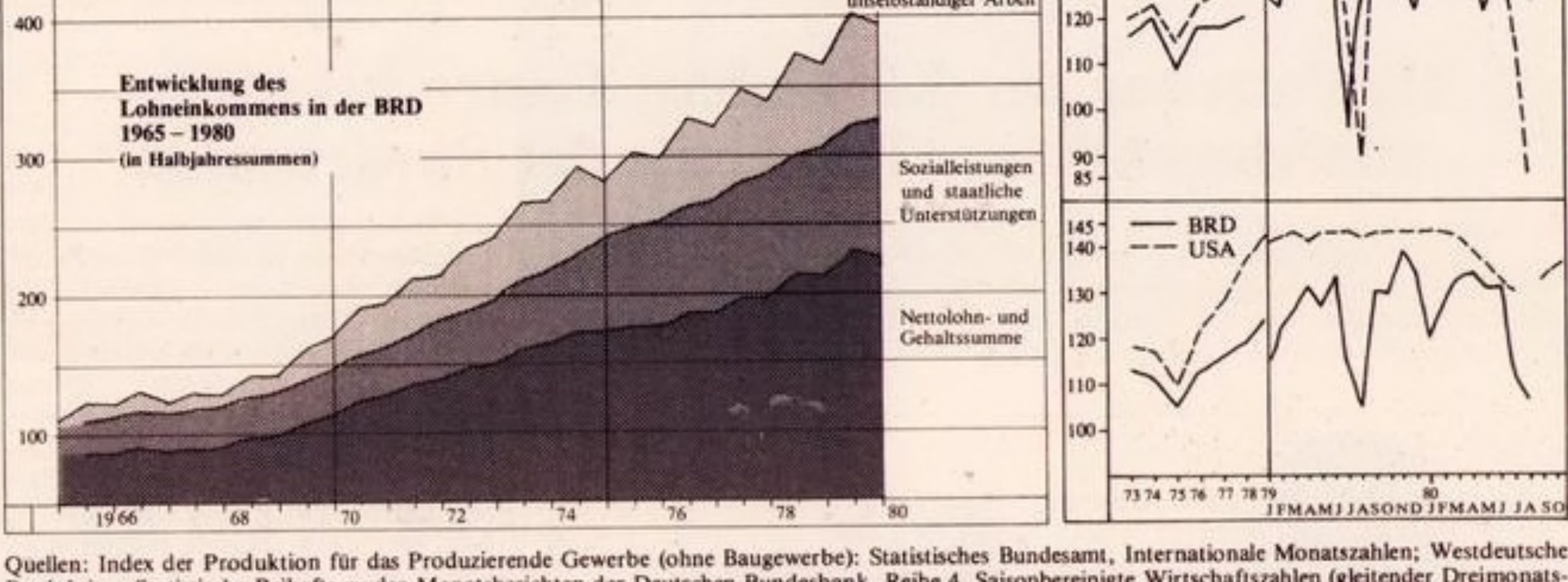
Am *Weltexport* von Maschinen und Transportmitteln (SITC 7) hatten die Entwicklungsländer 1960, 1970 und 1977 einen Anteil von 0,7%, 1,6%, 3,7%. Am Weltmarkt der restlichen Industriewaren (SITC 6, 8) hielten sie 9,7%, 11,9%, 14,2%, wobei ein Teil der Steigerung auf Austausch mit anderen Entwicklungsländern beruht.

Die Hauptmächte Europas haben vor allem von der Herstellung des EG-Marktes profitiert, der ihnen, wenngleich von den US-Monopolen konzipiert, die Entwicklung einer Großproduktion bis nahe an amerikanische Dimensionen ermöglicht hat. Die Aufholbewegung der EG-Mächte und Japans hat den Widerspruch zu den USA verschärft, die Vormachtstellung der USA, die sich ökonomisch mehr im Kapitalexport als im Warenexport ausdrückt, wurde dadurch nicht in Frage gestellt. Neue Krisenfaktoren für die Entwicklung der Weltwirtschaft sind durch die gestiegene Konkurrenz und die Verengung des Weltmarktes entstanden.

Die Ansätze einer Industrialisierung einiger Entwicklungsländer hat den imperialistischen Mächten zunächst einen weiten Absatzmarkt geboten. Seine Grenze findet dies in der immer tieferen Verschuldung der Entwicklungsländer (Ende 1980 rund 280 Mrd. Dollar). 1979 hatten die Entwicklungsländer (ohne OPEC) gegenüber den Industrieländern ein Handelsdefizit von 27 Mrd. Dollar. Die geringe Industrieproduktion der Entwicklungsländer (zum Teil durch Kapitalexport der imperialistischen Monopole) hat einige Industrien in den Industrieländern bereits in erhebliche Schwierigkeiten gebracht. Darin kündigen sich unumgängliche historische Umwälzungen an.







Quellen: Index der Produktion für das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe): Statistisches Bundesamt, Internationale Monatszahlen; Westdeutsche Produktion: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (gleitender Dreimonatsdurchschnitt); Stat. Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Konten und Standardtabellen; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

Die wirtschaftliche Lage in den wichtigsten Ländern

Für die weitere Entwicklung der Weltkonjunktur bleibt die Entwicklung in den **USA**, wo ¼ des Weltsozialprodukts produziert wird, entscheidend. Nicht nur über den Welthandel, sondern mehr noch über die Finanzbeziehungen und Kapitalströme ist die wirtschaftliche Entwicklung der USA mit der Weltwirtschaft verknüpft. Die Industrieproduktion hatte im Juli ihren Tiefpunkt erreicht und ist seither um 5,8% gestiegen. Damit liegt aber das Produktionsniveau noch immer 2,5% unter dem Stand des Vorjahres. Trotz dieser positiven Anzeichen wird in der Wirtschaftspresse bereits ein neuerlicher Einbruch erwartet. Der Produktionseinbruch hat die Inflation kaum gebremst (Verbraucherpreise im Oktober plus 12,6%), und die Banken haben ihre Zinsen erneut nach oben geschraubt. Die Citibank hat ihre Prime Rate (Kreditzins für erste Adressen) Ende Dezember auf 21,5% erhöht. Vor allem auf die Schlüsselindustrien des Automobilbaus und der Bauindustrie hat sich dies negativ ausgewirkt. Chrysler hat um einen weiteren Regierungskredit ersucht und will die Gewerkschaften zu einer erneuten Lohnsenkung pressen. Die Baubewilligungen sind um 15% gesunken. Geringe Auslastung der Kapazitäten hat zu einem weiteren Rückgang der Anlageinvestitionen geführt.

Die Löhne sind mit rund 9% weniger als die Preise gestiegen, die Einzelhandelsumsätze stagnieren seit Monaten. Ein leichtes Wachstum der Beschäftigung kam fast nur dem Einzelhandel zugute, in der Industrie ist die Beschäftigung seit Jahresanfang 1980 um eine Million gesunken.

Für **Japan** werden zwei entscheidende Veränderungen im letzten Vierteljahr genannt. Einerseits hat die restriktive Politik der Notenbank zu einer Eindämmung der Inflation geführt. Nachdem zuvor schon die Großhandelspreise kaum noch gestiegen waren, sind im Oktober und November auch die Verbraucherpreise zum Stillstand gekommen. Zweitens ist die Industrieproduktion nach einer Flaute im Frühjahr wiederum expandiert, so daß die Regierung mit einer Zunahme des realen Sozialprodukts von 4,8% im Haushaltsjahr 1980 rechnet. Die Arbeitslosenrate beträgt 2%. Der Konsum der privaten Haushalte weist in den letzten Monaten eine rückläufige Tendenz auf.

In **Großbritannien** geht die Wirtschaftskrise nach wie vor am tiefsten. Die „Frankfurter Allgemeine" schreibt in ihrem jüngsten Konjunkturbericht: „Die einheimische Rezession ist bereits viel tiefer gegangen, als man noch im Frühjahr erwartet hatte, und ein Großteil der britischen Unternehmen haben sich auf ihren Exportmärkten nur mit enormen Gewinneinbußen und oft genug auch zu Verlustpreisen halten können ... Der rasche industrielle Schrumpfungsprozeß der letzten Monate hat sich auch im September weiter fortgesetzt. Damit ist die industrielle Produktion im dritten Quartal insgesamt um 3,4 Prozent gegenüber dem zweiten Quartal abgesackt. Wie in den Vormonaten zeigt sich auch weiterhin, daß die Rezession die bei weitem tiefsten Wunden bei der verarbeitenden Industrie hinterlassen hat." (Blick durch die Wirtschaft v. 10.12.) Das Schatzamt rechnet für 1981 mit einem Rückgang des Sozialprodukts um 1,5%, während der Kapitalistenverband CBI mit einer Schrumpfung von 2,5% rechnet.

Italien steckt zwar noch nicht in der Krise, aber auch hier kündigt sie sich immer deutlicher an. 1979 mit dem Industriewachstum an der Spitze der westeuropäischen Ländern, weisen die Statistiken für die ersten 10 Monate 1980 ein Plus von 7% auf. Im September lag die Produktion noch um 3% über dem Vorjahresstand und der Kapitalistenverband Confindustria rechnet für das letzte Quartal mit einer Schrumpfung von 5%. Am empfindlichsten wurde zunächst die Textilbranche getroffen, während die Investitionsgüterindustrie erst in den jüngsten Daten mit sinkender Produktion verzeichnet ist. Schon länger hatte sich die ausländische Nachfrage abgeschwächt und wegen des unverminderten Imports ein wachsendes Defizit in der Handelsbilanz verursacht. 1979 hatte Italien noch einen Handelsüberschuß. „Der schwerwiegendste Anlaß zum Pessimismus ist der enttäuschende Verlauf der Binnennachfrage", schreibt jetzt die „Neue Zürcher Zeitung" (11.12.). Die Verbraucherpreise sind um 20% gestiegen, der Zinssatz für Unternehmen liegt bei 20–25%. Die Arbeitslosenrate liegt bei 8,7%, nach einem ungewöhnlichen Investitionsboom beginnt nun das Schlachtfest zur Vernichtung des überschüssigen Kapitals. Der Chemie-Konzern Montedison

1981 mit einem Rückgang des Sozialprodukts um 1,5%, während der Kapitalistenverband CBI mit einer Schrumpfung von 2,5% rechnet.

Italien steckt zwar noch nicht in der Krise, aber auch hier kündigt sie sich immer deutlicher an. 1979 mit dem Industriewachstum an der Spitze der westeuropäischen Ländern, weisen die Statistiken für die ersten 10 Monate 1980 ein Plus von 7% auf. Im September lag die Produktion noch um 3% über dem Vorjahresstand und der Kapitalistenverband Confindustria rechnet für das letzte Quartal mit einer Schrumpfung von 5%. Am empfindlichsten wurde zunächst die Textilbranche getroffen, während die Investitionsgüterindustrie erst in den jüngsten Daten mit sinkender Produktion verzeichnet ist. Schon länger hatte sich die ausländische Nachfrage abgeschwächt und wegen des unverminderten Imports ein wachsendes Defizit in der Handelsbilanz verursacht. 1979 hatte Italien noch einen Handelsüberschuß. „Der schwerwiegendste Anlaß zum Pessimismus ist der enttäuschende Verlauf der Binnennachfrage", schreibt jetzt die „Neue Zürcher Zeitung" (11.12.). Die Verbraucherpreise sind um 20% gestiegen, der Zinssatz für Unternehmen liegt bei 20–25%. Die Arbeitslosenrate liegt bei 8,7%, nach einem ungewöhnlichen Investitionsboom beginnt nun das Schlachtfest zur Vernichtung des überschüssigen Kapitals. Der Chemie-Konzern Montedison
will weitere Betriebsteile schließen, die Stahlindustrie hat im Zusammenhang mit den EG-Quoten Krisenzustand angemeldet, und der größte Privatkonzern Fiat ist in der Durchsetzung von Massenentlassungen vorgeprescht. Die westdeutsche Presse wertet das Abkommen bei Fiat im wesentlichen als Erfolg für die Kapitalisten. Andererseits hat das Kabelwerk Pirelli für ein Vierteljahr Samstagsarbeit angesetzt und hat damit einen Schritt zur Ausdehnung des Arbeitstages unternommen. Jetzt wollen die Kapitalisten an die Scala mobile, die bislang den Lohn gerade noch an die Preissteigerungen angeglichen hat, und verbreiten, die Gewerkschaften hätten sich zu Verhandlungen über diesen Punkt bereit erklärt.

Frankreich verzeichnete im September, neuere Zahlen liegen nicht vor, einen Rückgang der Industrieproduktion um 5%. Trotzdem verbreitet die Bank von Frankreich noch Optimismus und spricht von einem nur kurzen Rückschlag. Sie verweist darauf, daß der Einbruch der Produktion später als erwartet eingetreten sei, die Hersteller von Investitionsgütern dank der im 1. Halbjahr erteilten Aufträge noch volle Auftragsbücher haben und die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten nicht weiter zugenommen hat. Praktisch die gleichen Töne, die bis vor zwei Monaten hierzulande ebenfalls von der Zentralbank zu hören waren. Wie wenig rosa die Bedingungen für die weitere Entwicklung sind, zeigt das erwartete 60 Mrd.-Francs-Defizit der Handelsbilanz. Während der Export nur noch nominal gewachsen ist (aufgrund von Preiserhöhungen), nahmen die Einfuhren, und zwar Konsum- und Investitonsgüter aus anderen Industrielän-

dern, auch real zu. Wußte denn der Kapitalistenverband Ende September zu berichten: ,,Unsere Konkurrenzfähigkeit ist schlecht gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan, die von einem niedrigen Wechselkurs profitieren. Sie hat sich aber auch verschlechtert gegenüber Deutschland, Benelux und der Schweiz, weil unsere Lohnkosten weit stärker steigen als in diesen Ländern.'' Die Lohnerhöhungen lagen zwischen 14 und 16%, die Inflation wird 1980 rund 14% erreichen. Die andauernde hohe Inflation macht eine Abwertung des Franc unvermeidlich. Damit aber werden die Importe verteuert und die Inflation im Innern weiter angeheizt.

In den **Niederlanden** war die Industrieproduktion im dritten Quartal (Juli – eptember) 1980 um 5% unter das Niveau des Vorjahres gesunken. Die Investitionen waren hier schon in der ersten Jahreshälfte zum Erliegen gekommen, im zweiten Quartal waren sie um real 10% gegenüber 1979 geschrumpft. Nachdem sich die Gewerkschaften nicht zu einer ,,freiwilligen'' Reallohnsenkung bereit gefunden hatten, hat die Regierung eine ,,teilweise Lohnmaßregel'' erlassen, deren erklärtes Ziel es ist, die Mindestlöhne um real 0,75%, die höchsten Einkommen um 3,5% zu kürzen.

In **Belgien** ist mit Jahresbeginn ein gesetzlicher Lohnstopp in Kraft getreten. Ein Sanierungsprogramm der Regierung, das in den nächsten Wochen durchs Parlament soll, sieht einen Lohnstopp über 2 Jahre vor. Außenhandels- und Leistungsbilanz sind stark negativ, die Arbeitslosenrate liegt bei 9%, die Zahl der Konkurse ist 1980 um 20% gestiegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland

Der seit dem Frühjahr anhaltende Rückgang der industriellen Produktion hat sich in den letzten Monaten weiter fortgesetzt. Der Mengenindex für die Produktion im Produzierenden Gewerbe – ohne das Bauhauptgewerbe gerechnet – hat im Zweimonatszeitraum September/Oktober saisonbereinigt den bereits reduzierten Stand von Juli/August weiter um 1% unterschritten. Die Produktion lag damit um gut 4% niedriger als 1979. Der Produktionsrückgang war zuletzt am stärksten in der Abteilung II (Verbrauchsgüterindustrie), seit Beginn der Krise gerechnet aber sind die Verluste in der Abteilung I (umfaßt etwa die Hauptgruppen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe plus Investitionsgütergewerbe in der Statistik) weit höher. Die Produktionsverluste sind Folge eines Zusammenbruchs auf allen wichtigen Teilmärkten: dem Außenhandel, den Investitionen, der Konsumtion, der Lagerhaltung und der Bauinvestitionen. Daher ist auch dort der Einbruch am tiefsten, wo mehrere dieser Faktoren unmittelbar zur Wirkung kommen: in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie.

handels- und Leistungsbilanz sind stark negativ, die Arbeitslosenrate liegt bei 9%, die Zahl der Konkurse ist 1980 um 20% gestiegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland

Der seit dem Frühjahr anhaltende Rückgang der industriellen Produktion hat sich in den letzten Monaten weiter fortgesetzt. Der Mengenindex für die Produktion im Produzierenden Gewerbe – ohne das Bauhauptgewerbe gerechnet – hat im Zweimonatszeitraum September/Oktober saisonbereinigt den bereits reduzierten Stand von Juli/August weiter um 1% unterschritten. Die Produktion lag damit um gut 4% niedriger als 1979. Der Produktionsrückgang war zuletzt am stärksten in der Abteilung II (Verbrauchsgüterindustrie), seit Beginn der Krise gerechnet aber sind die Verluste in der Abteilung I (umfaßt etwa die Hauptgruppen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe plus Investitionsgütergewerbe in der Statistik) weit höher. Die Produktionsverluste sind Folge eines Zusammenbruchs auf allen wichtigen Teilmärkten: dem Außenhandel, den Investitionen, der Konsumtion, der Lagerhaltung und der Bauinvestitionen. Daher ist auch dort der Einbruch am tiefsten, wo mehrere dieser Faktoren unmittelbar zur Wirkung kommen: in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie.

Innerhalb der beiden Abteilungen und der Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes gibt es weiterhin unterschiedliche Entwicklungen, aber in allen Zweigen weist die Produktion nach unten. Eine Ausnahme bildet noch der Maschinenbau, dessen Produktion seit dem Frühjahr etwa auf unverändertem Niveau verharrt.

Letzteres verlangt eine genauere Betrachtung, denn auf die weiterhin anhaltenden Investitionen stützen sich immer noch alle Hoffnungen etwa der Bundesbank. In ihrem Herbst-Bericht (veröffentlicht im Dezember-Heft) schreibt sie nun von einer ,,im ganzen etwas gedämpften Investitionsneigung'' nach einem hohen Niveau in den zurückliegenden Monaten. Tatsächlich dürfte die Lage schlechter sein, als sie hier gemalt wird. Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des DIW sind die Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal gegenüber dem zweiten Quartal gesunken (saisonbereinigt minus 1,5%), real liegen sie damit gerade noch etwa 1% über den Anlageinvestitionen ein Jahr zuvor. Und das Ifo-Institut weiß über die Aufträge im Maschinenbau zu berichten: ,,Unter Ausschaltung von Großaufträgen, deren Vergabe relativ unabhängig von konjunkturellen Wechsellagen erfolgt, unterschritten die Inlandsbestellungen von Januar bis September den Stand des entsprechenden Vorjahreszeitraums real nur geringfügig, in den Monaten Juli bis September allein jedoch um etwa 9%.'' (Wirtschaftskonjunktur 11/80)

Es sieht ganz danach aus, daß die Zuversicht über die Fortdauer kräftiger Investitionen und daher Erweiterung des inneren Marktes für die Abteilung I auf einen auslaufenden Auftragsbestand gegründet ist. Die sinkende Produktion zeigt sich bereits in sinkenden Profiten, die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ist von 85,9% im März auf 80,5% im September gesunken. Andererseits machen die Erweiterungsinvestitionen ein knappes Drittel aller Investitionen aus (ein ungewöhnlich hoher Anteil der nur in den Jahren 1969 – 71 überschritten worden war), und diese werden nun nicht nur nicht weiter steigen, sondern werden unbeschäftigt auf dem bereits fungierenden Kapital lasten.

Mehrwert, Lohn, Beschäftigung

Die Industrie bildet den Kern der Wirtschaft, hier wird die Hauptmasse des Neuwerts produziert, aus dem die Kapitalisten Profit, Zins und Grundrente ziehen. Von der Industrie geht aber jetzt die Krise aus und setzt damit eine langfristige Strukturänderung fort. Helmut Schlesinger, Vizepräsident der Bundesbank, hat jüngst eine ,,Reindustrialisierung der Bundesrepublik'' verlangt: ,,Als Volkswirt beunruhigt mich u.a. eine langfristige Tendenz, die sich nicht positiv auf unsere Wettbewerbsfähigkeit auswirken kann, nämlich das relative Zurückbleiben des industriellen Bereichs hinter dem kaum exportierenden inländischen ,tertiären Sektor', also den Dienstleistungsbereichen aller Art. Zumindest bis 1978 einschließlich hat sich der Industrialisierungsgrad der Bundesrepublik etwa in demselben Ausmaß zurückgebildet, wie er zuvor in den sechziger Jahren, den Jahren der Festigung unserer außenwirtschaftlichen Position, gestiegen war. Ab Mitte 1980 dürfte sich aber – hoffentlich nur vorübergehend – der Rückgang des industriellen Sektors fortgesetzt haben.'' ,,Reindustrialisierung'' war schon das Zauberwort, mit dem die USA-Bourgeoisie dem langfristigen Rückgang der Arbeitsproduktivität in den USA begegnen wollte, und auch die niederländische Regierung hat es jetzt in ihren propagandistischen Wortschatz aufgenommen. Reaktion auf eine gesunkene Profitrate und tiefe Verfaulung drückt sich darin aus.

Wie erste Ergebnisse der jüngsten Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit zeigen, waren die meisten der jetzt arbeitslos werdenden Lohnabhängigen zuvor im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe beschäftigt. Die Zahl aller Arbeitslosen wird im Dezember die Millionengrenze überschritten haben. Die Bruttolöhne und -gehälter lagen im dritten Quartal um 7,8 % über dem Vorjahresniveau, die Nettolöhne und -gehälter, begünstigt durch Lohnsteuererstattungen, um 6,2%, und das ,,Masseneinkommen'', bei dem noch Sozialrenten und staatliche Unterstützungen und Beamtenpensionen eingeschlossen sind, stiegen noch um 6,3%, also wenig mehr als die Verbraucherpreise. Alles nach den Summen der Bundesbank.

Erstmals seit 1974 sind im zweiten

der Festigung unserer außenwirtschaftlichen Position, gestiegen war. Ab Mitte 1980 dürfte sich aber – hoffentlich nur vorübergehend – der Rückgang des industriellen Sektors fortgesetzt haben.'' ,,Reindustrialisierung'' war schon das Zauberwort, mit dem die USA-Bourgeoisie dem langfristigen Rückgang der Arbeitsproduktivität in den USA begegnen wollte, und auch die niederländische Regierung hat es jetzt in ihren propagandistischen Wortschatz aufgenommen. Reaktion auf eine gesunkene Profitrate und tiefe Verfaulung drückt sich darin aus.

Wie erste Ergebnisse der jüngsten Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit zeigen, waren die meisten der jetzt arbeitslos werdenden Lohnabhängigen zuvor im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe beschäftigt. Die Zahl aller Arbeitslosen wird im Dezember die Millionengrenze überschritten haben. Die Bruttolöhne und -gehälter lagen im dritten Quartal um 7,8 % über dem Vorjahresniveau, die Nettolöhne und -gehälter, begünstigt durch Lohnsteuererstattungen, um 6,2%, und das ,,Masseneinkommen'', bei dem noch Sozialrenten und staatliche Unterstützungen und Beamtenpensionen eingeschlossen sind, stiegen noch um 6,3%, also wenig mehr als die Verbraucherpreise. Alles nach den Summen der Bundesbank.

Erstmals seit 1974 sind im zweiten Quartal die Profite weniger rasch gestiegen als die Löhne, so daß sich die Verteilung des Neuwerts – nach 6 Jahren Verschlechterung – leicht zugunsten der Arbeiter verbessert hat. Dies allerdings ausschließlich wegen der durch die Krise sinkenden Profite, nicht wegen gestiegener Löhne. Die Kapitalisten haben daraus den Schluß gezogen, daß die Löhne zugunsten der Profite gesenkt werden müssen. Und die wegen der kapitalistischen Krise gesunkene Arbeitsproduktivität hat den Anstoß gegeben zur ,,produktivitätsorientierten Lohnpolitik''. So verlogen die Absichten dieser Propaganda, so verlogen ist ihre Herkunft.

Der Außenhandel der BRD

Westdeutschland gehört zu den Ländern, die von der Expansion des Weltmarktes in den 50er und 60er Jahren am meisten profitiert haben. Die jetzige Exportkrise ist weniger Folge gesunkener Konkurrenzfähigkeit des in Westdeutschland produzierenden Kapitals, als Folge davon, daß die Expansion des Weltmarktes im Ausmaß der vergangenen Jahre beendet ist. Für die BRD, die mehr als jedes andere Land vergleichbarer Größe vom Export abhängt, hat dies weitreichende Folgen.

Das Defizit der Leistungsbilanz wird sich dieses Jahr auf minus 27 Mrd. DM belaufen, womit sich die Bilanz innerhalb von 2 Jahren um 45 Mrd. DM verschlechtert hätte. Hauptursache, und das wird auch nicht bestritten, ist der sinkende Überschuß der Handelsbilanz (die mit der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz zusammen die Leistungsbilanz ergibt). Sie wird 1980 noch ein Plus von 8,6 Mrd. DM aufweisen, nach 41 Mrd. im Jahr 1978 und 50,8 Mrd. DM im Rekordjahr 1974. Seit 1966 hat die BRD keinen so niedrigen Handelsüberschuß mehr erzielt.

Aktuell beruht der Exporteinbruch auf der zusammengebrochenen Nachfrage in den wichtigsten Abnehmerländern. Der Export in die USA und nach Belgien weist den größten Einbruch auf, die Lieferungen nach Großbritannien und in die Niederlande stagnieren auf dem Vorjahresniveau (August – Oktober), lediglich die Nachfrage aus Italien und Frankreich hat den Export noch gestützt. Daß letzteres nicht so bleiben wird, zeigen die Länderberichte. Auch in die Entwicklungsländer (ohne OPEC) haben die Exporte zugenommen (plus 9%), und die verteuerten Öllieferungen wurden durch steigende Exporte in die OPEC-Länder zum Teil ausgeglichen (August bis Oktober plus 21%). Während so die Exporte gesunken sind, sind die Importe nicht in gleichem Ausmaß gesunken. Die Einfuhren aus anderen Industrieländern wie Japan, USA, Dänemark, Schweden, Österreich sind beträchtlich gestiegen.

Es ist eine Tatsache, daß die importierten Fertigwaren einen wachsenden Anteil am inländischen Markt erobert haben. Seit Mitte der 70er Jahre ist die Exportquote der verarbeitenden Industrie kaum noch gestiegen, während sich der Anteil der importierten Verbrauchsgüter am Inlandsabsatz um ein Drittel erhöht hat. Doch nicht nur hier, sondern auch im Bereich der Investitionsgüter, dem Kern der westdeutschen Exportmacht, konnten die ausländischen Konkurrenten ihren Anteil am Inlandsmarkt um ein Drittel erhöhen. Mit 22% an den Ausrüstungsinvestitionen haben die importierten Investitionsgüter im ersten Dreivierteljahr 1980 einen neuen Rekord erreicht. Und in gleicher Weise werden sich die Verhältnisse auf den Drittmärkten entwickelt haben.

Diese Entwicklung war eine notwendige Folge der Aufwertung der DM seit Beginn der 70er Jahre, mit der die BRD-Imperialisten die Vormachtstellung der US-Imperialisten angegriffen haben. Eine unterbewertete Mark und rasch steigende Arbeitsproduktivität hatte ihnen zunehmende Anteile am Weltmarkt verschafft. Jetzt wollten sie die Früchte sehen, indem ihre Ware sich gegen eine größere Masse fremder Ware tauschen sollte. Darauf lief die Aufwertung der Mark hinaus. Rohstoffe, Vorerzeugnisse, Nahrungsmittel, alle Bestandteile des Kapitals verbilligten sich so, während die Absatzpreise unverändert bleiben konnten und der Profit sich erhöhte.

Es spricht viel dafür, daß die jetzige relative Exportschwäche nur vorübergehend ist. Die Konkurrenzfähigkeit der Waren zweier Länder bestimmt sich einmal durch die Preisentwicklung in diesen beiden Ländern, zum zweiten durch die Entwicklung der Wechselkurse. Gegenwärtig steht die Inflation in Westdeutschland am unteren Ende der internationalen Skala.

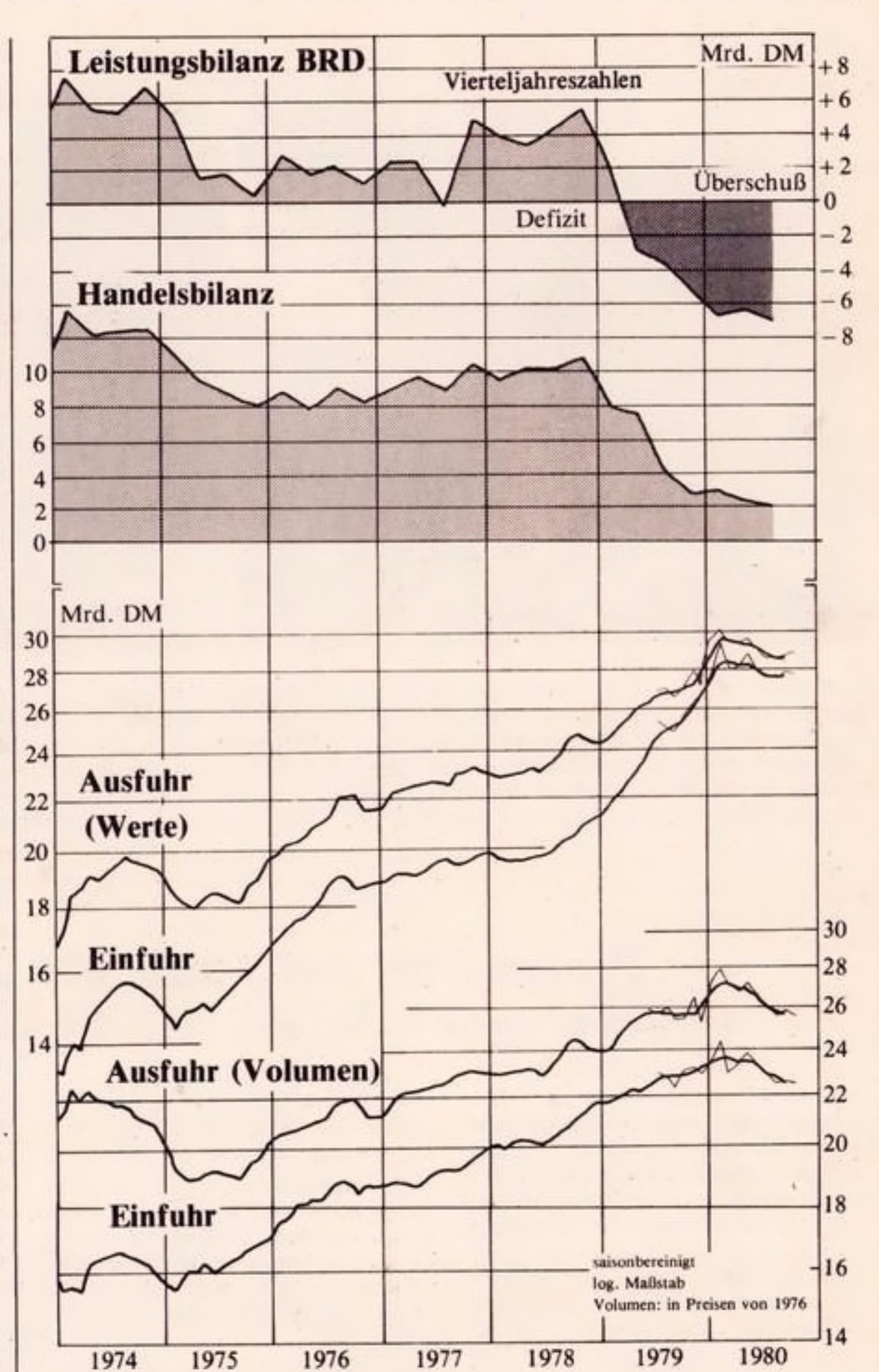
ausländischen Konkurrenten ihren Anteil am Inlandsmarkt um ein Drittel erhöhen. Mit 22% an den Ausrüstungsinvestitionen haben die importierten Investitionsgüter im ersten Dreivierteljahr 1980 einen neuen Rekord erreicht. Und in gleicher Weise werden sich die Verhältnisse auf den Drittmärkten entwickelt haben.

Diese Entwicklung war eine notwendige Folge der Aufwertung der DM seit Beginn der 70er Jahre, mit der die BRD-Imperialisten die Vormachtstellung der US-Imperialisten angegriffen haben. Eine unterbewertete Mark und rasch steigende Arbeitsproduktivität hatte ihnen zunehmende Anteile am Weltmarkt verschafft. Jetzt wollten sie die Früchte sehen, indem ihre Ware sich gegen eine größere Masse fremder Ware tauschen sollte. Darauf lief die Aufwertung der Mark hinaus. Rohstoffe, Vorerzeugnisse, Nahrungsmittel, alle Bestandteile des Kapitals verbilligten sich so, während die Absatzpreise unverändert bleiben konnten und der Profit sich erhöhte.

Es spricht viel dafür, daß die jetzige relative Exportschwäche nur vorübergehend ist. Die Konkurrenzfähigkeit der Waren zweier Länder bestimmt sich einmal durch die Preisentwicklung in diesen beiden Ländern, zum zweiten durch die Entwicklung der Wechselkurse. Gegenwärtig steht die Inflation in Westdeutschland am unteren Ende der internationalen Skala.

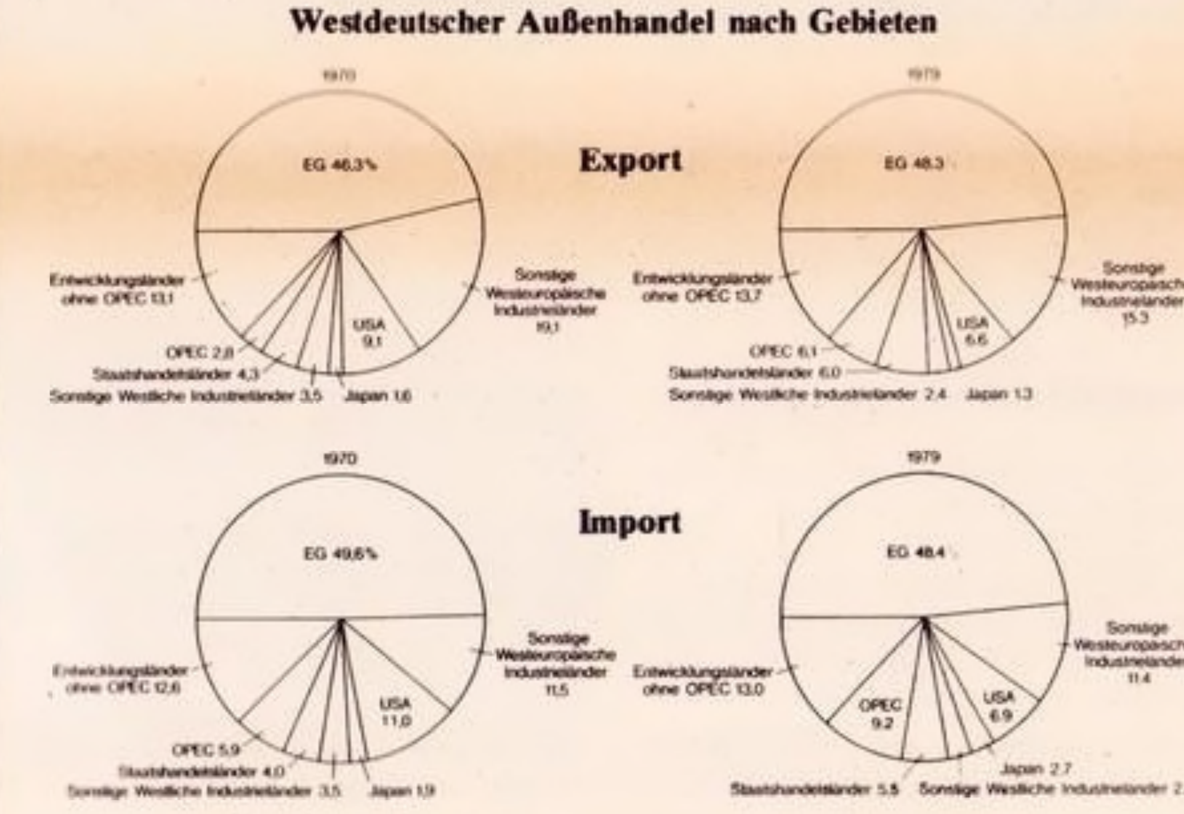
In den anderen Ländern steigen die Preise schneller. Bei unverändertem Wechselkurs bringt dies einen Vorteil für die westdeutschen Waren. Der Vorteil würde aufgehoben durch eine Aufwertung der Mark, die die Inflationsunterschiede ausgleichen oder sogar die westdeutschen Waren real gegenüber den ausländischen Waren verteuern würde. (Letzteres war seit Mitte der 70er Jahre der Fall.) Tatsächlich hat sich – vor allem wegen der Zinsdifferenz zu den USA – die Mark nicht aufgewertet, sondern wurde im Verlaufe des letzten Jahres *abgewertet*. So haben die westdeutschen Waren heute einen durch zwei Faktoren (geringere Inflation im Innern und Abwertung) verursachten Preisvorteil auf dem Weltmarkt. Dieser Vorteil ist so groß, daß die Verteuerung westdeutscher Waren (die reale Höherbewertung der Mark) in den Jahren 1973 – 79 aufgehoben ist und wieder die Preisverhältnisse von 1973 hergestellt sind. Daß sich dies gegenwärtig noch nicht auswirkt, liegt an der fehlenden Nachfrage in den wichtigsten Ländern.

Die Stellung der westdeutschen Imperialisten am Weltmarkt ist besser, als es Handelsbilanz und Leistungsbilanz 1980 vermuten lassen. Daß es ihnen kaum gelingen wird, ihre jetzige Krise mit einem ähnlichen Exportboom wie nach den letzten beiden Krisen zu überwinden, liegt nicht an geschwundener Konkurrenzfähigkeit, sondern an einem geschwundenen Weltmarkt, der für solche Expansion kaum noch Raum bietet. Die Ahnung dessen ist der eigentliche Beweggrund für die Aufnahme des ,,Über-die-Verhältnisse-leben'' in die propagandistische Gebetsmühle.



Quellen: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. Volumen: Mengen in Preisen von 1976. Wert: in laufenden Preisen.

Westdeutscher Außenhandel nach Gebieten

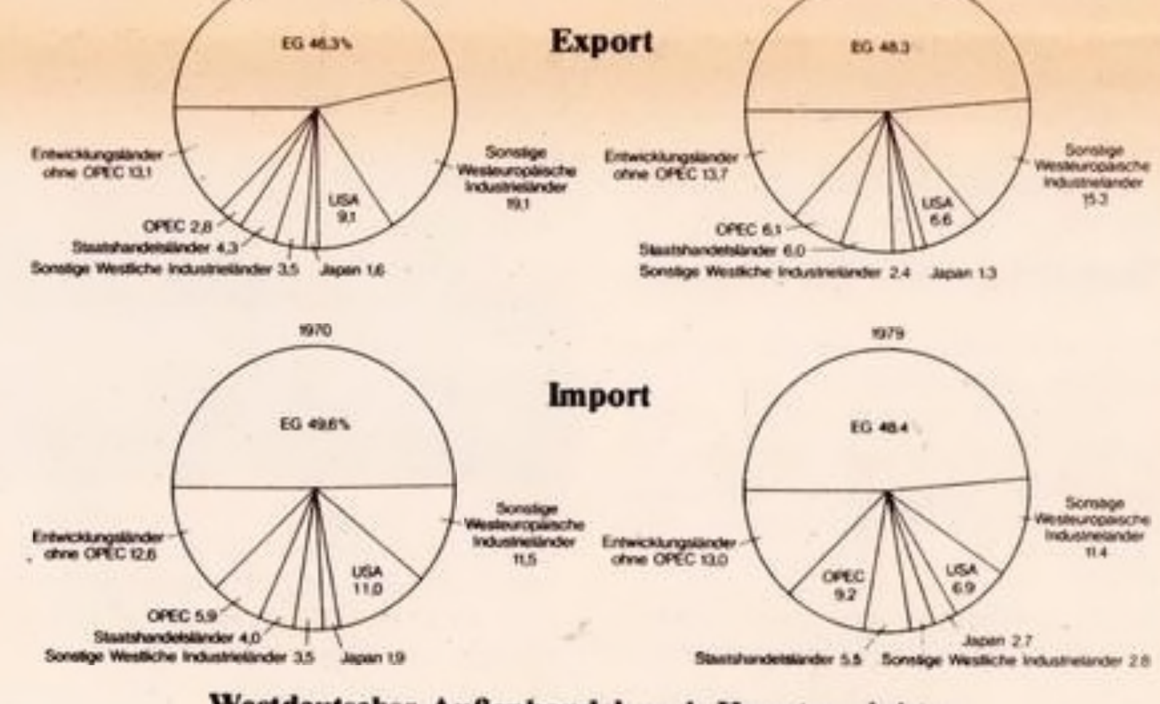


Westdeutscher Außenhandel nach Hauptprodukten



Quellen: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. Volumen: Mengen in Preisen von 1976. Wert: in laufenden Preisen.

Westdeutscher Außenhandel nach Gebieten



Westdeutscher Außenhandel nach Hauptprodukten



Quellen: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik / Statistisches Jahrbuch für Bundesrepublik Deutschland.

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz
(Mrd. DM)

Position	1980 Aug./Okt.	1980 Mai/Juli	1980 Jan./Okt.	1979 Jan./Okt.	1979 Jan./Dez.	1978 Jan./Dez.
A. Leistungsbilanz						
Außenhandel						
Ausfuhr (fob)	85,6	86,7	291,3	259,2	314,5	284,9
Einfuhr (cif)	82,5	86,0	283,6	239,1	292,0	243,7
Saldo	+ 3,2	+ 0,7	+ 7,8	+ 20,1	+ 22,4	+ 41,2
Ergänzungen zum Warenverkehr und Transporthandel	– 0,2	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,7	+ 2,0
Dienstleistgsbilanz	– 5,5	– 4,5	– 14,4	– 12,8	– 12,4	– 8,1
Übertragungsbilanz	– 5,8	– 6,1	– 20,4	– 17,0	– 20,8	– 17,6
Saldo Leistgsbilanz	– 8,3	– 9,8	– 25,8	– 9,3	– 10,1	+ 17,5

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Dezember 1980





Bild links: MS ,,Europa'' beim Stapellauf. Der Bau der einzelnen Sektionen hat zu einer Senkung des Akkordüberverdienstes geführt. Sämtliche Sektionen innerhalb des Schiffsrumpfes sind aus 6 – 8 mm Stahl, was erhöhten Arbeitsaufwand erfordert, jedoch in der Berechnung (Schätzakkord) nicht enthalten ist. Proteste mit und ohne Erfolg gab es täglich.
Bild rechts: Streik der Schiffsbesatzung auf der ,,Solon''. Die Besatzung des Schiffes, welches unter einer Billigflagge fährt, konnte ihre Forderungen nach ITF-Heuer durchsetzen. Streiks der Besatzungen von Billigflaggenschiffen, unter denen die Imperialisten erhebliche Teile ihrer Handelsflotte haben, werden von den Seebetriebsräten unterstützt.

Enka Kassel: Betriebsbesetzung vorläufig ausgesetzt

hdm. Am 22.12. haben die 840 Enka-Arbeiter die am 12.12. begonnene Besetzung des Werks Kassel vorläufig ausgesetzt. Grund war ein Vorstandsbeschluß, über die Stillegung des Werks nicht, wie zunächst geplant, bereits im Januar zu entscheiden. Bei ihrem Entschluß zur Aussetzung der Werksbesetzung sind Vertrauensleute und Betriebsrat, die die Besetzung organisiert hatten, nicht davon ausgegangen, daß die Auskunft des Vorstandes etwas an seinen grundsätzlichen Absichten ändert. Lediglich die Fristen sind – vielleicht mit Rücksicht auf die Kommunalwahlen im März – etwas gedehnt.

In der Entwicklung des Kasseler Werks – Teilstillegung und Belegschaftsabbau von 2100 auf 840 in den letzten 9 Jahren – spiegeln sich die einschneidenden ,,Sanierungsmaßnahmen'', die der Akzo-Konzern seit der Übernahme der Enka-Gruppe 1969 im Bereich der Chemiefaserproduktion ergriffen hat. Die wichtigsten Stationen:

1972 führt die Ankündigung der geplanten Stillegung der Werke Breda (Holland) und Wuppertal-Barmen zur Betriebsbesetzung in Breda und einer Demonstration in Barmen. Daraufhin nehmen die Kapitalisten die Pläne zurück.

1973 legt der Enka-Vorstand erneut einen ,,Strukturbereinigungsplan'' vor. Daß er die Entlassung von 6000 Arbeitern vorsieht, wird zunächst heftig dementiert. Tatsache ist, daß im Gefolge dieses Planes die Werke Arnheim (Holland), Zwijnaarde (Belgien) und Waldniel/Niederrhein ganz und in den Werken Barmen, Kassel und Obernburg teilweise Stillegungen vorgenommen werden.

1977 weitere Teilstillegungen im Chemiefaserbereich in den Werken Kelsterbach, Obersburg und Barmen.

In den zwei Jahren von 1975 bis 1977 verringert die Enka-Gruppe die Zahl ihrer Beschäftigten von 43000 auf 30000. Von acht westdeutschen Werken sind nur zwei nicht betroffen.

1978 betreiben die Enka Kapitalisten führend den Abschluß eines Kartellvertrages unter den westeuropäischen Chemiefaserproduzenten, der – trotz aller dieser Maßnahmen – den weiteren Abbau von ,,Überkapazitäten im Chemiefaserbereich'' vorsieht. Konkret 15% bis 1981.

Mit den jetzt ins Auge gefaßten Maßnahmen, bei denen es nach Angaben des Enka-Vorstandes neben dem Kasseler Werk auch um die Werke in Konz (Mosel), Nordirland und Holland geht, will Enka offensichtlich seinen Teil zur Vertragserfüllung beitragen und sich in eine günstige Ausgangsposition für eine eventuelle Erneuerung des Abkommens bringen.

Denn daß mit Abschluß dieser ,,europaweiten Verschrottungsaktion von Chemiefaserfabriken'', wie das Handelsblatt den Kartellvertrag seinerzeit nannte, die inzwischen fast zehnjährige weltweite ,,Strukturkrise der Chemiefaserproduktion'' bereinigt sein soll, ist unwahrscheinlich.

Zu den Gründen dieser Krise nur so viel: Ende der 50er Jahre auf dem Weltmarkt noch kaum bekannt, hat die Chemiefaser – eine auf Erdölbasis erzeugte Kunststoffaser – ihren scheinbar unaufhaltsamen Siegeszug als Grundstoff für technische, vor allem aber textile Garne, angetreten, wo sie die teureren natürlichen Rohstoffe Wolle und Baumwolle ersetzte (in der BRD: Diolen, Trevira und Dralon). Der Weltmarkt wurde in dieser Anfangsphase von den Chemiekapitalisten in Westeuropa, USA, Japan beherrscht. Die in unerhörtem Tempo erweiterten Produktionsanlagen, die es den Kapitalisten erlaubten, neben den eigenen Märkten vor allem die der RGW-Länder und der Dritten Welt mit ,,Synthetiks'' zu überschwemmen, sollten sich dann aber ebenso schnell als unerhörte Überkapazitäten erweisen. – In dem Umfang nämlich, wie die RGW-Länder wie auch einige Länder der Dritten Welt zur selbständigen Anwendung des neuen Verfahrens übergingen und die OPEC mit den Ölpreissteigerungen auch den Hauptrohstoff der Chemiefaser verteuerte. Zudem wurden die Chemiekapitalisten aus ihrem Traum von der unbegrenzten Ersetzbarkeit der natürlichen Rohstoffe durch die synthetische Faser bald herausgerissen. – Am deutlichsten in Erinnerung bei den berüchtigten ,,Nyltest-Hemden'', deren Bügelfreiheit der Träger mit Hautausschlag zu bezahlen hatte.

Ohne weiteres werden die Enka-Kapitalisten – nach wie vor größter westeuropäischer Chemiefaserproduzent – also nicht von den Plänen ihrer jetzigen dritten Sanierungswelle abzubringen sein. Dennoch: Die Arbeiter des Kasseler Werks sind fest entschlossen, die Stillegung zu verhindern, die die meisten mit einem Schlag ins Elend stürzen würde. Nirgendwo in ganz Nordhessen können sie ihre relativ hoch, aber sehr speziell ausgebildete Arbeitskraft zu annähernd ähnlichem Preis verkaufen. Selbst Hilfsarbeiten werden schwer zu kriegen sein angesichts einer Arbeitslosenquote von 5,3%, der höchsten in ganz Hessen. Der Kern der Belegschaft bilden die Arbeiter, die seit 20 Jahren die Produktion bei Enka – immer in Conti-Schicht – aufrechterhalten haben und heute – zwischen 40 und 50 Jahre alt – weder auf Frühverrentung noch auf Übernahme in ein anderes Werk hoffen können. Sie scheinen sich auf einen langwierigen Kampf eingestellt zu haben.

Proteste bei der Taufe der ,,Europa''

Seebetriebsräte verteilen Flugblatt gegen Reeder, Regierung und bürgerliche Presse

hek. Viel Prominenz kam nach Bremen zur Vulkan-Werft, um dem Stapellauf des neuen Luxusliners ,,Europa'' beizuwohnen. Simone Veil, Präsidentin des Europäischen Parlaments, nahm die Schiffstaufe vor. Vor einigen Tausend Zuschauern wurde ein Spektakel abgezogen, das auf alle übergreifen sollte. Aus der Zurschaustellung allgemeiner Zufriedenheit wurde nichts: Hatte schon eine Woche vorher die Vulkan Belegschaft auf der Betriebsversammlung gegen die verheerenden Arbeitsbedingungen und die Akkordhetze protestiert, verteilten am Tage des Stapellaufs die Seebetriebsräte verschiedener Reedereien ein Flugblatt vor den Werfttoren, welches die Interessen der ,,Täufer'' und die der Arbeiter und Seeleute klarstellte. Wir drucken es im folgenden ab. Das Flugblatt ist von 34 Seebetriebsräten namentlich unterzeichnet.

Seebetriebsräte protestieren

Wir Seebetriebsräte in der deutschen Seeschiffahrt protestieren!

- *Wir protestieren gegen das Taufspektakel und den Senatsempfang anläßlich der Schiffstaufe MS ,,Europa'' am 22.12.80 in Bremen.*
- *Wir protestieren gegen den Aufwand und den Reklamerummel, der für die Kasse einer Reederei betrieben wird, die zu den größten Arbeitsplatzvernichtern und Ausflaggern in der deutschen Seeschiffahrt gehört.*
- *Wir protestieren gegen die Vernichtung unserer beruflichen Existenzen durch Reeder und gegen die Bundesregierung, die dieses nicht nur zuläßt, sondern durch Subventionen ohne Sozialbindung noch unterstützt.*
- *Wir protestieren gegen Volksvertreter, die sich für diese Reklameveranstaltung eines multinationalen Konzerns noch mißbrauchen lassen.*
- *Wir protestieren gegen Journalisten, die dabei publizistische Schützenhilfe leisten und die Sorgen und Klagen der Seeleute seit Jahren verschweigen oder in der Öffentlichkeit falsch darstellen.*

● Hapag-Lloyd

- *Unerträglich ist die Tatsache, daß Hapag-Lloyd im Rahmen des Werft- und Reederhilfeprogramms seit Jahren -zig Millionen Steuergelder erhält und gleichzeitig Seeleute aus den ärmsten Ländern dieser Erde ausbeutet. So erhält beispielsweise ein Seemann aus Bangladesh bei Hapag-Lloyd für eine Überstunde 79 Pfennige. Die Bundesregierung leistet dabei Handlangerdienste, indem sie Steuergelder an einen Konzern vergibt, der fast die Hälfte seiner Ladetonnage unter den Billigflaggen von Liberia, Panama und Singapore betreibt.*

● Die Präsidentin des Europaparlaments, Frau Simone Veil

- *Unerträglich ist die Tatsache, daß die Präsidentin des Europäischen Parlaments einer ,,214prozentigen Verlustzuweisung'' als Taufpatin zur Verfügung steht (aus der Anzeigenwerbung für das Kommanditkapital in Höhe von 40 Millionen DM für MS ,,Europa''). Dieses Schiffstaufespektakel ist für ein Abschreibungsobjekt ist eine Verhöhnung für die um ihre Arbeitsplätze kämpfenden deutschen Seeleute.*

● Journalisten

- *Unerträglich ist die Tatsache, daß gewisse Journalisten in den Medien (Rundfunk, Fernsehen und Zeitung) einen schwimmenden Palast für die Oberen Zehntausend als nationales Ereignis bejubeln und die Sorgen und Ängste, Leiden und Gefühle der Seeleute seit Jahren unbeachtet lassen, verschweigen oder der Öffentlichkeit falsch darstellen.*

Wir Seeleute kämpfen gegen die Vernichtung unserer Arbeitsplätze durch Ausflaggung.

Wir Seeleute kämpfen gegen die Ausbeutung von Gefälligkeitsbesatzungen auf deutschen Schiffen und für den Grundsatz: Gleiche Arbeit – Gleicher Lohn!

Wir Seeleute sind nicht länger bereit, die Machenschaften der Reeder und die Untätigkeit der Regierenden länger hinzunehmen.

Wir Seeleute werden handeln!

hek. Viel Prominenz kam nach Bremen zur Vulkan-Werft, um dem Stapellauf des neuen Luxusliners ,,Europa'' beizuwohnen. Simone Veil, Präsidentin des Europäischen Parlaments, nahm die Schiffstaufe vor. Vor einigen Tausend Zuschauern wurde ein Spektakel abgezogen, das auf alle übergreifen sollte. Aus der Zurschaustellung allgemeiner Zufriedenheit wurde nichts: Hatte schon eine Woche vorher die Vulkan Belegschaft auf der Betriebsversammlung gegen die verheerenden Arbeitsbedingungen und die Akkordhetze protestiert, verteilten am Tage des Stapellaufs die Seebetriebsräte verschiedener Reedereien ein Flugblatt vor den Werfttoren, welches die Interessen der ,,Täufer'' und die der Arbeiter und Seeleute klarstellte. Wir drucken es im folgenden ab. Das Flugblatt ist von 34 Seebetriebsräten namentlich unterzeichnet.

Seebetriebsräte protestieren

Wir Seebetriebsräte in der deutschen Seeschiffahrt protestieren!

- *Wir protestieren gegen das Taufspektakel und den Senatsempfang anläßlich der Schiffstaufe MS ,,Europa'' am 22.12.80 in Bremen.*
- *Wir protestieren gegen den Aufwand und den Reklamerummel, der für die Kasse einer Reederei betrieben wird, die zu den größten Arbeitsplatzvernichtern und Ausflaggern in der deutschen Seeschiffahrt gehört.*
- *Wir protestieren gegen die Vernichtung unserer beruflichen Existenzen durch Reeder und gegen die Bundesregierung, die dieses nicht nur zuläßt, sondern durch Subventionen ohne Sozialbindung noch unterstützt.*
- *Wir protestieren gegen Volksvertreter, die sich für diese Reklameveranstaltung eines multinationalen Konzerns noch mißbrauchen lassen.*
- *Wir protestieren gegen Journalisten, die dabei publizistische Schützenhilfe leisten und die Sorgen und Klagen der Seeleute seit Jahren verschweigen oder in der Öffentlichkeit falsch darstellen.*

● Hapag-Lloyd

- *Unerträglich ist die Tatsache, daß Hapag-Lloyd im Rahmen des Werft- und Reederhilfeprogramms seit Jahren -zig Millionen Steuergelder erhält und gleichzeitig Seeleute aus den ärmsten Ländern dieser Erde ausbeutet. So erhält beispielsweise ein Seemann aus Bangladesh bei Hapag-Lloyd für eine Überstunde 79 Pfennige. Die Bundesregierung leistet dabei Handlangerdienste, indem sie Steuergelder an einen Konzern vergibt, der fast die Hälfte seiner Ladetonnage unter den Billigflaggen von Liberia, Panama und Singapore betreibt.*

● Die Präsidentin des Europaparlaments, Frau Simone Veil

- *Unerträglich ist die Tatsache, daß die Präsidentin des Europäischen Parlaments einer ,,214prozentigen Verlustzuweisung'' als Taufpatin zur Verfügung steht (aus der Anzeigenwerbung für das Kommanditkapital in Höhe von 40 Millionen DM für MS ,,Europa''). Dieses Schiffstaufespektakel ist für ein Abschreibungsobjekt ist eine Verhöhnung für die um ihre Arbeitsplätze kämpfenden deutschen Seeleute.*

● Journalisten

- *Unerträglich ist die Tatsache, daß gewisse Journalisten in den Medien (Rundfunk, Fernsehen und Zeitung) einen schwimmenden Palast für die Oberen Zehntausend als nationales Ereignis bejubeln und die Sorgen und Ängste, Leiden und Gefühle der Seeleute seit Jahren unbeachtet lassen, verschweigen oder der Öffentlichkeit falsch darstellen.*

Wir Seeleute kämpfen gegen die Vernichtung unserer Arbeitsplätze durch Ausflaggung.

Wir Seeleute kämpfen gegen die Ausbeutung von Gefälligkeitsbesatzungen auf deutschen Schiffen und für den Grundsatz: Gleiche Arbeit – Gleicher Lohn!

Wir Seeleute sind nicht länger bereit, die Machenschaften der Reeder und die Untätigkeit der Regierenden länger hinzunehmen.

Wir Seeleute werden handeln!

einen ,,Strukturbereinigungsplan'' vor. Daß er die Entlassung von 6000 Arbeitern vorsieht, wird zunächst heftig dementiert. Tatsache ist, daß im Gefolge dieses Planes die Werke Arnheim (Holland), Zwijnaarde (Belgien) und Waldniel/Niederrhein ganz und in den Werken Barmen, Kassel und Obernburg teilweise Stillegungen vorgenommen werden.

1977 weitere Teilstillegungen im Chemiefaserbereich in den Werken Kelsterbach, Obersburg und Barmen.

In den zwei Jahren von 1975 bis 1977 verringert die Enka-Gruppe die Zahl ihrer Beschäftigten von 43000 auf 30000. Von acht westdeutschen Werken sind nur zwei nicht betroffen.

1978 betreiben die Enka Kapitalisten führend den Abschluß eines Kartellvertrages unter den westeuropäischen Chemiefaserproduzenten, der – trotz aller dieser Maßnahmen – den weiteren Abbau von ,,Überkapazitäten im Chemiefaserbereich'' vorsieht. Konkret 15% bis 1981.

Mit den jetzt ins Auge gefaßten Maßnahmen, bei denen es nach Angaben des Enka-Vorstandes neben dem Kasseler Werk auch um die Werke in Konz (Mosel), Nordirland und Holland geht, will Enka offensichtlich seinen Teil zur Vertragserfüllung beitragen und sich in eine günstige Ausgangsposition für eine eventuelle Erneuerung des Abkommens bringen.

preissteigerungen auch den Hauptrohstoff der Chemiefaser verteuerte. Zudem wurden die Chemiekapitalisten aus ihrem Traum von der unbegrenzten Ersetzbarkeit der natürlichen Rohstoffe durch die synthetische Faser bald herausgerissen. – Am deutlichsten in Erinnerung bei den berüchtigten ,,Nyltest-Hemden'', deren Bügelfreiheit der Träger mit Hautausschlag zu bezahlen hatte.

Ohne weiteres werden die Enka-Kapitalisten – nach wie vor größter westeuropäischer Chemiefaserproduzent – also nicht von den Plänen ihrer jetzigen dritten Sanierungswelle abzubringen sein. Dennoch: Die Arbeiter des Kasseler Werks sind fest entschlossen, die Stillegung zu verhindern, die die meisten mit einem Schlag ins Elend stürzen würde. Nirgendwo in ganz Nordhessen können sie ihre relativ hoch, aber sehr speziell ausgebildete Arbeitskraft zu annähernd ähnlichem Preis verkaufen. Selbst Hilfsarbeiten werden schwer zu kriegen sein angesichts einer Arbeitslosenquote von 5,3%, der höchsten in ganz Hessen. Der Kern der Belegschaft bilden die Arbeiter, die seit 20 Jahren die Produktion bei Enka – immer in Conti-Schicht – aufrechterhalten haben und heute – zwischen 40 und 50 Jahre alt – weder auf Frühverrentung noch auf Übernahme in ein anderes Werk hoffen können. Sie scheinen sich auf einen langwierigen Kampf eingestellt zu haben.

Freischichten bei der Post nicht nur bei Wechselschicht

vol. Die Postgewerkschaft hat jetzt in der Gewerkschaftszeitung ,,Deutsche Post'' erklärt, daß die Freischichtenregelung auch bei nicht wechselnder Schichtfolge gilt. Unter die Regelung von 4 Freischichten für 450 Nachtarbeitsstunden, 3 bei 330, 2 bei 220, 1 bei 110 Stunden fallen auch diejenigen Beschäftigten im Schichtdienst, bei denen Beginn und Ende der Dienstschichten gleichbleibend sind und deren Nachtarbeitsstunden nicht voll in der Zeit von null bis vier Uhr liegen. Dies hat insbesondere auch für Teilzeitarbeitskräfte Bedeutung, von denen über die Hälfte nur Spät- oder Frühschicht machen. – Die Verhandlungen über weitere Forderungen der DPG, z.B. die Anrechnung von Pausen auf die Arbeitszeit, sind am 8. Dezember auf den 23. Januar vertagt worden. Die Verhandlungen der GdED zur Ausformulierung des Tarifvertrages zur Schichtarbeit finden am 13. und 14. Januar 1981 statt.

Belgien: Regierung setzt Lohnstopp in Kraft

dog. Die belgische Regierung hat zum 1. Januar einen Lohnstopp in Kraft gesetzt. Die Löhne und Gehälter sollen in den nächsten zwei Jahren nur noch um die Inflationsrate erhöht werden. Für 1980 betrug die Inflationsrate in Belgien 7,7%. Der Lohnstopp gilt für alle Löhne und Gehälter über 35000 Franc (2200 DM). Als das Gesetz Anfang Dezember im Parlament beraten wurde, führten die Gewerkschaften in verschiedenen Landesteilen Warnstreiks dagegen durch. Die Kapitalisten haben verlauten lassen, daß sie die beschlossenen Maßnahmen nicht für ausreichend halten. Die belgische Regierung hat weiterhin beschlossen, die Zahlung von Prämien, die die Kapitalisten für die Einstellung von Schulabgängern und Arbeitslosen beziehen, zu verlängern. Kleinen und mittleren Betrieben werden 10% aller Sozialabgaben erlassen.

Betriebsvereinbarung über Schichtarbeit bei Daimler-Benz

dog. Seit dem 1. Januar ist bei Daimler Benz eine Betriebsvereinbarung über die Schichtarbeit in Kraft. Von den 147000 Beschäftigten des Konzerns arbeiten 60000 im Zwei-Schicht-Rhythmus und 6000 im Drei-Schicht-Rhythmus. Der Drei-Schicht-Betrieb soll abgebaut werden. Die Betriebsvereinbarung sieht *für die Arbeit im Drei-Schicht-Rhythmus* folgende Verbesserungen vor: Voraussetzung für die Aufnahme der Nachtschichtarbeit ist nach der neuen Betriebsvereinbarung eine werksärztliche Untersuchung, die nach drei Jahren und dann alle fünf folgenden Jahre wiederholt wird. Schichtarbeiter, die 10 Jahre im Drei-Schicht-Rhythmus gearbeitet und das 35. Lebensjahr vollendet haben, haben Anspruch auf eine dreiwöchige Kur, ab dem 45. Lebensjahr alle fünf Jahre. Je Kur werden fünf Tage des tariflichen Urlaubs angerechnet. Ab dem 55. Lebensjahr muß der Übergang auf Zwei-Schicht oder Normalschicht ermöglicht werden. Ab dem 60. Lebensjahr kann bis zum Erreichen der flexiblen Altersgrenze Teilzeitarbeit beantragt werden, ab 61 die Freistellung. Daimler-Benz zahlt aber keinen vollen Lohnausgleich. *Für die Arbeit im Zwei-Schicht-Rhythmus* werden ebenfalls werksärztliche Untersuchungen vor Aufnahme der Schichtarbeit und alle drei folgenden Jahre vereinbart. Daimler übernimmt die Kosten einer dreiwöchigen Kur nach 20 Jahren Arbeit in Schicht und nach Vollendung des 50. Lebensjahres. Für die Kur werden 10 Tage des Tarifurlaubs angerechnet. Arbeiter im Zwei-Schicht-Rhythmus können ab dem 62. Lebensjahr die Freistellung bis für ein Jahr zum Erreichen der flexiblen Altersgrenze beantragen. Die Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Daimler-Benz hatten 10 Monate gedauert. Daimler übernimmt alle Kosten, die aus den vereinbarten Regelungen entstehen.



Anfang Dezember hat die Firma Pongs Gummitechnik GmbH in Aachen Konkurs angemeldet. Am 17. Dezember haben die 1300 Beschäftigten das Werk besetzt. Über den Eingang haben sie ein Transparent gespannt: ,,Die Knochen bei Pongs verschlissen, von Banken und Bossen rausgeschmissen''. Pongs ist ein Zulieferbetrieb für die Automobilindustrie. 800 Beschäftigten ist zum 31. Dezember gekündigt worden.

Chrysler: Verhandlungen über Lohnstopp

dog. Die amerikanische Chrysler Corporation hat den Betriebsrat dazu gebracht, der Aufnahme von Verhandlungen über einen Lohnstopp für 21 Monate zuzustimmen. Der Betriebsrat vertritt 60000 Mitglieder der United Automobile Workers (UAW), der Automobilarbeitergewerkschaft. Die Kapitalisten wollen 600 Mio. Dollar von 1,5 Mrd. Dollar Lohnzahlungen durch die Vereinbarung einsparen. Der UAW-Präsident Fraser hat erklärt, daß die geforderten Einkommensverluste für die Arbeiter nicht tragbar seien, nachdem die Belegschaft schon im Frühjahr auf 446 Mio. Dollar verzichtet habe. Die US-Regierung hat die Gewährung von Kreditgarantien von der Durchsetzung des Lohnstopps abhängig gemacht.

Streik bei British Leyland gegen Entlassungen

dog. Im Werk Longbridge des britischen Automobilkonzerns Leyland bei Birmingham sind 1500 Arbeiter in den Streik getreten. Sie verlangen die Rücknahme der fristlosen Entlassung von 8 Arbeitern nach einer Besetzung des Verwaltungsgebäudes am 21.11.80. Durch den Streik ist die Produktion des Modells ,,Mini Metro'' lahmgelegt. Die Kapitalisten drohen mit der Stillegung der Großserienproduktion und dem Verlust von 50000 Arbeitsplätzen, wenn der Streik nicht abgebrochen wird. Sie wollen diejenigen, die am 5. Januar nicht die Arbeit wieder aufnehmen, entlassen.

Länderregierungen verstärken Angriffe gegen die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst

Rau will Lohnstopp in den Gemeinden / Gewerkschaften beraten Diskussionsempfehlung

vol. Die Versuche, eine Einigung über einen Lohnstopp in den öffentlichen Diensten unter den Landesregierungen herzustellen, sind mit einer Umfrage unter den Regierungschefs fortgesetzt worden. Laut dpa halten Albrecht (Niedersachsen), Börner (Hessen), Zeyer (Saarland) und Vogel (Rheinland-Pfalz) den Vorschlag von NRW-Rau über einen Bundesratsbeschluß für Lohnstopp für ,,diskussionswürdig". Stoltenberg und insbesondere Strauß möchten diesen Vorstoß am liebsten die Bundesregierung ausbaden lassen. Koschnick, Stobbe und Klose verweisen auf die Tarifautonomie, da sie schon schmerzliche Erfahrungen mit den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst bei ihren Sparprogrammen gemacht haben.

Rau hat jetzt einen zweiten Schritt vor. Er plant, die Gemeinden dafür zu gewinnen, sich einem Länderbeschluß im Bundesrat anzuschließen. Von den 4,2 Mio. Beschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst sind 3,266 Mio. bei den Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden), 355000 bei der Bundesbahn und 509000 bei der Post. Von den 3,266 Mio. Beschäftigten bei den Gebietskörperschaften sind 55% bei den Ländern und knapp 35% bei den Gemeinden angestellt, nur knapp 10% beim Bund. Einer Einigung zwischen Länderregierungen und den Vertretern der Gemeinden auf einen drei- bis sechsmonatigen Lohnstopp würde sich Bundesinnenminister Baum als Verhandlungsführer der Regierungen und Gemeindeverbände gern anschließen.

Schon jetzt haben die Bundes- und Landesregierungen und die Stadträte Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung in den öffentlichen Diensten getroffen. Bei den Bundesbehörden sind generell alle Stellenanhebungen durch den Finanzminister gesperrt. NRW hat eine Beförderungssperre für die Beamten im Kultusbereich (Lehrer) und beim Innenminister verfügt. Beides ist eine faktische Lohnsenkung, die diejenigen trifft, die auf einem höher bewerteten Arbeitsplatz arbeiten bzw. für Beförderung anstanden. Allgemeine Wirkung werden die Wiederbesetzungssperren bei freiwerdenden Planstellen sowie die Streichung von Planstellen haben, die von Ländern und Gemeinden verfügt werden. Da diese keineswegs mit einer Verringerung der Arbeit verbunden sind, soll die Intensität der Arbeit und die Mehrarbeit durch die Regierungen sprunghaft gesteigert werden.

Die Zielrichtung der Spartätigkeit auf allen Ebenen des Staatsapparates wird in den jetzt vorliegenden Haushaltsplänen auch immer deutlicher. ,,Einschränkungen im konsumtiven Bereich können eher hingenommen werden als ein Rückgang der öffentlichen Investitionen", hat Rau vertreten. Dementsprechend konzentrieren sich die Streichungen auf die Bereiche Schulen, Gesundheit, Sport, Freizeit, Kindergärten und Hochschulen. Es sind dies Bereiche, wo der Staat Aufgaben der gesellschaftlichen Reproduktion der Massen wahrnimmt. Die Einsparungen treffen dort auch keineswegs die Kontroll- und Unterdrückungsinstanzen wie z.B. die Schulaufsicht, sondern die Bedingungen für den Schulunterricht usw. werden verschlechtert. Die ,,investiven Bereiche" dagegen wie Wirtschaftsförderung, Ausbau der Infrastruktur für die Kapitalisten sollen ausgebaut werden.

So konnte der Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen die Rationalisierungsmaßnahmen auf die Unterstützung der Lohnabhängigen, Schüler und Studenten rechnen und z.B. in Bremen Teilerfolge erzielen.

Die Verschärfung der Ausbeutung in den öffentlichen Diensten wie auch die Sparprogramme sollen einzig und allein der besseren Förderung der Kapitalistenklasse durch alle Ebenen des Staatsapparates dienen. Der DGB hat sich in einer Erklärung aller 17 Gewerkschaften im DGB gegen jedes Sonderopfer der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gewandt und seine Solidarität mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bekräftigt. Auch IGM-Vorsitzender Loderer hat sich gegen eine Lohnpause im öffentlichen Dienst gewandt, denn dies würde die Verhandlungsposition aller Gewerkschaften, auch der IGM, die die Tarifkämpfe als erste beginnt, schwächen.

Die Hauptvorstände der ÖTV und der anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst haben ihren Mitgliedern jetzt ihre Vorschläge für die Forderungen im Lohntarifkampf vorgelegt. Die Monatstabellenlöhne der Arbeiter, die Grundvergütungen der Angestellten sowie die Orts- und Sozialzuschläge sollen um 7% erhöht werden. Dies soll auch für Praktikantinnen, Lernschwestern, Lernpfleger, Schüler in der Krankenpflege, Medizinalassistenten (VKA) gelten. Ab dem 18. Lebensjahr sollen alle Beschäftigten die volle Anfangsvergütung erhalten, die Auszubildenden sollen im 1. und 2. Ausbildungsjahr 70 DM, im 3. und 4. 60 DM mehr erhalten. Der Alterszuschlag für Jugendliche über 18 Jahren von 40 DM soll allen Jugendlichen gezahlt werden. Die Laufzeit soll 12 Monate betragen. Weiterhin empfehlen die Hauptvorstände, daß im Mittelpunkt der Diskussion nicht die Forderungsstruktur, sondern die Durchsetzbarkeit der Forderung stehen soll.

Entsprechend der Debatte auf dem Gewerkschaftstag sollten im diesjährigen Tarifkampf der Charakter der *Diskussionsempfehlung* stärker hervorgehoben und die Beschlußfassung und die Interessen der Mitglieder stärker berücksichtigt werden. Bis jetzt hat dies zu einem Verzicht auf die Pressekonferenz zur Bekanntmachung einerseits geführt, andererseits sind durch die Schaffung des willkürlichen Widerspruchs zwischen Forderungsstruktur und Durchsetzbarkeit der Diskussion in der Mitgliedschaft erhebliche Vorschriften gemacht. Die FAZ vermutet schon, daß der Verzicht auf einen Mindestbetrag einen Verzicht auf Streik bedeute.



Am 28.11.80 mußte Senator Franke vor der Personalversammlung der Universität Bremen die vom Senat beschlossene 9monatige Wiederbesetzungssperre verteidigen. Aufgrund des Protestes von ÖTV-Gremien und der Personalräte mußte die Maßnahme auf die Sperrung einer bestimmten Anzahl von Besetzungsmonaten je Behörde zurückgeschraubt werden.

Bis jetzt war das Verhältnis zwischen Mindestbetrag und Kampfbereitschaft eher umgekehrt wie es die Hauptvorstände jetzt unterstellen. Gerade weil durch die Mindestbeträge die unteren Angestellten- und Arbeitergruppen gestärkt wurden, war die Kampfbereitschaft im Organisationsbereich der Gemeinden traditionell hoch. In der Auswertung des Tarifkampfes 1980 auf dem Gewerkschaftstag waren als Schwachstellen die Arbeit der Gewerkschaft unter den Angestellten im Länderbereich und die Vorbereitung von Aktionen durch die hauptamtlichen Sekretäre herausgearbeitet worden. Beides wird durch die jetzige Diskussionsvorschrift aber nicht angepackt, eher wird ein zusätzliches Problem geschaffen.

Daß Herstellung von Streik- und Aktionsbereitschaft in der Vorbereitung des Tarifkampfes wesentlich sind, ist angesichts der Taten und Pläne der Regierungen völlig richtig. Sollen die 7% tatsächlich die Realeinkommen verteidigen, wird der Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften sehr eng sein. Entgegen den Einschätzungen der Wirtschaftsinstitute und des Sachverständigenrats hat sich die Entwicklung der Inflation keineswegs verlangsamt. Von November auf Dezember hat sie sich im Gegenteil verschnellert, so daß sie hochgerechnet bei einer Jahresrate von 7% liegen würde. Die Annahme, daß eine krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Produktion die jetzige Jahresinflationsrate von ca. 5,5% bremst, hat sich z.B. in den USA und England mit Prozentsätzen bis über 20% als falsch erwiesen. Eher spricht die gegenwärtige Aufblähung des Kreditsystems und die Währungsentwicklung für eine weitere Beschleunigung.

In der Illustrierten ,,Stern" wird eine Rechnung aufgemacht, die beweisen soll, daß, auch wenn die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten um 1% schlechter abschließen, die Beschäftigten ungefähr die gleichen DM-Beträge erhalten wie die Mitglieder der IGM. Das einzige, was diese Rechnung beweist, ist, daß das Lohnniveau in den öffentlichen Diensten leicht über dem in der Metallindustrie liegt. Ergebnis eines solchen Abschlusses wäre eine Lohneinbuße der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und eine Schwächung der Kampfposition der IGM wie auch anderer Gewerkschaften gegenüber den Kapitalisten. Das so ,,Ersparte" werden sich die Kapitalisten gern als Subvention oder sonstwie einstecken.

Bis Ende Januar/Anfang Februar werden die Vorschläge der Hauptvorstände in den Betrieben, Kreisen und Bezirken beraten. Am 25./26. Februar tagen die Großen Tarifkommissionen aller Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, um ihre Forderungen endgültig zu beschließen.

dog. Ende November 1980 haben in
Baum als Verhandlungsführer der Regierungen und Gemeindeverbände gern anschließen.

Schon jetzt haben die Bundes- und Landesregierungen und die Stadträte Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung in den öffentlichen Diensten getroffen. Bei den Bundesbehörden sind generell alle Stellenanhebungen durch den Finanzminister gesperrt. NRW hat eine Beförderungssperre für die Beamten im Kultusbereich (Lehrer) und beim Innenminister verfügt. Beides ist eine faktische Lohnsenkung, die diejenigen trifft, die auf einem höher bewerteten Arbeitsplatz arbeiten bzw. für Beförderung anstanden. Allgemeine Wirkung werden die Wiederbesetzungssperren bei freiwerdenden Planstellen sowie die Streichung von Planstellen haben, die von Ländern und Gemeinden verfügt werden. Da diese keineswegs mit einer Verringerung der Arbeit verbunden sind, soll die Intensität der Arbeit und die Mehrarbeit durch die Regierungen sprunghaft gesteigert werden.

Die Zielrichtung der Spartätigkeit auf allen Ebenen des Staatsapparates wird in den jetzt vorliegenden Haushaltsplänen auch immer deutlicher. ,,Einschränkungen im konsumtiven Bereich können eher hingenommen werden als ein Rückgang der öffentli-

Wahl zur ,,Belegschaftsvertretung" bei VW do Brasil



Am 28.11.80 mußte Senator Franke vor der Personalversammlung der Universität Bremen die vom Senat beschlossene 9monatige Wiederbesetzungssperre verteidigen. Aufgrund des Protestes von ÖTV-Gremien und der Personalräte mußte die Maßnahme auf die Sperrung einer bestimmten Anzahl von Besetzungsmonaten je Behörde zurückgeschraubt werden.

1980 versucht, den Streik der Metallar-
bremst, hat sich z.B. in den USA und England mit Prozentsätzen bis über 20% als falsch erwiesen. Eher spricht die gegenwärtige Aufblähung des Kreditsystems und die Währungsentwicklung für eine weitere Beschleunigung.

In der Illustrierten ,,Stern" wird eine Rechnung aufgemacht, die beweisen soll, daß, auch wenn die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten um 1% schlechter abschließen, die Beschäftigten ungefähr die gleichen DM-Beträge erhalten wie die Mitglieder der IGM. Das einzige, was diese Rechnung beweist, ist, daß das Lohnniveau in den öffentlichen Diensten leicht über dem in der Metallindustrie liegt. Ergebnis eines solchen Abschlusses wäre eine Lohneinbuße der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und eine Schwächung der Kampfposition der IGM wie auch anderer Gewerkschaften gegenüber den Kapitalisten. Das so ,,Ersparte" werden sich die Kapitalisten gern als Subvention oder sonstwie einstecken.

Bis Ende Januar/Anfang Februar werden die Vorschläge der Hauptvorstände in den Betrieben, Kreisen und Bezirken beraten. Am 25./26. Februar tagen die Großen Tarifkommissionen aller Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, um ihre Forderungen endgültig zu beschließen.

Wahl zur ,,Belegschaftsvertretung" bei VW do Brasil

Die Kapitalisten wollen die Gewerkschaften ausschalten, nicht nur mit dem Polizeiknüppel

dog. Ende November 1980 haben in den drei brasilianischen VW-Werken zum ersten Mal Wahlen zu einer ,,Belegschaftsvertretung" stattgefunden. In einem Beitrag für das ,,Handelsblatt" am 18.12. hat der Direktor der VW do Brasil das Ereignis einer Würdigung unterzogen. Schon immer sei der Konzern bemüht gewesen, mit freiwilligen Sozialleistungen einen Beitrag zur Schaffung eines angenehmen und gesunden Arbeitsklimas zu schaffen, Bemühungen, die weit über die brasilianische Gesetzgebung hinausgingen. Die Einführung der Belegschaftsvertretung sei ein bahnbrechender Schritt, von dem VW sich die Festigung des gegenseitigen Vertrauens und Respekts, was ohne Zweifel den sozialen Bedürfnissen der Mitarbeiter entgegenkomme, verspreche. Dieser Schritt sei aber auch notwendig, denn: ,,Das rasche Wachstum der brasilianischen Wirtschaft, insbesondere die rapide Expansion des industriellen Sektors, in Verbindung mit der durch die Vielzahl der modernen Kommunikationsmedien von allen Seiten auf die Menschen einwirkenden Informationen, für deren korrekte Beurteilung und Verwertung vielen oft die elementarsten Grundlagen fehlen, haben eine empfindliche Lücke in der Verständigung zwischen Unternehmen und Belegschaft entstehen lassen, die sich auch weiterhin zu verschärfen droht." Die VW-Kapitalisten hatten offensichtlich Schwierigkeiten, den brasilianischen Arbeitern die hehren Ziele der Profitmaximierung nahezubringen, insbesondere da die Arbeiter es vorzogen, gewerkschaftliche Organisationen aufzubauen und diese in den Kämpfen gegen das in- und ausländische Kapital zu nutzen.

Nachdem die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung mit Polizeieinsätzen und Verhaftung von Gewerkschaftsführern nicht erreicht wurde, starteten die VW-Kapitalisten mit scheinbaren Zugeständnissen ein Betrugsmanöver, das der Vorsitzende der brasilianischen Metallarbeitergewerkschaft, Luiz Inácio da Silva (Lula), als eine Gaukelei, einen Taschenspielertrick bezeichnete. Zwar sollten die Gewerkschaften von den Wahlen und den Vertretungsorganen nicht ausgeschlossen werden, aber von den 18 Vertretern der Lohnempfänger, die mit 5 Vertretern der Angestellten die Belegschaftsvertretung bilden, sollte höchstens die Hälfte gewerkschaftlich organisiert sein, ,,obwohl nur 27% der Belegschaft der VW do Brasil der Metallarbeitergewerkschaft angehören. Mit dieser Bestimmung sollte ein Übergewicht der einen oder anderen Seite vermieden werden" (W. Sauer im Handelsblatt). Die Betriebe wurden in Wahlkreise aufgeteilt, in jedem Wahlkreis sollten zwei Kandidaten gewählt werden, ein Gewerkschaftsmitglied, ein Nichtorganisierter. Und damit die Führung des Wahlkampfes nicht aus den Fugen geriete: ,,Den Kandidaten wurde für ihre Kampagne Material und die hauseigene Druckerei kostenlos zur Verfügung gestellt." (W. Sauer) Gewählt werden durfte nur, wer mindestens 5 Jahre Betriebszugehörigkeit nachwies. Und das ist bei VW do Brasil nicht einfach. Nach dem ,,Rotationssystem" wird jährlich etwa ein Drittel der 47000 Beschäftigten der VW do Brasil entlassen und durch Neueinstellungen ersetzt. In Brasilien gibt es keinen gesetzlichen Kündigungsschutz und keine Versicherung bei Arbeitslosigkeit. Eine der Forderungen im Metallarbeiterstreik im Frühjahr 1980, der sein Zentrum in der Automobilindustrie hatte, war die Beschränkung des Rotationssystems und eine Auskunftspflicht der Kapitalisten bei Massenentlassungen. Das ,,echt brasilianische Modell" sieht u.a. folgende ,,Wirkungsfelder" für die Belegschaftsvertreter vor: Sozialleistungen, Arbeits- und Schichtzeiten, Gesundheitsdienst, Kantinen, Arbeitssicherheit. Nicht vorgesehen ist die Beteiligung der Belegschaftsvertreter an allen Fragen der Entlohnung, und sie haben auch bei Entlassungen keinerlei Rechte gegenüber der Geschäftsleitung. Gegen Kritik von seiten der Gewerkschaft, daß das Belegschaftsvertretungssystem auf eine Schwächung der gewerkschaftlichen Tätigkeiten ziele, wendet Dr. Sauer ein: ,,Bei den Aufgaben der Arbeitnehmervertretung handelt es sich durchweg um Funktionen, die nicht die Gesamtinteressen der Branche betreffen, so daß nicht von einer parallelen Wahrnehmung von Gewerkschaftsbefugnissen, sondern viel eher von einer Entlastung der Gewerkschaft – und damit Freistellung für andere Prioritäten – die Rede sein kann." Am liebsten sähen die Kapitalisten die Gewerkschaften von allen Befugnissen ,,entlastet". Um so sicherer könnten sie die Konkurrenz unter den Arbeitern schüren und die Ausbeutung verschärfen.

Das Ergebnis der Wahl war für Dr. Sauer kein Grund für ungetrübte Freude. Zwar beteiligten sich 90,4% der 42500 Wahlberechtigten (,,Führungskräfte bis einschließlich Meister waren passiv und aktiv von den Wahlen ausgeschlossen"), ,,obwohl die Stimmabgabe freigestellt war." Aber die meisten Stimmen erhielt ein Kandidat, den es gar nicht gibt. ,,Joao Ferrador", zu deutsch Hans Eisenmacher, ist eine Symbolfigur, die auch in den Streiks eine Rolle spielte. Die Metallarbeitergewerkschaft hatte aufgerufen, auf diese Art gegen die Pläne der VW-Kapitalisten zu protestieren. Für ,,Joao Ferrador" stimmten insgesamt mehr als 7000, der Kandidat mit den zweitmeisten Stimmen bekam ganze 900. 52% der abgegebenen Stimmen waren überhaupt nur gültig, ungültig gewählt hatte man auch schon, wenn man nur einen statt zwei Kandidaten angekreuzt oder einen Kandidaten eines anderen Wahlkreises gewählt hatte. Dr. Sauer: ,,Wir schließen daraus, daß die Aufklärungskampagne seitens des Werks über Sinn und Zweck der Institution unzureichend war."

Mit der Besetzung der Gewerkschaftsbüros und der Verhaftung des Vorstandes der Metallarbeitergewerkschaft von Sao Bernardo, wo auch das größte der drei VW-Werke in Brasilien steht, hatte die Regierung im April 1980 versucht, den Streik der Metallarbeiter zu zerschlagen. Die Forderungen der Gewerkschaft waren Lohnerhöhungen um 7%, die Verwirklichung der 40-Stunden-Woche, die zwar auf dem Papier existiert, von den Kapitalisten durch Überstunden aber unterlaufen wird, so daß nach Untersuchungen der Gewerkschaft die durchschnittliche Arbeitszeit 50 Stunden in der Woche beträgt, sowie Forderungen nach einer Beschränkung des Rotationssystems auf 0,5% der Belegschaft. Während einzelne brasilianische Metallkapitalisten die Erhöhung der Löhne zugestanden, setzten die ausländischen Imperialisten im Vorstand des Kapitalistenverbandes und gegenüber der Regierung durch, daß der Streik für illegal erklärt wurde. Nach 41 Tagen wurde er im Mai abgebrochen, ohne daß es der Gewerkschaft gelang, ihre Forderungen durchzusetzen. Auch die Anbindung der Lohnerhöhungen an den Preisindex für Verbraucherpreise hat bisher nur zur Folge gehabt, daß die Kapitalisten Entlassungen vornahmen und zu niedrigeren Tarifen wieder einstellten. Zwar mußten die verhafteten Gewerkschaftsführer wieder freigelassen werden, die Prozesse gegen sie werden aber vorbereitet.

Ihrem Ziel, Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung, sind die Kapitalisten nicht näher gekommen, im Gegenteil. Im Juli wurde auf einem Kongreß der Gewerkschaftsführungen und Volksorganisationen ein Dokument verabschiedet, in dem der Aufbau eines gewerkschaftlichen Dachverbandes, die Einführung von Tarifrunden in den Branchen sowie das Streikrecht als Programm für die weitere Arbeit festgelegt wurde.

„Nur ausgeflippte Kinder dieser Stadt?“

Wohnsituation Jugendlicher / Gründe zum Kampf um Wohnraum gibt es genug

ulw. Heftige Auseinandersetzungen und erneute Hausbesetzungen hat es zwischen Weihnachten und Neujahr in Göttingen, Nürnberg und Westberlin gegeben. Als aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengereiste Krawallhorde versucht die Göttinger Polizeiführung die 300 Demonstranten, die ihnen in der Silvesternacht eine Straßenschlacht geliefert hatten, hinzustellen, um so die Besetzer zweier leerstehender Häuser von der Bevölkerung zu isolieren, mit dem Hinweis, 6 der 8 verhafteten Personen seien Nicht-Göttinger. Einen gelungenen Beitrag zur Fernsehunterhaltung leistete der Göttinger Polizeisprecher dabei am Freitag in den Heute-Nachrichten, als er auf die Frage, ob dieser Anteil Nicht-Göttinger für eine Universitätsstadt nicht ganz normal sei, treuherzig antwortete, immerhin habe man auch zwei Göttinger verhaftet.

Tatsächlich ist Göttingen für eine Universitätsstadt eine der Städte, in denen der Wohnungsmangel für Studenten besonders groß ist. Angesichts des zu Spekulationszwecken verrottenden Wohnraumes hat die Bourgeoisie einige Mühe, die Instandbesetzer von der Bevölkerung zu isolieren, nicht nur in Göttingen.

„Über 300 Studenten und Schüler, Arbeiter und Arbeitslose sind es inzwischen, die mit eigener Arbeit billigen Wohnraum erhalten wollen, indem sie in verrotteten Räumen frische Farbe streichen, abgekohlte Kabel ersetzen und Wasserrohre vor Frost schützen: die Instandbesetzer von Berlin, nur ausgeflippte Kinder dieser Stadt, ...?“ fragt der „Stern“ in der Erkenntnis, daß es nicht möglich ist, die Bewegung einfach als ein Produkt der „Wohlstandsgesellschaft“ hinzustellen. Zu viele haben konkrete Erfahrungen mit der Wohnungsnot in den Städten.

„Weit über ein Jahr haben manche von uns auf eine Wohnung gewartet“, zitiert der „Stern“ einen Berliner Hausbesetzer. Die Idee, sich Freiräume für ein eigenständiges Leben zu schaffen, spielt unter den Jugendlichen eine große Rolle. Frühere Selbständigkeit der Jugendlichen einhergehend mit dem Zerfall der Familienverhältnisse sind Ursachen dieser Entwicklung. Die darauf beruhenden Widersprüche werden durch die beengten Wohnverhältnisse noch verschärft.



Seit Weihnachten ist dies Haus in Nürnberg besetzt. Das Haus, im Besitz einer Erbengemeinschaft, steht bereits seit einiger Zeit leer.

Statistisches zur Wohnungssituation Jugendlicher

3,066 Mio. Jugendliche im Alter von 15 bis unter 18 Jahren zählte die Statistik im Jahre 1978. 3 Mio. lebten bei ihren Familien. Weiterhin lebten zu dem Zeitpunkt 4,9 Mio. volljährige Personen im Haushalt der Eltern. Insgesamt lebten in rund 11 Mio. Privathaushalten 19,9 Mio. ledige Kinder; im Durchschnitt aller Familien mit Kindern also 1,83 ledige Kinder pro Familie. 1970 betrug dieser Durchschnitt 1,89. Während sich von 1978 auf 1979 die Zahl der Privathaushalte in der BRD insgesamt um 1% erhöhte, nahm die Zahl der Privathaushalte mit einem Haushaltsvorstand im Alter bis zu 25 Jahren sprunghaft um 9% zu. Die Zahl dieser Haushalte hat sich damit gegenüber 1970 um 42% erhöht. Die Zahl der Privathaushalte insgesamt hat sich im gleichen Zeitraum um 10% erhöht. Gegenüber der Gesamtzahl der Jugendlichen in der Altersgruppe von 16 bis unter 25 Jahren ist das Verhältnis der Haushalte mit unter 25jährigen Haushaltsvorständen von 0,09 auf 0,16 zu 1 gestiegen. Sie ist also nicht nur überproportional zur Gesamtzahl der Privathaushalte sondern auch zur Gesamtzahl der in etwa vergleichbaren Altersgruppe gestiegen.

Eine der Ursachen dürfte in der Entwicklung der Studentenzahlen liegen. Die Steigerung betrug hier von 1970 auf 1979 rund 90%, auf knapp eine Millionen Studenten. Mit Beginn des letzten Semesters ist der Mangel an Wohnraum in den Universitätsstädten kraß hervorgetreten. Als alleinige Erklärung für die Entwicklung der Anzahl junger Haushalte reicht das Anwachsen der Studentenzahlen allerdings nicht aus. Ein Teil kommt in den Studentenwohnheimen unter, ein weiterer Teil kann bei den Eltern weiterwohnen. Insbesondere der sprunghafte Anstieg der jungen Haushalte von '78 auf '79 wird durch das Ansteigen der Studentenzahlen um rund 4% nicht gedeckt.

Daß die Wohnsituation für viele Familien so ist, daß die Jugendlichen gute Gründe haben, so schnell wie möglich eine eigene Wohnung zu bekommen, belegen die folgenden Zahlen, wenn auch verschleiert in Durchschnittswerten.

31,1 m^2 je Person standen 1978 im Bundesdurchschnitt an Wohnraum zur Verfügung; 0,6 Personen kamen auf einen Raum (Die Küche zählt dabei mit). Mit einer und mehr Personen pro Raum waren 3,1 Mio. Wohnungen belegt (rund 14% aller Wohnungen).

5,3% der offiziell registrierten Wohnungssuchenden z.B. in Frankfurt sind jünger als 20. 23,1% sind zwischen 20 und 25 Jahre alt. Der amtliche Bericht verzeichnet von '78 auf '79 eine überproportionale Steigerung der Wohnungssuchenden in dieser Altersgruppe. Die finanziellen Grenzen, die den Jugendlichen dabei gezogen sind, kommen in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Zahl der Einpersonenhaushalte bis zu 25jähriger sich unterdurchschnittlich entwickelte, während die Statistik eine überdurchschnittliche Steigerung der Mehrpersonenhaushalte „nichtverwandter“ verzeichnet, worunter im wesentlichen Wohngemeinschaften fallen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schriftenreihe 3, Haushalt und Familie 1978

Streit um flächendeckende Förderstufe in Hessen

bil. Die in einem Aktionsbündnis „Bildung für alle“zusammengeschlossenen Organisationen (DGB, GEW, Arbeiterwohlfahrt, Hessischer Jugendring, Elternbund Hessen, Jusos) haben Mitte Dezember einen Abschlußgesetzentwurf zur Förderstufe in Hessen vorgelegt. Ursprünglich war das Aktionsbündnis zur Abwehr gegen das von der CDU beabsichtigte Volksbegehren gegen die Förderstufe gegründet worden. Die CDU hatte von Anfang an gegen die Koalitionsvereinbarung von SPD und FDP, die Förderstufe in Hessen von 1978 bis 1982 flächendeckend einzuführen polemisiert. Zuletzt hatte die Vereinigung „Freie Schulwahl“ – geführt durch den Hessischen Elternverein, Philologenverband, Kapitalistenverbände und CDU – im vergangenen Herbst erneut die Frage eines Volksbegehrens „für freie Schulwahl“, d.h. Erhaltung des dreigliedrigen Schulsystems ins Spiel gebracht.

darüberhinaus die Regierung noch in Abwehr gegen die CDU verteidigt wird, ist in dem Aktionsbündnis „Bildung für alle“ noch nicht ausgestanden. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf ist ein Fortschritt. Ob ein Volksbegehren auf jeden Fall durchgeführt werden soll, oder nur als Gegenreaktion zu einem Volksbegehren des hessischen Elternvereins, darüber gibt es bislang keine Einheit. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß mit Beginn des Schuljahres 1982/83 die Klassen 5 und 6 in allen Schulen gemeinsam unterrichtet werden. Der Unterricht soll im Klassenverband erfolgen und darf durch Kurse nur dann ergänzt werden, wenn dies pädagogisch sinnvoll ist (§§ 1 und 2). Damit ist der Kernpunkt der Auseinandersetzung – Beibehaltung des Kurssystems oder nicht – zugunsten der grundsätzlichen Abschaffung der Leistungskurse gelöst. Einfluß auf die Bedingungen des Unterrichts wird

„Neue Texte für junge Leute: Ich singe gegen die Angst“

chm. 15 Autoren, wenig namhaft in ihrem Gewerbe, haben sich zusammengefunden und „erzählen Alltagsgeschichten vom Fürchten und von der Courage“ (Klappentext). Der Herausgeber, Jo Pestum, der auch die Schlußgeschichte, die dem Band seinen Titel gibt, geschrieben hat, beschreibt das Gemeinsame der 15 Kurzgeschichten im Vorwort: „... die Ur-Angst, ausgeliefert zu sein, ... die scheinbar kleinen Ängste des Alltags ...“ Die Menschen teilt er in drei Gruppen ein: die, die „den Schmerz mit Suff und Drogen betäuben“, die, die sich anpassen, „obwohl sie eigentlich von einem besseren Leben träumen“. Zur dritten Gruppe gehören die, die widersprechen, „die nicht mit der großen Herde blöken, die sich einmischen: die ihren Mut gegen die Furcht setzen, ... jenen Mut, den man vielleicht Zivilcourage nennen kann.“ Mit einigen Sätzen

„Ich sah mich auf dem Schulhof meiner Schule, einen dicken Stein in die rechte Hand nehmend ...“ So beginnt der zweite Satz der ersten Kurzgeschichte „Die große Schule“ (S. 11). Der Schreiber, Uwe Natus, ist Lehrer in Paderborn. Im Traum wird der Ich-Erzähler, der erst dann, als der Schuldirektor seinen Namen sagt, seine „Namenlosigkeit“ verliert, wird von einem Mädchen, Sabine, daran gehindert, den Stein zu schmeißen, mit dem Argument, damit könne man nichts ändern. Als er auf dem Schulhof steht, vermischen sich Traum und Wirklichkeit: Wenn er den Stein schmisse, käme Leben in die Bude. Die Rolle des Mädchens übernimmt in dieser Zwischenzone der Direktor. Als er ihn nach seinem Motiv fragt, antwortet er, er habe sich gewünscht, daß jemand seinen Namen kenne, Jürgen Krämer. Mit dem gleichen Argument wie das

Der Titel der letzten Kurzgeschichte – Ich singe gegen die Angst – ist durchaus wörtlich zu nehmen: Die Hauptfigur, ein Lehrling im 3. Lehrjahr mit der begründbaren Angst, nicht übernommen zu werden, sitzt in seinem Zimmer und spielt Gitarre: „So saß er fast jeden Abend auf dem rauhen Sisalteppich, den nackten Rücken gegen die Wand gelehnt, ein Ohr auf den Gitarrenbauch gepreßt, dessen rythmische Vibrationen mehr und mehr in ihn eindrangen.“ (S. 119) Etwas unbequeme Körperlage, aber nun gut! Dann folgt eine Aufzählung – eine Angst Doppelpunkt werden sie ihn im Betrieb behalten; eine Angst Doppelpunkt wird die Freundin bei ihm bleiben; und noch eine Angst und noch ein Doppelpunkt usw. usf. „Er fand Worte gegen die Angst, er gab der Angst Namen, denn er wußte, daß er die Angst sagbar machen konnte

Arbeiter und Arbeitslose sind es inzwischen, die mit eigener Arbeit billigen Wohnraum erhalten wollen, indem sie in verrotteten Räumen frische Farbe streichen, abgekohlte Kabel ersetzen und Wasserrohre vor Frost schützen: die Instandbesetzer von Berlin, nur ausgeflippte Kinder dieser Stadt,

Seit Weihnachten ist dies Haus in Nürnberg besetzt. Das Haus, im Besitz einer Erbengemeinschaft, steht bereits seit einiger Zeit leer.

suchenden in dieser Altersgruppe. Die finanziellen Grenzen, die den Jugendlichen dabei gezogen sind, kommen in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Zahl der Einpersonenhaushalte bis zu 25jähriger sich unterdurchschnittlich entwickelte, während die Statistik eine überdurchschnittliche Steigerung der Mehrpersonenhaushalte „nichtverwandter“ verzeichnet, worunter im wesentlichen Wohngemeinschaften fallen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schriftenreihe 3, Haushalt und Familie 1978

Streit um flächendeckende Förderstufe in Hessen

bil. Die in einem Aktionsbündnis „Bildung für alle“zusammengeschlossenen Organisationen (DGB, GEW, Arbeiterwohlfahrt, Hessischer Jugendring, Elternbund Hessen, Jusos) haben Mitte Dezember einen Abschlußgesetzentwurf zur Förderstufe in Hessen vorgelegt. Ursprünglich war das Aktionsbündnis zur Abwehr gegen das von der CDU beabsichtigte Volksbegehren gegen die Förderstufe gegründet worden. Die CDU hatte von Anfang an gegen die Koalitionsvereinbarung von SPD und FDP, die Förderstufe in Hessen von 1978 bis 1982 flächendeckend einzuführen polemisiert. Zuletzt hatte die Vereinigung „Freie Schulwahl“ – geführt durch den Hessischen Elternverein, Philologenverband, Kapitalistenverbände und CDU – im vergangenen Herbst erneut die Frage eines Volksbegehrens „für freie Schulwahl“, d.h. Erhaltung des dreigliedrigen Schulsystems ins Spiel gebracht.

Im Unterschied zum dreigliedrigen Schulsystem, bei dem die Entscheidung über die weitere Ausbildung nach der 4. Grundschulklasse erfolgt, sieht die Förderstufe vor, daß in der 5. und 6. Klasse Kernunterricht fortgeführt wird, in dem alle Schüler einheitlich unterrichtet werden. Gleichzeitig wird aber in der Förderstufe in Leistungskursen (A-, B- und C-Kurse) unterrichtet; jedes halbe Jahr wird festgestellt, ob der Schüler im Kurs verbleibt oder „aufsteigt“ bzw. „absteigt“. Die Entscheidungsbefugnis über den weiteren Schulweg liegt bislang bei der Schule und nicht bei den Eltern. Der Klassendurchschnitt der Schüler lag im Schuljahr 1979/80 bei 29,6. Die Landesregierung hat weder ein Abschlußgesetz vorgelegt, noch die Förderstufe flächendeckend eingeführt. Der Anteil von Schülern in der Förderstufe wurde seit 1978 lediglich um 2,2% erhöht; die Förderstufenklassen gingen leicht zurück (Förderstufenklassen 1978/79: 3048; 1979/80: 3033). Die Förderstufe enthält fortschrittliche Elemente, indem durch den Kernunterricht eine Verlängerung der einheitlichen Schulausbildung über die bisherigen Grundschuljahre erfolgt. Auf der anderen Seite wird diese Vereinheitlichung der Ausbildung wieder beseitigt, denn das Kurssystem ist in gewissem Umfang nur eine Wiederspiegelung des dreigliedrigen Schulsystems. Über die Leistungskurse wird die weitere Schullaufbahn festgeschrieben.

Die Auseinandersetzung, ob die Förderstufe in der bestehenden Form und damit von der Sozialdemokratie in der Regierung nur die Einhaltung der Koalitionsvereinbarung gefordert wird und darüberhinaus die Regierung noch in Abwehr gegen die CDU verteidigt wird, ist in dem Aktionsbündnis „Bildung für alle“ noch nicht ausgestanden. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf ist ein Fortschritt. Ob ein Volksbegehren auf jeden Fall durchgeführt werden soll, oder nur als Gegenreaktion zu einem Volksbegehren des hessischen Elternvereins, darüber gibt es bislang keine Einheit. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß mit Beginn des Schuljahres 1982/83 die Klassen 5 und 6 in allen Schulen gemeinsam unterrichtet werden. Der Unterricht soll im Klassenverband erfolgen und darf durch Kurse nur dann ergänzt werden, wenn dies pädagogisch sinnvoll ist (§§ 1 und 2). Damit ist der Kernpunkt der Auseinandersetzung – Beibehaltung des Kurssystems oder nicht – zugunsten der grundsätzlichen Abschaffung der Leistungskurse gelöst. Einfluß auf die Bedingungen des Unterrichts wird genommen, wenn eine Klassenstärke von höchstens 25 und Unterricht durch den Klassenlehrer im Klassenverband an mindestens 8 Stunden in der Woche gefordert wird. Die Eltern sollen nach Abschluß der Förderstufe über die weitere Ausbildung entscheiden. Die Forderungen für ein solches Volksbegehren sind zu unterstützen, auch wenn die Einführung des polytechnischen Unterrichtes in den Klassen 5 und 6 – dies strebt der DGB an – nicht in dem Gesetzentwurf enthalten ist. Kultusminister Krollmann hat auf den Gesetzentwurf mittelbar reagiert und die Verabschiedung eines Abschlußgesetzes als „nicht dringlich“ bezeichnet. Von daher stellt sich die Frage nach der eigenständigen Durchführung eines Volksbegehrens erneut.

Ein Problem ist bei dem Gesetzentwurf, daß die integrierte Gesamtschule den übrigen allgemeinbildenden Schulen gleichgestellt werden soll (§ 4). Damit ist eine nicht einfache Lage für eine Durchführung des Volksbegehrens entstanden. Die Anerkennung der Gesamtschule wird politisch den Streit um die Gesamtschule erneut auf den Tisch bringen, ohne daß in ähnlicher Weise wie zur Förderstufe, also Abschaffung der Leistungskurse usw., Stellung bezogen wird. Indem damit gleichzeitig mit den ansonsten zu unterstützenden Forderungen ein Votum für die geltende Gesamtschule abgegeben werden soll und möglicherweise die neu aufflammende Auseinandersetzung von den Forderungen zur Förderstufe ablenkt, besteht die Gefahr der Schwächung der Einheit der Bewegung, die Elemente für ein einheitliches Schulwesen enthält.

„Neue Texte für junge Leute: Ich singe gegen die Angst“

chm. 15 Autoren, wenig namhaft in ihrem Gewerbe, haben sich zusammengefunden und „erzählen Alltagsgeschichten vom Fürchten und von der Courage“ (Klappentext). Der Herausgeber, Jo Pestum, der auch die Schlußgeschichte, die dem Band seinen Titel gibt, geschrieben hat, beschreibt das Gemeinsame der 15 Kurzgeschichten im Vorwort: „... die Ur-Angst, ausgeliefert zu sein, ... die scheinbar kleinen Ängste des Alltags ...“ Die Menschen teilt er in drei Gruppen ein: die, die „den Schmerz mit Suff und Drogen betäuben“, die, die sich anpassen, „obwohl sie eigentlich von einem besseren Leben träumen“. Zur dritten Gruppe gehören die, die widersprechen, „die nicht mit der großen Herde blöken, die sich einmischen: die ihren Mut gegen die Furcht setzen, ... jenen Mut, den man vielleicht Zivilcourage nennen kann.“ Mit einigen Sätzen werden die Kämpfe der Schüler und der Arbeiterjugend auf die einfache Gleichung von „Zivilcourage haben oder nicht“ heruntergebracht. Von den 15 Kurzgeschichten spielen drei direkt in der Schule, drei weitere behandeln Situationen, die direkt mit der Schule zusammenhängen, in zwei weiteren sind die Hauptfiguren Schüler. Lehrlinge kommen in zwei der 15 Kurzgeschichten vor. Bei den verbliebenen fragt man sich vergebens, was sie in einem Jugendbuch zu suchen haben. Ich werde hier die erste und die letzte Kurzgeschichte besprechen – hauptsächlich aus Platzgründen.

Allen Geschichten gemeinsam ist, daß sie den Widerspruch zwischen dem Einzelnen und den „anderen“ zum Hauptwiderspruch machen. Die anderen, das kann die Schulklasse sein, die Clique, ein Freund, aber immer wieder die „Menge“ oder die „Masse“. In ihnen allen ist nicht der lebende, kämpfende und arbeitende gesellschaftliche Mensch mit der Fülle seiner Beziehungen zur Natur und zu den anderen Menschen die Zentralgestalt, sondern klägliche Abziehbilder, deren Versuche, die ihnen durch den Kapitalismus entfremdete Wirklichkeit zumindest teilweise zu beherrschen, etwas lächerlich, zumindest aber unangemessen anmuten und so zum Scheitern verurteil sind, weil die Autoren nicht von der Vielfalt der Widersprüche in der Wirklichkeit ausgehen, sondern von ihrer ausgedörrten Vorstellung über die Wirklichkeit. Von daher ist es ein zutiefst wirklichkeitsverzerrendes, inhumanes Buch. Seine Zentralfigur ist *die Angst*, die als nicht verstehbar und schon gar nicht beherrschbar dargestellt wird.

„Ich sah mich auf dem Schulhof meiner Schule, einen dicken Stein in die rechte Hand nehmend ...“ So beginnt der zweite Satz der ersten Kurzgeschichte „Die große Schule“ (S. 11). Der Schreiber, Uwe Natus, ist Lehrer in Paderborn. Im Traum wird der Ich-Erzähler, der erst dann, als der Schuldirektor seinen Namen sagt, seine „Namenlosigkeit“ verliert, wird von einem Mädchen, Sabine, daran gehindert, den Stein zu schmeißen, mit dem Argument, damit könne man nichts ändern. Als er auf dem Schulhof steht, vermischen sich Traum und Wirklichkeit: Wenn er den Stein schmisse, käme Leben in die Bude. Die Rolle des Mädchens übernimmt in dieser Zwischenzone der Direktor. Als er ihn nach seinem Motiv fragt, antwortet er, er habe sich gewünscht, daß jemand seinen Namen kenne, Jürgen Krämer. Mit dem gleichen Argument wie das Mädchen überzeugt ihn der „Direx“ von der Sinnlosigkeit seines Vorhabens: „Indem du die Scheibe einwirfst, änderst du aber noch lange nichts an unserer Schule. Mit Gewalt kommen wir nicht weiter ... Lieber Jürgen (!), meinst du nicht, daß du zuallererst bei dir anfangen muß, wenn sich etwas ändern soll?“ In gemeiner Idealisierung läßt der Lehrer Natus den Schüler den Stein ins Gebüsch schmeißen und mitten auf dem Schulhof zur Sitzung der Schülermitverwaltung aufrufen. So einfach möchte der Herr Lehrer es wohl haben im schwarzen Paderborn: An der Entfaltung ihrer Fähigkeiten gehindert durch die schlechten objektiven Bedingungen an den Schulen, gegängelt von den Vertretern der Schulbürokratie, sollen die Schüler dann auch noch Partei für den Direktor ergreifen.

So flach die Fabel, so schlampig und konventionell der Gebrauch der Sprache: „Ich katapulierte aus dem Bett“ (s. 12). Für das fehlende „mich“ würde es sicherlich bei jedem Aufsatz einen dicken roten Strich geben. Der Direktor „rollt“ mit den Augen, der Hausmeister – er ist der Bösewicht – ist „eine Spinne mit tausend Armen“. Mit Sabine geht Jürgen abends spazieren, „unsere Körper wie Magnete aneinandergeklettet“, der Magnet reicht nicht, auch die Klette muß her. Über dem Wasser „schwebt“ der Song von Donovan „Catch the wind“. Mit großer Geste werden Plattheiten kundgetan: „Träume verschwinden, wenn man in den Tag läuft. Wenn es Nacht wird, kriechen sie zurück in den Körper und verarbeiten Wünsche und Ängste, die am Tag nicht Wirklichkeit werden konnten.“ (S. 12)

Der Titel der letzten Kurzgeschichte – Ich singe gegen die Angst – ist durchaus wörtlich zu nehmen: Die Hauptfigur, ein Lehrling im 3. Lehrjahr mit der begründbaren Angst, nicht übernommen zu werden, sitzt in seinem Zimmer und spielt Gitarre: „So saß er fast jeden Abend auf dem rauhen Sisalteppich, den nackten Rücken gegen die Wand gelehnt, ein Ohr auf den Gitarrenbauch gepreßt, dessen rythmische Vibrationen mehr und mehr in ihn eindrangen.“ (S. 119) Etwas unbequeme Körperlage, aber nun gut! Dann folgt eine Aufzählung – eine Angst Doppelpunkt werden sie ihn im Betrieb behalten; eine Angst Doppelpunkt wird die Freundin bei ihm bleiben; und noch eine Angst und noch ein Doppelpunkt usw. usf. „Er fand Worte gegen die Angst, er gab der Angst Namen, denn er wußte, daß er die Angst *sagbar* machen konnte. Dann konnte er sie *denken*, dann war sie ein *sichtbarer* Feind, dann war er ihr nicht ausgeliefert.“ (S. 121) Diese Aufzählung, die den Schein der Objektivität erwecken will, fotografiert die Wirklichkeit ab, verdeutlicht jedoch nicht das wesentliche an der Situation der Hauptfigur, um den sehr realen Ängsten auf die Spur zu kommen. Unstimmige Bilder und klischeehafte Gleichnisse begleiten die raunende Banalität der Gedanken. Daß durch das Gitarrespielen die Angst *sagbar* wird, mag noch hingehen, daß aber die Angst dadurch, daß sie *gedacht*, *sichtbar* wird, ist logischer Unsinn, der auch nicht mit „poetischer Lizenz“ entschuldigt werden kann.

Die Saiten der Gitarre „sirren (natürlich) *metallen*“, sie „stechen wie Insekten ins Hirn“. Die Ängste des Tages haben sich, was sonst? „tief ins Unbewußte eingenistet“. Den großen Ängsten entsprechen natürlich die Mollakkorde auf der Gitarre. Und dann, nach der großen Angstparade unfreiwillige Komik: „Er klimperte ...“ (S. 119)

Was an den Autoren zu kritisieren ist, ist nicht, daß sie falsche Sachen schreiben, sondern daß sie Sachen schreiben, die von der gesellschaftlichen Wirklichkeit und vom Bewußtsein der Jugendlichen über die Widersprüche, in denen sie stecken, längst überholt sind, während diese Schreiberlinge beides in ihre kirchtürmliche reaktionäre Phantasiegebilde zurückzerren wollen. Lernen kann man nichts draus, und langweilig ist es obendrein. Zu bedauern ist, daß die Jugendzeitschrift des DGB „ran“ das Buch als „von Jugendlichen für Jugendliche“ in ihrer Dezemberausgabe empfiehlt.

Papier ist geduldig Der Landtag auch

Minister Flessners inhaltsleerer Umweltgefahrenbericht

jöf. Bayern hat schon seit zehn Jahren einen ,,Umwelt''-Minister; andere Bundesländer haben diesen Titel auch schon vergeben, nur Schleswig-Holstein hat immer noch keinen. Hier ist Flessner immer noch Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Aber als rühriger Anwalt des Umweltschutzes muß er trotzdem aufgebaut werden. Eine neue Gelegenheit dazu bot ihm der von der CDU-Fraktion bestellte Bericht der Landesregierung zur ,,Kontrolle und Abwehr von Umweltgefahren und Umweltschäden – Vorbeugemaßnahmen zur Abwehr von Störfällen, Unglücksfällen und Katastrophen'', den er in der Dezembersitzung des Landtags vorlegte. Der Titel läßt Umfassendes erwarten; geboten wird wenig Konkretes, viel Oberflächliches und hauptsächlich Lücken.

Die dem Bericht durch die Fragestellung der CDU-Fraktion vorgegebene Unterscheidung in (aktuelle) Umweltbelastungen und (lediglich potentielle) Umweltgefahren ist hanebüchen, reine Verdummung. Als Belastungen werden genannt: – Belastungen der Gewässer durch Abwässer und Abfall; – Belastungen der Landschaft durch Schadstoffe; – Nutzungsänderungen von Natur und Landschaft; – Lärmimmissionen; – Luftverunreinigungen; – radioaktive Immissionen. Gefährdungen sind dagegen laut Landesregierung: – Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen auf See; – Lagerung gefährlicher Stoffe; – Chemische Industrie; – Kernenergie; – Beförderung gefährlicher Güter. In Wahrheit werden viele Landschaften, Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten durch die sog. Belastungen gefährdet bis zum Exitus.

In Schleswig-Holstein sind von 1380 höheren Pflanzenarten 546 mehr oder weniger in ihrem Bestand gefährdet oder schon verschwunden; 10 der 14 Amphibienarten (Frösche, Molche) sind bedroht, unter den Säugetieren der Seehund, der Fischotter, alle Fledermausarten. Die ,,Rote Liste'' der im Fortbestand in Schleswig-Holstein gefährdeten Brutvogelarten nennt 34 von insgesamt 200 Arten, die wegen diverser Umweltveränderungen enorm selten geworden sind. Gerade auf dem Gebiet des Natur- und Artenschutzes, wo der bereits erreichte Stand der Umweltzerstörung gut abgelesen werden kann, versucht sich die Landesregierung seit geraumer Zeit zu profilieren, um von ihrer Untätigkeit gegenüber den Quellen der Umweltverschmutzung, der kapitalistisch betriebenen Produktion, abzulenken. (Zur Zeit verhindert die Landesregierung das Inkrafttreten des Abwasserabgabengesetzes.) Mehrmals jährlich läßt sie sich in der Presse für ihre Bemühungen um den Erhalt der 5 Seeadlerbrutpaare Schleswig-Holsteins feiern; bewacht werden die Horste aber monatelang rund um die Uhr von unentgeldlich arbeitenden Idealisten. Jedesmal, wenn die Landesregierung fünf Hektar für ein neues Naturschutzgebiet kauft, wird das in der Presse breitgetreten. Aber längst haben die einzelnen Ökologen im Landesnaturschutzverband festgestellt, daß die einzelnen Naturschutzgebiete (mit Ausnahme der Gebiete ,,Nordfriesisches Wattenmeer'' und ,,Wattenmeer östlich Sylt'') viel zu klein sind, um einen bedrohten typischen Lebensraum (Ökosystem) zu stabilisieren und zu konservieren. 80 % der Schutzgebiete sind kleiner als 100 Hektar; das Minimalareal zur Stabilisierung eines Ökosystems etwa – das ist sehr verschieden – 300 bis 500 Hektar. Lediglich die Land-Ökosysteme ,,Wirtschaftswald'' (!) und ,,Küstendünen'' sind in Naturschutzgebieten hinreichend konserviert.



Auch hierüber steht kein Wort im Regierungsbericht. Eine einzige von ganzen 128 Seiten enthält konkrete Meßergebnisse (Luftqualität 1979 an zwei Stellen des Landes).

Und was kommt bei den sog. Umweltgefahren? Aufbauschend wird über mögliche räumliche Schwerpunkte möglicher Ölunfälle auf See räsoniert und über Munitionsfunde aus dem 2. Weltkrieg. Jeder Ansatz zu einer Bestandaufnahme der Qualität von Luft, Wasser, Nahrungsmittel usw. fehlt. Von Indikatoren wie dem erwähnten Artenrückgang, Grundwasserabsenkung (Brunsbüttel), epidemischer Zunahme geschwüriger Fischkrankheiten in der Nordsee, von der Abfallverklappung dort – findet man nichts. Zur Gesamtbelastung des Menschen wird festgestellt: ,,Veröffentlichungen (der Untersuchungsstelle für Umwelttoxikologie) ... liefern wichtige Informationen''. Wer hätte das gedacht?

Aufbau der Aktionseinheit im Kampf gegen das KKW Brokdorf

wiv. Nicht 4000, sondern mehr als 8000 Menschen haben sich an der Demonstration gegen den geplanten Bau des KKW Brokdorf am 21.12. beteiligt. ,,Das, was die Atomkraftgegner heute vorhaben, ist doch nur ein Knallbonbon. Im Frühjahr erwarten wir ganz andere Sachen'', zitieren die Kieler Nachrichten einen Polizeioffizier kurz vor der Demonstration der, wie *sie* sagen, ,,zumeist jugendlichen Atomkraftgegner''.

Die Demonstrationen um die Weihnachtszeit gegen den Bau des KKW Brokdorf haben Tradition seit 1976, dem Jahr der Erteilung der 1. Teilerrichtungsgenehmigung. In zwei Punkten unterschied sich die Demonstration am 21.12. von denen der Vorjahre:
– die Zahl der Teilnehmer lag mit 8000 um ein Vielfaches über der der vorangegangenen Jahre;
– die Demonstration fand statt als Aktionseinheit der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU), des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Kläger gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung, deren Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg noch läuft. Die Jahre vorher hatten entweder die Kläger (mehrere Bauern aus der Wilstermarsch und 4 Gemeinden) oder die Initiativen mehr oder weniger unabhängig voneinander zu Kundgebungen aufgerufen.

Ein kurzes Telegramm der Kläger aus der Wilstermarsch an Bundesinnenminister Baum als Reaktion auf dessen ,,grünes Licht'' für die 2. Teilerrichtungsgenehmigung bildete die politische Grundlage der Demonstration:

des KKW Brokdorf am 21.12. beteiligt. ,,Das, was die Atomkraftgegner heute vorhaben, ist doch nur ein Knallbonbon. Im Frühjahr erwarten wir ganz andere Sachen'', zitieren die Kieler Nachrichten einen Polizeioffizier kurz vor der Demonstration der, wie *sie* sagen, ,,zumeist jugendlichen Atomkraftgegner''.

Die Demonstrationen um die Weihnachtszeit gegen den Bau des KKW Brokdorf haben Tradition seit 1976, dem Jahr der Erteilung der 1. Teilerrichtungsgenehmigung. In zwei Punkten unterschied sich die Demonstration am 21.12. von denen der Vorjahre:
– die Zahl der Teilnehmer lag mit 8000 um ein Vielfaches über der der vorangegangenen Jahre;
– die Demonstration fand statt als Aktionseinheit der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU), des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Kläger gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung, deren Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg noch läuft. Die Jahre vorher hatten entweder die Kläger (mehrere Bauern aus der Wilstermarsch und 4 Gemeinden) oder die Initiativen mehr oder weniger unabhängig voneinander zu Kundgebungen aufgerufen.

Ein kurzes Telegramm der Kläger aus der Wilstermarsch an Bundesinnenminister Baum als Reaktion auf dessen ,,grünes Licht'' für die 2. Teilerrichtungsgenehmigung bildete die politische Grundlage der Demonstration:

,,Sehr geehrter Herr Minister! Nachdem die Brokdorfanteile einschließlich unserer Lebensgrundlagen etwas lustlos auf dem internationalen freien Markt gehandelt wurden, soll diese Kapitalanlage durch ihr Votum zur zweiten Teilerrichtungsgenehmigung entscheidend aufgewertet werden. Über den von Ihrer Regierung und Ihrer Partei kühl kalkulierten Vertrauensbruch hinaus riskieren und verantworten Sie damit die härteste Auseinandersetzung in der Geschichte der Bundesrepublik.''

Übereinstimmend ist von allen Teilnehmern die Demonstration am 21.12 als erneuter Auftakt für die Intensivierung des Kampfes gegen das KKW Brokdorf betrachtet worden. Über die Organisierung einer internationalen Großdemonstration Ende Januar / Anfang Februar sowie weitere Formen des Kampfes wird am 4.1.81 in Kolmar auf einem nationalen Treffen der Bürgerinitiativen und der interessierten politischen Organisationen beraten. Die Bedingungen für den Aufbau einer breiten Aktionseinheit gegen den Bau des KKW Brokdorf sind günstig. Die schleswig-holsteinische SPD hat sich mit Bauchschmerzen gegen den Bau ausgesprochen, die FDP will Anfang Februar ihren ,,endgültigen Standpunkt'' dartun, was nichts anderes heißt, als Beschlüsse früherer Parteitage *gegen* Brokdorf zurückzunehmen. Ähnlich zerrissen ist die Hamburger SPD. Die Vorbereitung einer erneuten Demonstration kann genutzt werden, um auf die ,,Meinungsfindung'' der bürgerlichen Parteien in Richtung Ablehnung des Brokdorf-Projektes Druck auszuüben. Viele Jusos und Judos haben sich bereits am 21.12. beteiligt.

Im Telegramm der Kläger an Innenminister Baum kam bereits die Unversöhnlichkeit der Interessengegensätze zwischen den Betreibern des Brokdorf-Projektes, ihrem Staatsapparat und den Volksmassen zum Ausdruck. Tatsächlich ist es so, daß der Bau des Kernkraftwerkes einen Angriff der Bourgeoisie auf die *gesamten* Lebensgrundlagen der Bauern, der Fischer und der Arbeiterklasse darstellt. Diese Tatsachen, konkret gefaßt, werden eine gute Plattform für die geplante Demonstration darstellen.

setzung in der Geschichte der Bundesrepublik.''

Übereinstimmend ist von allen Teilnehmern die Demonstration am 21.12 als erneuter Auftakt für die Intensivierung des Kampfes gegen das KKW Brokdorf betrachtet worden. Über die Organisierung einer internationalen Großdemonstration Ende Januar / Anfang Februar sowie weitere Formen des Kampfes wird am 4.1.81 in Kolmar auf einem nationalen Treffen der Bürgerinitiativen und der interessierten politischen Organisationen beraten. Die Bedingungen für den Aufbau einer breiten Aktionseinheit gegen den Bau des KKW Brokdorf sind günstig. Die schleswig-holsteinische SPD hat sich mit Bauchschmerzen gegen den Bau ausgesprochen, die FDP will Anfang Februar ihren ,,endgültigen Standpunkt'' dartun, was nichts anderes heißt, als Beschlüsse früherer Parteitage *gegen* Brokdorf zurückzunehmen. Ähnlich zerrissen ist die Hamburger SPD. Die Vorbereitung einer erneuten Demonstration kann genutzt werden, um auf die ,,Meinungsfindung'' der bürgerlichen Parteien in Richtung Ablehnung des Brokdorf-Projektes Druck auszuüben. Viele Jusos und Judos haben sich bereits am 21.12. beteiligt.

Im Telegramm der Kläger an Innenminister Baum kam bereits die Unversöhnlichkeit der Interessengegensätze zwischen den Betreibern des Brokdorf-Projektes, ihrem Staatsapparat und

Wohnraumzerstörung durch die SAGA in Hamburg
Mieterinitiative fordert Überlassung unbenutzten Wohnraums

lup. Die Hamburger Mieterinitiative ,,Mieter helfen Mietern'' hat kürzlich darauf hingewiesen, daß die SAGA, die zu 100% in Besitz des Hamburger Senates ist und deren Aufsichtsratsvorsitzender durch den Hamburger Bausenator Lange gestellt wird, absichtlich Wohnungen nicht nur leerstehen läßt, sondern sie zudem unbewohnbar macht. Konkret habe ein Angestellter der SAGA bei Besichtigungen von Wohnungen am Pinnasberg 63 und 70 eingestanden, daß bei längerer Nichtvermietung ,,vorsorglich'' Wasserhähne abgedreht und Toiletten und Waschbecken zerstört würden. Teilweise würden auch direkt Fußbodenbohlen herausgerissen. Dies nicht nur

baut werden mußten, um das Haus vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren, wodurch auch ein bewohnbares, gut erhaltenes Nebenhaus gefährdet würde.

In einer NDR-Sendung mußte ein Vertreter der SAGA, Gattermann, diese Enthüllungen größtenteils zugeben. Gattermanns Aussagen zufolge läßt die SAGA gegenwärtig in Hamburg insgesamt 500 Wohnungen leerstehen, davon 120 bis 130 ausdrücklich nicht wegen Gefährdung der baulichen Substanz, sondern aus ,,stadtplanerischen Gesichtspunkten''. In diesen Fällen würden ,,Wasserleitungen gekappt und Stromversorgung abgeschlossen, weil man zwischenzeitlich verhindern

billigen Wohnraum zu beschaffen. Sie betreibe vielmehr großenteils Sanierungsspekulation. Sie spekuliere auf große Sanierungsprojekte, wie den Bau von Umgehungsstraßen etc., aus denen dann nichts würde, und was im Ergebnis dazu führe, daß jahrelang guter Wohnraum stillgelegt würde, während tausende von Mietern auf Wohnungen zu erschwinglichen Preisen warten. Die Initiative forderte die SAGA und den Senat auf, ihr solchen unbenutzten Wohnraum zu überlassen, damit sie diesen an Wohnungssuchende weitervermitteln könne, die sich bereits in großer Zahl gemeldet hätten.

Große Wohnungsunternehmen wie SAGA, Neue Heimat, aber auch Versi-

sionen; – Luftverunreinigungen; – radioaktive Immissionen. Gefährdungen sind dagegen laut Landesregierung: – Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen auf See; – Lagerung gefährlicher Stoffe; – Chemische Industrie; – Kernenergie; – Beförderung gefährlicher Güter. In Wahrheit werden viele Landschaften, Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten durch die sog. Belastungen gefährdet bis zum Exitus.

In Schleswig-Holstein sind von 1380 höheren Pflanzenarten 546 mehr oder weniger in ihrem Bestand gefährdet oder schon verschwunden; 10 der 14

festgestellt, daß die einzelnen Naturschutzgebiete (mit Ausnahme der Gebiete ,,Nordfriesisches Wattenmeer'' und ,,Wattenmeer östlich Sylt'') viel zu klein sind, um einen bedrohten typischen Lebensraum (Ökosystem) zu stabilisieren und zu konservieren. 80 % der Schutzgebiete sind kleiner als 100 Hektar; das Minimalareal zur Stabilisierung eines Ökosystems etwa – das ist sehr verschieden – 300 bis 500 Hektar. Lediglich die Land-Ökosysteme ,,Wirtschaftswald'' (!) und ,,Küstendünen'' sind in Naturschutzgebieten hinreichend konserviert.

dem 2. Weltkrieg. Jeder Ansatz zu einer Bestandaufnahme der Qualität von Luft, Wasser, Nahrungsmittel usw. fehlt. Von Indikatoren wie dem erwähnten Artenrückgang, Grundwasserabsenkung (Brunsbüttel), epidemischer Zunahme geschwüriger Fischkrankheiten in der Nordsee, von der Abfallverklappung dort – findet man nichts. Zur Gesamtbelastung des Menschen wird festgestellt: ,,Veröffentlichungen (der Untersuchungsstelle für Umwelttoxikologie) ... liefern wichtige Informationen''. Wer hätte das gedacht?

Wohnraumzerstörung durch die SAGA in Hamburg

Mieterinitiative fordert Überlassung unbenutzten Wohnraums

lup. Die Hamburger Mieterinitiative ,,Mieter helfen Mietern'' hat kürzlich darauf hingewiesen, daß die SAGA, die zu 100% in Besitz des Hamburger Senates ist und deren Aufsichtsratsvorsitzender durch den Hamburger Bausenator Lange gestellt wird, absichtlich Wohnungen nicht nur leerstehen läßt, sondern sie zudem unbewohnbar macht. Konkret habe ein Angestellter der SAGA bei Besichtigungen von Wohnungen am Pinnasberg 63 und 70 eingestanden, daß bei längerer Nichtvermietung ,,vorsorglich'' Wasserhähne abgedreht und Toiletten und Waschbecken zerstört würden. Teilweise würden auch direkt Fußbodenbohlen herausgerissen. Dies nicht nur in Häusern, die insgesamt nicht bewohnt würden, sondern auch in solchen, in denen noch Mieter wohnen und die auf diese Weise systematisch unbewohnbar gemacht würden. In anderen Häusern, zum Beispiel in der Amandastr. 22, sei dadurch die Verrottung soweit vorangeschritten, daß in aller Heimlichkeit Stützpfeiler eingebaut werden mußten, um das Haus vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren, wodurch auch ein bewohnbares, gut erhaltenes Nebenhaus gefährdet würde.

In einer NDR-Sendung mußte ein Vertreter der SAGA, Gattermann, diese Enthüllungen größtenteils zugeben. Gattermanns Aussagen zufolge läßt die SAGA gegenwärtig in Hamburg insgesamt 500 Wohnungen leerstehen, davon 120 bis 130 ausdrücklich nicht wegen Gefährdung der baulichen Substanz, sondern aus ,,stadtplanerischen Gesichtspunkten''. In diesen Fällen würden ,,Wasserleitungen gekappt und Stromversorgung abgeschlossen, weil man zwischenzeitlich verhindern will, daß sich da irgendwelche Elemente einschleichen und da leben und vielleicht Feuer legen'' erklärte Gattermann.

Der Vertreter der Initiative ,,Mieter helfen Mietern'' warf der SAGA vor, ihre Geschäfte hätten nichts zu tun mit ihrem angeblichen Auftrag, Mietern billigen Wohnraum zu beschaffen. Sie betreibe vielmehr großenteils Sanierungsspekulation. Sie spekuliere auf große Sanierungsprojekte, wie den Bau von Umgehungsstraßen etc., aus denen dann nichts würde, und was im Ergebnis dazu führe, daß jahrelang guter Wohnraum stillgelegt würde, während tausende von Mietern auf Wohnungen zu erschwinglichen Preisen warten. Die Initiative forderte die SAGA und den Senat auf, ihr solchen unbenutzten Wohnraum zu überlassen, damit sie diesen an Wohnungssuchende weitervermitteln könne, die sich bereits in großer Zahl gemeldet hätten.

Große Wohnungsunternehmen wie SAGA, Neue Heimat, aber auch Versicherungen, Immobilienfonds etc., die nur einen Teil ihres Kapitals im Wohnungsbau anlegen, beherrschen den Wohnungsmarkt in Hamburg. Sie waren 1979 mit 54% an den fertiggestellten Wohnungen in Hamburg beteiligt. Ein Viertel aller fertiggestellten Wohnungen entfiel auf die sogenannten ,,gemeinnützigen'' Unternehmungen.

Fachschaftsgruppen kandidieren für den AStA

sih. Zu den Studentenparlamentswahlen an der Uni-Kiel kandidieren der RCDS (CDU), die Studenten für das Grundgesetz (GG; haben bisher mit RCDS zusammengearbeitet); die Jusos und MSB (DKP) jeweils mit unvollständigen Listen sowie die Fachschaftsgruppen. Der RCDS versucht mit seinem Sozial-Service-Angebot, das den offen reaktionären Charakter ummänteln soll, auf Fang zu gehen. Die GG-ler setzen sich von den vom RCDS initiierten Prozessen gegen den jetzigen AStA wegen Wahrnehmung des ,,allgemeinpolitischen Mandats'' ab und hoffen so auf eine liberale Strömung unter den Studenten. Die Jusos haben mit Aufstellung ihrer eigenen Liste aus den Mängeln der jetzigen AStA-Arbeit nicht gelernt, eine starke *einheitliche* Studentenvertretung aufzubauen, sondern umgekehrt bereits angekündigt, daß Aktionen gegen die Regierungsbeschlüsse für Kürzungen im Hochschulbereich während des ,,Wahlkampfes'' schlecht wären. Die Fachschaftsgruppen greifen u.a. sowohl die jüngsten Regierungsbeschlüsse an wie sie auch die einzigen sind, die für Vertretungsorgane mit uneingeschränkten Rechten *praktisch* eintreten und vor Weihnachten die von der Uni-VV beschlossene Aktionswoche für die Verfaßte Studentenschaft *mit* politischem Mandat praktisch und mit großer Beteiligung organisierten.

Neujahrs-Aufruf des Landtagspräsidenten

pes. ,,Wir stehen an der Schwelle eines neuen Jahres, von dem wir wissen, daß es von Sorgen begleitet sein wird'', leitet der Präsident des Schlewig-Holsteinischen Landtags, Dr. Helmut Lemke, seinen ,,Aufruf'' zum Jahreswechsel'' ein. Nachdem er festgestellt hat, daß der Landtag nur im Sinn hatte, ,,wie den Bürgern in Schleswig-Holstein das Leben lebenswert gestaltet werden kann'', mein er: ,,Unsere Zukunft ist auch von Faktoren abhängig, auf die wir ohne Einfluß sind. Auswirkungen der kritischen Lage der Weltpolitik und der gefährdeten Energieversorgung spüren wir bis in die Haushalte der Bürger hinein, sie zwingen zur Sparsamkeit, sie veranlassen und zu Einschränkungen. Sie vermitteln uns die Erkenntnisse, daß wir auch sonst Wünsche zurückstecken und unser Anspruchsdenken überprüfen müssen.'' Ahnend, daß das alles noch Wunsch ist, macht er seinen Leuten Mut, indem er feststellt: ,,Die Sehnsucht nach der Geborgenheit in der Heimat; die Erkenntnis von der Bedeutung eines gesicherten Vaterlandes in einem geeinten Europa wachsen.''

Hungerstreik gegen die Folter in der Türkei

cld. Seit dem 24.12. befinden sich eine Reihe von Menschen aus der Türkei und der BRD im Hungerstreik. So wie hier in Hamburg sind andere in Frankfurt, Westberlin und Liège/Belgien in den Hungerstreik getreten. Sie wollen auf den Terror der Junta in der Türkei gegen die gewerkschaftliche und fortschrittliche Bewegung aufmerksam machen. Seit dem Militärputsch am 12.9. sind alle Parteien verboten, die Gewerkschaften sind verboten, viele fortschrittliche Menschen sitzen im Gefängnis oder wurden ermordet. Nach eigenen Angaben hat die Junta fast 1000 umgebracht und 100000e ins Gefängnis gesteckt. In den Gefängnissen wird gefoltert. In der Regel erfährt niemand, wer verhaftet ist, da Verhaftungen bis zu 90 Tagen ohne Gerichtsurteil möglich sind. Die Namen von vier der Verhafteten wurden jetzt bekannt. Für die Aufklärung ihres Schicksals wird der Hungerstreik durchgeführt. Neben einer Unterschriftensammlung, die zur Unterstützung des Hungerstreiks durchgeführt wird, ist die Durchführung einer Demonstration am nächsten Samstag geplant. Findet die Demonstration statt, werden Ort und Termin im Laufe der Woche durch Flugblätter bekanntgegeben.

Hamburg: in drei Jahren plus 588 Millionäre

ulh. 1974 betrug nach Angaben der Vermögenssteuerstatistik die Zahl der Millionäre in Hamburg 2151. Die jetzt für 1977 veröffentlichte Statistik weist 2754 Millionäre aus, d.h. ein Zuwachs von 25%. Diese Millionäre, die 0,12% der Einwohner Hamburgs ausmachen, verfügen über ein Gesamtvermögen von 10,4 Mrd. DM. Damit haben sie ihren Vermögensanteil innerhalb von 3 Jahren um ⅓ erhöht. 10 der 2151 Millionäre verfügen allein über mehr als 100 Mio. DM jeweils, d.h. 0,4% der Millionäre besitzen über 10% des Gesamtvermögens der Millionäre. Das Rohvermögen beläuft sich auf 12,3 Mrd. DM, davon sind 40,7% Kapitalanforderungen, Anteile an Kapitalgesellschaften und Sparguthaben, 38,3% sind Betriebsvermögen, 21% sind Grundvermögen und 0,1% land- und forstwirtschaftliches Vermögen. Von den 2754 Millionären sind 283 Rentiers, 2162 fallen unter die Rubrik selbständig erwerbstätig. (alle Angaben aus Hamburg in Zahlen 10/80, S. 243)

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611 / 730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611 / 730231; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/ 39 49 04; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234.

Bewirtschaftungsmaßnahmen

Die Bürgerschaft ist entmachtet

thw. Die Bewirtschaftungsmaßnahmen in Hamburg, über die wir in der KVZ Nr. 52 berichtet hatten – und deren Vollzug bereits im Gange ist – sind Sondermaßnahmen des Finanzsenators auf Grund besonderer Vollmachten für diesen Senator durch die Landeshaushaltsordnung.

In der Landeshaushaltsordnung heißt es im § 41, Haushaltswirtschaftliche Sperre: (1),,Wenn die Entwicklung der Einnahmen oder Ausgaben es erfordert, kann die für die Finanzen zuständige Behörde es von ihrer Einwilligung abhängig machen, ob Verpflichtungen eingegangen oder Ausgaben geleistet werden.“ Und im § 43, Kassenmittel, Betriebsmittel heißt es: ,,Die für die Finanzen zuständige Behörde ermächtigt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kassenmittel die Behörden, in ihrem Geschäftsbereich innerhalb eines bestimmten Zeitraums die notwendigen Auszahlungen bis zur Höhe eines bestimmten Betrages leisten zu lassen (Betriebsmittel)“. Aufgrund dieses Paragraphen hat der Finanzsenator die Bewirtschaftungsmaßnahmen erlassen.

Die Frage stellt sich, wie das Volk und – gemessen an der Behauptung der bürgerlichen Demokratie, das Volk sei durch das Parlament vertreten – wie das Parlament diese Bewirtschaftungsmaßnahmen aufheben kann, welche Rechte überhaupt wer bei der Aufstellung, Verabschiedung und Durchführung des Haushaltsplanes hat.

Diese Rechte sind durch das Grundgesetz, bzw. die Verfassungen der Bundesländer und die Bundeshaushaltsordnung bzw. die Landeshaushaltsordnungen in der BRD bestimmt. Die Landeshaushaltsordnungen entsprechen in allen wichtigen Punkten der Bundeshaushaltsordnung.

1. Die Aufstellung des Haushaltsplans: Hierbei handelt es sich um das sogenannte Recht der ,,Budgetinitiative“. Das Recht der Budgetinitiative steht ausnahmslos nur dem Senat zu. Die Bürgerschaft oder Abgeordnete aus ihrer Mitte haben kein Recht, einen Haushaltsplan vorzulegen.

2. Feststellung des Haushaltsplans. Die Feststellung des Haushaltsplans ist das einzige bedeutendere Recht der Bürgerschaft bezüglich des Plans. Nicht ohne Grund heißt es allerdings ,,Feststellung des Haushaltsplans‘ und nicht ,,Verabschiedung des Haushaltsplans“. Denn der § 3 ,,Wirkungen des Haushaltsplanes, der Landeshaushaltsordnung legt fest: ,,(1) Der Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen. (2) Durch den Haushaltsplan werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.“ Der Senat und seine Fachbehörden werden durch die Feststellung des Haushaltsplanes *nicht* verpflichtet, z.B. die Ausgaben für die Renovierung einer Schule auch tatsächlich zu tätigen. Weiter wird die Feststellung des Haushaltsplanes durch die verschiedenen Möglichkeiten, den Haushaltsplan im laufenden Haushaltsjahr zu verändern, seiner Bedeutung entleert: Das formelle Recht dazu haben sowohl Abgeordnete wie der Senat. Der Senat hat das Recht auf die Antragstellung von Nachtragshaushalten und auf die ,,zwischenzeitliche Haushaltsüberschreitung“ gemäß § 37 Landeshaushaltsordnung: ,,(1)Zur Abwendung einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr oder erheblicher Schäden dürfen im Falle eines unvorhergesehenen oder unabweisbaren Bedürfnisses über- und außerplanmäßige Ausgaben geleistet werden, soweit das durch die Umstände gebotene Maß nicht überschritten wird ... “. Diese Haushaltsüberschreitungen müssen erst nachträglich von der Bürgerschaft gebilligt werden. Wenn Abgeordnete Anträge einbringen, die ausgabenwirksam sind, und nicht im Haushaltsplan enthalten sind, dann tritt der Artikel 50 der Verfassung in Anwendung: ,,Der Senat hat das Recht, gegen ein von der Bürgerschaft beschlossenes Gesetz innerhalb eines Monats unter Darlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Alsdann ist die Beschlußfassung der Bürgerschaft zu wiederholen ...“.

3. Durchführung des Haushaltsplanes. Das Parlament hat kein Zipfelchen Recht bei der Durchführung des Haushaltsplanes: ,,Das Grundgesetz geht von der Gewaltenteilung aus, derzufolge es Aufgabe der Regierung und ihrer Verwaltung ist, die Gesetze und demnach auch das Haushaltsgesetz und den Haushaltsplan durchzuführen. Weder im Haushaltsgrundsätzegesetz noch in der Bundeshaushaltsordnung sind deshalb Mitwirkungsrechte der gesetzgebenden Körperschaften beim Vollzug des Haushaltsplans vorgesehen.“

Dagegen haben der Senat und der Finanzsenator um so mehr Rechte, von denen die Möglichkeit der Bewirtschaftungsmaßnahmen eines ist. Die Bürgerschaft ist gegenüber den vielen konkreten Entscheidungen bei der Durchführung des Haushaltsplanes machtlos. Will sie diese Entscheidungen gegen den Willen des Senates rückgängig machen, läuft es mindestens auf eine Senatskrise hinaus.

‚Berufsgrundbildung‘ statt Berufsausbildung

Das jetzige BGJ hat mit den Forderungen der Arbeiterbewegung nichts gemein

reb. Grundlage für die gegenwärtige Handhabung des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) in Schleswig-Holstein ist der Runderlaß des Kultusministers zur Regelung der Ausbildung im BGJ vom 24.8.79 sowie die BGJ-Anrechnungsverordnung des Bundeswirtschaftsministers vom 17.7.78. Der Runderlaß legt das BGJ als erste *Stufe* der Berufsausbildung fest.

Zugleich wird unter Nr.1 eine schwerpunktmäßige Untergliederung der Berufsfelder ermöglicht. Unter Nr.2 wird neben der schulischen Form des BGJ, d.h. ausschließlich an der Berufsschule, die kooperative Form ermöglicht, die nach dem herkömmlichen dualen System den fachpraktischen Bereich des BGJ ganz oder teilweise betrieblich vorsieht. Unter Nr.8 ist für das BGJ ein eigenständiger Abschluß vorgesehen. Bei der Bewertung werden allgemeiner, fachtheoretischer und fachpraktischer Lernbereich voneinander getrennt. Innerhalb des allgemeinen und des fachtheoretischen Teils können mangelhafte mit befriedigenden Noten ausgeglichen werden, ein solcher Ausgleich ist im fachpraktischen Bereich nicht vorgesehen.

Schüler ohne Hauptschulabschluß können diesen mit einem erfolgreichen BGJ-Abschluß nachholen. Hierfür reichen ausreichende Noten im allgemeinen und im fachtheoretischen Lernbereich aus. Anders bei der Anrechnungs*fähigkeit* des BGJ auf die Berufsausbildung. Hierfür sind mindestens ausreichende Noten im fachtheoretischen und fachpraktischen Teil nötig, der allgemeine Lernbereich spielt keine Rolle. Der Abschluß wird mit einem Zeugnis bescheinigt,das neben den Noten mindestens ein Vermerk über die Anrechnungsfähigkeit des BGJ enthält sowie über die Erfüllung der Schulpflicht, sofern kein Ausbildungsverhältnis begründet wird.

Mit der Anrechnungsverordnung wird die Anrechnungspflicht erheblich eingeschränkt, indem für die Berufe Radio- und Fernsehtechniker, die Kfz-Berufe, sämtliche zweijährige Ausbildungsberufe sowie im Falle des Schwerpunktwechsels beim Übergang in die Fachstufe nur noch ein halbes Jahr auf die Berufsausbildung angerechnet werden muß.

Dem Runderlaß des Kultusministeriums waren bereits Rahmenvereinbarungen der Kultusministerkonferenz vom 19.5.78 vorausgegangen, die diese Richtung festgelegt hatten.

Daraufhin stellte der Berufsbildungspolitische Ausschuß des DGB am 18.10.78 fest, in der Auseinandersetzung um die Berufsbildung sei ,,eine neue Situation geschaffen“. ,,Rahmenvereinbarung und Anrechnungsverordnung verstoßen eklatant gegen das elementare Interesse der Jugendlichen an einer qualifizierten Berufsausbildung. In dieser Situation hält der DGB an der Forderung nach Einführung des schulischen BGJ als 1. Schuljahr im ersten Jahr der Berufsausbildung in der Sekundarstufe II fest.“ Gleichzeitig wird die Forderung nach genereller Einführung des 10. allgemeinbildenden Schuljahrs mit berufs- und arbeitsorientierten Unterrichtsangeboten erneuert.

Tatsächlich ist mit diesen Maßnahmen die ursprüngliche Absicht, mit 10. Schuljahr und schulischem BGJ als 1. Schuljahr der Berufsausbildung bei gleichzeitigem Recht auf Übernahme in die Fachstufe ein Bindeglied zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung zu schaffen, um den Kapitalisten den Zugriff vor Abschluß der Facharbeiterausbildung unmöglich zu machen, ins Gegenteil verkehrt. Bei flächendeckender Einführung würde das BGJ zur untersten Stufe der Berufsausbildung, nach der beliebig ausgesiebt werden kann und mittels kooperativem BGJ bekommen die Kapitalisten von Anfang an unmittelbaren Einfluß auf den Ausleseprozeß.

So haben sie auch von Anfang an das BGJ genutzt und die ursprünglich bestandene vollständige Anrechnungspflicht systematisch unterwandert. Der Anteil der BGJ's, die in Hamburg als erstes Lehrjahr anerkannt wurden, zeigt dies deutlich. 1973/74 nach Einführung lag er bei 20,8%. 1974/75 waren es 18%, 1975/76 – 13,5%, 1976/77 – 7,8%, 1977/78 bekamen noch ganze 6,7% der Auszubildenden das BGJ als erstes Lehrjahr anerkannt.

Durch die immer stärker werdende Tendenz der Ersetzung lebendiger Arbeit durch Maschinerie sinken auch die unmittelbaren Anforderungen an die Qualität der Masse der Arbeitskräfte. Dies ist die Grundlage dafür, um auf das Niveau und die Länge der Ausbildung zu drücken und damit im Endeffekt den gesellschaftlichen Wert der Arbeitskraft zu senken. Die Forderung der Gewerkschaft nach einer berufsfelddeckenden theoretischen und praktischen Grundausbildung als Bestandteil der dreijährigen Facharbeiterausbildung sollte diesem Druck entgegenwirken und es der Arbeiterklasse ermöglichen, sich auch auf eine Folge technischer Umwälzungen innerhalb einer Generation einzustellen, ohne jedesmal einen beruflichen Abstieg hinnehmen zu müssen. Eine solche Qualifikation geht jedoch über das hinaus, was der *einzelne* Kapitalist im Arbeitsprozeß verwerten kann, sondern er kann immer nur einen Teil dieser umfassenden Qualifikation für seine Profitinteressen nutzen.

Dieser Interessengegensatz liegt der Auseinandersetzung um das BGJ zugrunde und an diesen unterschiedlichen Interessen muß man das z.Z. bestehende BGJ messen. Geschwächt wird die Arbeiterbewegung durch reformistische Positionen, die von diesem Interessengegensatz abstrahieren und stattdessen ‚Chancengleichheit‘ zum obersten Ziel erklären. Die Gleichheit der Chancen sagt über die Chancen selbst noch gar nichts aus. So schreibt von Auer (GEW-Vorstandsmitglied) im DGB-Organ ‚Bildungspolitik‘: ,,Wer also am Ziel der Integration festhält, muß zugleich für die Ausweitung des BGJ eintreten.“ Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung im BGJ um den Preis der dreijährigen Facharbeiterausbildung ist für die Kapitalistenklasse durchaus akzeptabel.

Verbesserungen für
der bürgerlichen Demokratie, das Volk sei durch das Parlament vertreten – wie das Parlament diese Bewirtschaftungsmaßnahmen aufheben kann, welche Rechte überhaupt wer bei der Aufstellung, Verabschiedung und Durchführung des Haushaltsplanes hat.

Diese Rechte sind durch das Grundgesetz, bzw. die Verfassungen der Bundesländer und die Bundeshaushaltsordnung bzw. die Landeshaushaltsordnungen in der BRD bestimmt. Die Landeshaushaltsordnungen entsprechen in allen wichtigen Punkten der Bundeshaushaltsordnung.

1. Die Aufstellung des Haushaltsplans: Hierbei handelt es sich um das sogenannte Recht der ,,Budgetinitiative“. Das Recht der Budgetinitiative steht ausnahmslos nur dem Senat zu. Die Bürgerschaft oder Abgeordnete aus ihrer Mitte haben kein Recht, einen Haushaltsplan vorzulegen.

2. Feststellung des Haushaltsplans. Die Feststellung des Haushaltsplans ist das einzige bedeutendere Recht der Bürgerschaft bezüglich des Plans. Nicht ohne Grund heißt es allerdings ,,Feststellung des Haushaltsplans‘ und nicht ,,Verabschiedung des Haushaltsplans“. Denn der § 3 ,,Wirkungen des Haushaltsplanes, der Landeshaushaltsordnung legt fest: ,,(1) Der Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen

Fischerei-, Öl- und
enthalten sind, dann tritt der Artikel 50 der Verfassung in Anwendung: ,,Der Senat hat das Recht, gegen ein von der Bürgerschaft beschlossenes Gesetz innerhalb eines Monats unter Darlegung der Gründe Einspruch zu erheben. Alsdann ist die Beschlußfassung der Bürgerschaft zu wiederholen ...“.

3. Durchführung des Haushaltsplanes. Das Parlament hat kein Zipfelchen Recht bei der Durchführung des Haushaltsplanes: ,,Das Grundgesetz geht von der Gewaltenteilung aus, derzufolge es Aufgabe der Regierung und ihrer Verwaltung ist, die Gesetze und demnach auch das Haushaltsgesetz und den Haushaltsplan durchzuführen. Weder im Haushaltsgrundsätzegesetz noch in der Bundeshaushaltsordnung sind deshalb Mitwirkungsrechte der gesetzgebenden Körperschaften beim Vollzug des Haushaltsplans vorgesehen.“

Dagegen haben der Senat und der Finanzsenator um so mehr Rechte, von denen die Möglichkeit der Bewirtschaftungsmaßnahmen eines ist. Die Bürgerschaft ist gegenüber den vielen konkreten Entscheidungen bei der Durchführung des Haushaltsplanes machtlos. Will sie diese Entscheidungen gegen den Willen des Senates rückgängig machen, läuft es mindestens auf eine Senatskrise hinaus.

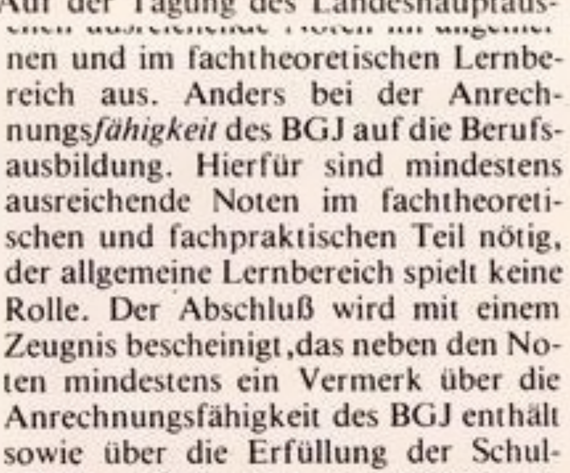
Auf der Tagung des Landeshauptaus-
nen und im fachtheoretischen Lernbereich aus. Anders bei der Anrechnungs*fähigkeit* des BGJ auf die Berufsausbildung. Hierfür sind mindestens ausreichende Noten im fachtheoretischen und fachpraktischen Teil nötig, der allgemeine Lernbereich spielt keine Rolle. Der Abschluß wird mit einem Zeugnis bescheinigt,das neben den Noten mindestens ein Vermerk über die Anrechnungsfähigkeit des BGJ enthält sowie über die Erfüllung der Schulpflicht, sofern kein Ausbildungsver-

Zu hoher Fluor-Gehalt
geboten erneuert.

Tatsächlich ist mit diesen Maßnahmen die ursprüngliche Absicht, mit 10. Schuljahr und schulischem BGJ als 1. Schuljahr der Berufsausbildung bei gleichzeitigem Recht auf Übernahme in die Fachstufe ein Bindeglied zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung zu schaffen, um den Kapitalisten den Zugriff vor Abschluß der Facharbeiterausbildung unmöglich zu machen, ins Gegenteil verkehrt. Bei flä-

fließenden Übergang ab 8 Uhr dann
wirken und es der Arbeiterklasse ermöglichen, sich auch auf eine Folge technischer Umwälzungen innerhalb einer Generation einzustellen, ohne jedesmal einen beruflichen Abstieg hinnehmen zu müssen. Eine solche Qualifikation geht jedoch über das hinaus, was der *einzelne* Kapitalist im Arbeitsprozeß verwerten kann, sondern er kann immer nur einen Teil dieser umfassenden Qualifikation für seine Profitinteressen nutzen.

Dieser Interessengegensatz liegt der Auseinandersetzung um das BGJ zugrunde und an diesen unterschiedlichen Interessen muß man das z.Z. bestehende BGJ messen. Geschwächt wird die Arbeiterbewegung durch reformistische Positionen, die von diesem Interessengegensatz abstrahieren und stattdessen ‚Chancengleichheit‘ zum obersten Ziel erklären. Die Gleichheit der Chancen sagt über die Chancen selbst noch gar nichts aus. So schreibt von Auer (GEW-Vorstandsmitglied) im DGB-Organ ‚Bildungspolitik‘: ,,Wer also am Ziel der Integration festhält, muß zugleich für die Ausweitung des BGJ eintreten.“ Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung im BGJ um den Preis der dreijährigen Facharbeiterausbildung ist für die Kapitalistenklasse durchaus akzeptabel.





Verbesserungen für Schichtarbeiter

dai. Am 1. Januar trat im Daimler-Benz Konzern eine Betriebsvereinbarung in Kraft, die für alle Schichtarbeiter wesentliche Verbesserungen bringt. In den Werken der Daimler-Benz AG arbeiten ca. 66000 Arbeiter im Schichtbetrieb und davon 5500 in 3-Schichten, das sind 4% der Gesamtbelegschaft. Im Werk Hamburg beträgt der Anteil der Schichtarbeiter etwas über 30% und davon ist die Hälfte im 3-Schichtbetrieb. Die Betriebsvereinbarung sieht regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen vor, damit müssen die Kapitalisten zugestehen, daß die Schichtarbeit ein *besonderes* gesundheitliches Risiko für den Arbeiter darstellt. Was auch in den vereinbarten Kuraufenthalten zum Ausdruck kommt. Diese Kuraufenthalte sind kein Ersatz für Heilkuren der Versicherungsanstalten, sondern werden extra bewilligt. Alle Dreischichter haben im 35., im 45., im 50. und 55. Lebensjahr den Anspruch auf einen dreiwöchigen Kuraufenthalt. Wenn sie das 55. Lebensjahr erreicht haben, können sie sich auf einen anderen Arbeitsplatz versetzen lassen, wobei der Lohn gleich bleibt. Zweischichtarbeiter können nach Vollendung des 62. Lebensjahres vorzeitig in den Ruhestand treten. Ab dem 60. Lebensjahr kann ein Dreischichter, sofern er bis zum 55. Lebensjahr mindestens 10 Jahre in 3 Schichten gearbeitet hat, die tägliche Arbeitszeit um bis zu 50% kürzen, bei Lohneinbußen von ca. 20%. Mit dieser Betriebsvereinbarung wird dem überproportionalen Verschleiß der Arbeitskraft durch Schichtarbeit eine Schranke gesetzt.

Fischerei-, Öl- und Gasressourcen der Nordsee

rgr. Das sind die Themen der diesjährigen Kieler Universitätstage (19. - 21.1.). Biologen, Geologen, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler der Universitäten Kiel und Hull (England) geben Überblicke über die vorhandenen und erwarteten Ressourcen und deren Bedeutung für die Energie- und Ernährungswirtschaft. Auch Eigentumsfragen werden behandelt.

Protestaktionen der Kreisbauernverbände

wiv. Im Wirtschaftsjahr 1979/80 ist das Reineinkommen je Familienarbeitskraft im Bundesgebiet um 1,6% gegenüber dem Vorjahr gesunken; in Schleswig-Holstein sogar um 20,1%! Unter Berücksichtigung der Inflationsrate ist das Reineinkommen im Bundesgebiet real um 6,9% gesunken. In dieser Lage werden die Bauern von den Bonner und Brüsseler Sparplänen mit besonderer Wucht getroffen, die Spaltung zwischen den Großagrariern und den Klein- und Mittelbauern wird weiter verschärft und das Bauernlegen insgesamt beschleunigt. Auf Vorschlag des schleswig-holsteinischen Landesverbandes hat der Deutsche Bauernverband beschlossen, für den 14. Februar 1981 in allen Kreisbauernverbänden der ganzen BRD zu Protestaktionen aufzurufen. Diese Aktionen richten sich gegen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung und der EG-Kommission und sollen zugleich die Forderung nach Preiserhöhungen zwischen 9 und 10 Prozent für die kommende Agrarpreisrunde unterstützen. Auf der Tagung des Landeshauptausschusses in Rendsburg kurz vor Weihnachten wurde ausführlich über die Gestaltung des 14. Februar diskutiert. Wahrscheinlich finden Demonstrationen aller Kreisbauernverbände statt. Insbesondere soll dabei gegen die systematische Hetze der bürgerlichen Presse angegangen und Aufklärung über die Situation und die Bedeutung der Landwirtschaft betrieben werden.

Durch Investitionsbeihilfen soll der Profit sprudeln

are. Auf der Jahresschlußpressekonferenz gab der Hamburger Wirtschaftssenator einen Bericht zur gegenwärtigen Lage der wirtschaftlichen Entwicklung in der Hansestadt. Danach stieg das reale Sozialprodukt (d.h.: die Wirkung bloßer Preiserhöhungen auf die Wertsumme bleibt ausgeschlossen) um ca. 2%. Das Bruttoinlandsprodukt, als Meßzahl für den Gesamtumfang der Produktion, betrug 1980 rd. 71 Mrd. DM und ist damit in Marktpreisen berechnet um 44% höher als 1975, real aber nur um 17%. Die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe – hierunter fallen: Grundstoffverarbeitende Industrie, Investitionsgüter-, Verbrauchsgüterindustrie und Nahrung- und Genußmittelindustrie blieb im Vergleich zum Vorjahr mit 168500 nahezu konstant. Der Wirtschaftssenator Steinert versprach den in Hamburg ansässigen Kapitalisten großzügige Investitionsbeihilfen. Durch Bereitstellung billiger Grundstücke sollen die Kapitalisten angelockt werden, um ein Abwandern in die Randbezirke Hamburgs zu verhindern.

Zu hoher Fluor-Gehalt im Antarktis-Krill

rgr. Die Krill-Bestände der Antarktis, Gegenstand internationaler Forschungsprogramme und angeblich wichtigste Eiweißreserve der Menschheit, sind bisher noch gar nicht eßbar. Diese schon längst festgestellte, aber sorgfältig gehütete Tatsache hat die Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg jetzt veröffentlicht, zusammen mit Überlegungen, wie die extrem hohen Fluorid-Konzentrationen aus dem Krillfleisch herausgehalten werden können (beim Absterben nach dem Fang wandert Fluor aus der Schale ins Fleisch). Krill also eines Tages doch eßbar? – Zur Deckung der Eiweißlücke bis zum Ende des Jahrtausends wird kein Krill gebraucht, das ginge mit Rindern und Schweinen schmackhafter und ohne Risiko, wenn dem nicht kapitalistische Interessen entgegenstünden. Aber ein billiges Massennahrungsmittel könnte Krill werden. Auch Pläne zur Eiweißversorgung der Südhalbkugel mit Katzen, Kaninchen und Leguanen gab es schon.

120 Std./Woche von Zivildienstleistenden verlangt

mah. Hamburg. Im Altenheim der Köster-Stiftung arbeiten 2 ZDL und 4 Schwestern. Unter folgenden Bedingungen sollte die Gesamtarbeitszeit von 173,5 Std./Monat für ZDL verwirklicht werden: Arbeitsbeginn Montag 8 Uhr; Dienstschluß 15.30 Uhr, dazwischen 2 × 15 min Pause; 2,5 Stunden ,,Feierabend“; von 18 Uhr bis Dienstag 8 Uhr Nachtbereitschaft; im fließenden Übergang ab 8 Uhr dann wieder bis 15.30 Uhr mit 2 × 15 min. Pause, usw., bis Sonnabend 8 Uhr. Die Nachtbereitschaften werden nach BAT zu 25% angerechnet: 2 Nachtbereitschaften = 1 Tag frei. So gab es einmal an 7 Tagen hintereinander 119 Std. Dienst (7 × tags , 5 × nachts), andererseits einmal von 5 Tagen 4 frei. 10 Nachtbereitschaften mtl. wurden verlangt, von den Schwestern nur 2 – 3. Laut Zivildienstgesetz soll die gleiche Arbeitszeit gelten. Gegen diesen Angriff auch auf erkämpfte Regelungen der Lohnabhängigen wurde bisher mit Unterstützung der Selbstorganisation der ZDL die Verringerung der Nachtbereitschaften auf mtl. 8 (2 je Woche) erreicht. Eine 5. Schwester wird eingestellt.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 7.1.81

Hamburg: Probe der Musikgruppe und Debatte über den Artikel ,,Über die politische Bedeutung der Musik“ (Kommunismus und Klassenkampf 12/80). 19Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6.

Donnerstag, 8.1.1980

Kiel: 20 Uhr, Astra Post im Bavaria Eck, Exerzierplatz/Schülperbaum Kiel Mitgliederversammlung der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung zu den Themen: Vorbereitung des zentralen Kongresses der Vereinigungen in Frankfurt; Diskussion der Stellungnahme der Kunstgruppe ,,Zur Schöpfung des Begriffs des analytischen Realismus“ (Auseinandersetzung mit der bisherigen Kunstpraxis und Konsequenzen daraus.)

Umschulung – Wiederherstellung des Werts der Arbeitskraft

Kampf um Ausbildungsqualität und bessere Bezahlung

bek./ebn. In der Politik des KBW unter den Umschülern haben wir zumindest in Hamburg lange Zeit die über die KVZ 19/1979 eingeführte These vertreten, daß die Umschulung lediglich dem Wunsch der Kapitalisten nach einem größeren Facharbeiter-Reservoir entgegenkomme. Teilweise wurden die Umschulungsmaßnahmen direkt als Steuerungshebel der Kapitalisten für den Arbeitsmarkt betrachtet. Mit den Tatsachen stimmt diese These nicht überein. Die Anzahl der Umschulungsmaßnahmen ist in Bezug auf die Arbeitslosenzahlen und offenen Stellen bei den Berufen, in die hauptsächlich umgeschult wird, so gering, daß ein Vergleich gar nicht möglich ist. Die Folge dieser Anschauungen war, daß wir ein positives Interesse der Arbeiterklasse an Umschulungen und Fortbildungen verneinten und die Ausbildungsinhalte uns nur am Rande beschäftigten, obwohl an dieser Frage spontan ein Kleinkrieg zwischen Umschülern und Ausbildungsinstituten geführt wird.

Marx führt im Kapital Bd.1 aus: „Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war ... Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters." (MEW23, S.510f). Auch schon im Kapitalismus ist es die Arbeiterklasse, die diese Entwicklung vorantreibt, indem sie 1. durch das von ihr geschaffene Mehrprodukt den Reichtum schafft, um Neuerungen im Produktionsapparat zu realisieren, 2. durch ihre praktische Arbeit die materielle Grundlage für Erkenntnisfortschritte in der Produktionstechnik legt, 3. außerdem die materielle Basis schafft für die Forschungstätigkeit von Wissenschaftlern und 4. durch ihren Klassenkampf der Produktion des absoluten Mehrwerts Grenzen setzt und dadurch das Kapital zwingt, fortschrittlichere Produktionsanlagen einzuführen, um den relativen Mehrwert zu steigern.

Dieser Tatsache entspricht auch die Forderung aus dem Programm des KBW: „Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr; Einheitsschule; ..."

und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war ... Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters." (MEW23, S.510f). Auch schon im Kapitalismus ist es die Arbeiterklasse, die diese Entwicklung vorantreibt, indem sie 1. durch das von ihr geschaffene Mehrprodukt den Reichtum schafft, um Neuerungen im Produktionsapparat zu realisieren, 2. durch ihre praktische Arbeit die materielle Grundlage für Erkenntnisfortschritte in der Produktionstechnik legt, 3. außerdem die materielle Basis schafft für die Forschungstätigkeit von Wissenschaftlern und 4. durch ihren Klassenkampf der Produktion des absoluten Mehrwerts Grenzen setzt und dadurch das Kapital zwingt, fortschrittlichere Produktionsanlagen einzuführen, um den relativen Mehrwert zu steigern.

Dieser Tatsache entspricht auch die Forderung aus dem Programm des KBW: „Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr; Einheitsschule; ..."

Unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen wird die Entwicklung der Produktivkräfte gehemmt, weil das Kapital den Produktionsprozeß nur organisiert unter dem Gesichtspunkt der Mehrwertproduktion und nur dann ein Interesse an der Entwicklung der Arbeitskraft sowie der Technik hat, wenn dies höheren Mehrwert verspricht. Verstümmelung der Arbeitskraft zum Anhängsel der Maschine ist ein Tribut. Neue Maschinerie heißt dann Entwertung der Arbeitskraft – Arbeitslosigkeit. Schon allein als Schutz gegen drohende bzw. längere Arbeitslosigkeit hat die Arbeiterklasse ein Interesse an ausreichenden Angeboten der beruflichen Fortbildung und Umschulung.

Träger dieser beruflichen Bildungsmaßnahmen sind die Sozialversicherungen. Aber nicht die Arbeiterklasse herrscht in den Sozialversicherungen, sondern die Interessen der Kapitalisten schlagen sich in der Qualität und materiellen Absicherung der beruflichen Bildungsmaßnahmen nieder. Gezwungen durch die Umwälzungen im Produktionsprozeß ist ihr Interesse, mit möglichst wenig Kosten Arbeitskräfte neu auszubilden, die lediglich dem unmittelbar aktuellen Stand der Produktion gerecht werden. Die Arbeiterklasse hat dagegen bei Umschulung und beruflicher Fortbildung ein Interesse an Vermittlung von umfassenden Kenntnissen und Fertigkeiten in dem jeweiligen Berufsfeld.

Die Kontrolle der Kapitalistenklasse über die Versicherungen und ihr Wunsch, die Ausbildungskosten möglichst niedrig zu halten, wirkt sich über den im Folgenden dargestellten Mechanismus auf die Ausbildungsqualität aus.

Die Ausbildungseinrichtungen sind in der Regel private Unternehmen, (häufig mit dem Zusatz „gemeinnützig" im Namen oder auch Stiftungen) die in Konkurrenz zueinander stehen. Sie machen den Kostenträgern ein Angebot, eine bestimmte Maßnahme zu einem bestimmten Preis durchzuführen, und der billigste Anbieter macht das Geschäft. Diese Herrschaft von Marktgesetzen führt dazu, daß in Bereichen mit scharfer Konkurrenz die materiellen Bedingungen in den Umschulungseinrichtungen immer schlechter werden. Diese Zustände rufen natürlich einen ständigen Kleinkrieg von seiten der Teilnehmer und der Lehrkräfte hervor und in den letzten Jahren auch zunehmend anhaltende organisierte Kämpfe.

An vielen Stellen gehen sie jedoch wesentlich weiter. So verlangen Kurse gemeinsam Einsicht in ihren Ausbildungsplan, um seine Einhaltung kontrollieren zu können. Die Stoffpläne werden mit denen normaler Auszubildender verglichen, um festzustellen, wo die Ausbildung unter diesem Niveau bleibt und um entsprechende Verbesserung zu fordern.

In diesen Auseinandersetzungen haben sich mittlerweile bestimmte politische Forderungen herausgebildet.

Eine davon ist die nach Ausbildungsverträgen. Durch sie sollen die Teilnehmer notfalls die Möglichkeit haben, auch individuell die vorher vereinbarte Ausbildungsleistung einzuklagen. Zur Zeit besteht nämlich zwischen Teilnehmer und Einrichtung normalerweise kein Vertragsverhältnis. Vielmehr stellt der Teilnehmer beim Kostenträger einen Antrag, der dann eventuell „bewilligt" wird. Alles weitere wird zwischen Kostenträger und Einrichtung abgemacht.

Eine zweite Forderung ist die nach Einspruchs- und Kontrollrecht der Gewerkschaften bei der Vergabe von Umschulungsmaßnahmen. Damit soll direkt die Wirkung der Marktgesetze eingeschränkt und die erforderliche Ausbildungsqualität gewährleistet werden. Dort, wo diese Einrichtungen nicht so scharf miteinander konkurrieren und entsprechend höhere Kursgebühren bei den Kostenträgern verlangen können, gelingt es den Teilnehmern und Lehrkräften auch leichter, eine bessere materielle Ausstattung der Ausbildung durchzusetzen. Daran wird deutlich, daß nicht so sehr die Einrichtungen als vielmehr die Kostenträger die Haupt-

dender verglichen, um festzustellen, wo die Ausbildung unter diesem Niveau bleibt und um entsprechende Verbesserung zu fordern.

In diesen Auseinandersetzungen haben sich mittlerweile bestimmte politische Forderungen herausgebildet.

Eine davon ist die nach Ausbildungsverträgen. Durch sie sollen die Teilnehmer notfalls die Möglichkeit haben, auch individuell die vorher vereinbarte Ausbildungsleistung einzuklagen. Zur Zeit besteht nämlich zwischen Teilnehmer und Einrichtung normalerweise kein Vertragsverhältnis. Vielmehr stellt der Teilnehmer beim Kostenträger einen Antrag, der dann eventuell „bewilligt" wird. Alles weitere wird zwischen Kostenträger und Einrichtung abgemacht.

Eine zweite Forderung ist die nach Einspruchs- und Kontrollrecht der Gewerkschaften bei der Vergabe von Umschulungsmaßnahmen. Damit soll direkt die Wirkung der Marktgesetze eingeschränkt und die erforderliche Ausbildungsqualität gewährleistet werden. Dort, wo diese Einrichtungen nicht so scharf miteinander konkurrieren und entsprechend höhere Kursgebühren bei den Kostenträgern verlangen können, gelingt es den Teilnehmern und Lehrkräften auch leichter, eine bessere materielle Ausstattung der Ausbildung durchzusetzen. Daran wird deutlich, daß nicht so sehr die Einrichtungen als vielmehr die Kostenträger die Haupt-
gegner der Teilnehmer sind.

Für neu anfangende Umschüler und Fortzubildende entzünden sich die ersten Auseinandersetzungen meistens an der Verschlechterung der eigenen materiellen Lage. Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt Unterhaltsgeld von angeblich 80 % oder 58 % des vorherigen Nettolohnes. Da sie aber verschiedene Lohnbestandteile nicht einzieht, kommen meistens nur ca. 70 % bzw. 50 % heraus. (Lediglich die Rehabilitanden bekommen in der Regel ein Übergangsgeld in der Höhe ihres vorherigen Nettolohnes.)

Den Kampf gegen die Senkung ihres materiellen Lebensniveaus führen die Umschüler und Fortzubildenden unter der Parole: „Umschulung ohne Lohneinbuße!" Als Schritt dorthin stellen sie die Forderung nach einem Unterhaltsgeld von 90 % des vorherigen Nettolohnes sowie nach einem Mindestbetrag von 1200 DM monatlich auf. Außerdem fordern sie die Erhöhung des Unterhaltsgeldes entsprechend den durchschnittlichen Tariflohn-Erhöhungen. (Derzeit erfolgt die effektive Anpassung etwa in Höhe des halben Prozentsatzes der Rentenanpassung, also ca. 2 %.)

Diese Forderungen stehen im Einklang mit gleichen oder ähnlichen Forderungen zahlreicher Gewerkschaftsgremien bis hin zum DGB-Bundeskongreß.

Ihre Erfahrungen mit den Sozialversicherungen haben die Umschüler auch dazu gebracht, die Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherung und Bezahlung der Kosten durch die Kapitalisten zu unterstützen.



Demonstration der Hamburger Umschüler, Fortzubildenden und Rehabilitanden im September 1980

Um ihren Kampf besser führen zu können, haben die Umschüler, Fortzubildenden und Rehabilitanden an vielen Einrichtungen begonnen, Vertretungsorgane aufzubauen und fordern Vertretungsrechte entsprechend denen normaler Arbeiter und Angestellter. Außerdem sind sie in verschiedenen Städten dabei, ihren Status innerhalb der Gewerkschaften zu klären. Ein Schritt vorwärts ist hier die Bildung von DGB-Arbeitskreisen.

„Hören Sie jetzt den Originalton Moskau"

Sketch gegen das Vordringen des sowjetischen Sozialimperialismus

hen. Eine kulturpolitische Veranstaltung des KBW und der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung Kiel wurde am 30.12.1980 mit rund 60 Teilnehmern gut besucht. Folgendes Programm wurde vorgestellt:

Zwei iranische Studenten, ein marokkanischer und ein deutscher Student spielten iranische Folklore, eine Gruppe trug Lieder über Kämpfe der Bauern vor, die Bürgerinitiative „Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht" rezitierte Auszüge aus der ‚Brokdorf-Kantate' von Peter Paul Zahl, die Musik- und Theatergruppe der Vereinigung führte einen Musiksketch auf. Mit dem unten abgedruckten Sketch wollte die Musik- und Theatergruppe einen Versuch unternehmen, eine mehr als zweijährige falsche „Kulturpraxis" zu verabschieden, die stets mit dem Anspruch einer eigenen revolutionären Kulturform allen anderen vorhandenen Möglichkeiten streng gegenübergestellt wurde. Es wurden gespielter Sprechvortrag, umgetextete Weihnachtslieder (Instrumente: Flöten, Geige, Baß, Pauke) und ein afghanisches Kampflied kombiniert.

Die Greif ... äh ... Reichweite der sowjetischen Glück-, Segens-, Friedens- und Entspannungswünsche samt dem sozialistischen Ehrgeiz, in Zukunft noch schneller, noch öfter, noch brüderlicher als bisher jedem bedrängten Volk der Welt zu Hilfe zu eilen und es mit sowjetischen Freundschaftsgaben einzuwickeln – all dies soll über Weihnachten hinaus bis weit in die nun anbrechenden 80er Jahre hineinreichen. (Der Sprecher gebährdet sich hierbei wie ein Leierkastenmann).

Verehrte Zuhörer, selbst in dieser winterlich kalten Stimmung hier oben auf dem Ostberliner Funkturm spüre ich ein gar angenehmes und warmes Zucken in den sozialistischen Herzen all der vielen Völker, die nach dem großen sozialistischen Bruder, der Sowjetunion, rufen, damit sie endlich von allen finsteren und antisozialistischen Elementen befreit werden.

Vertrauensvoll blicke ich von hier oben in Richtung Moskau und rufe: Auf daß du eine sichere und festigende sozialistische Ordnung in den noch ungeordneten Friedenstaumel der Völker

Oh unser Freund, oh Vietnam
Du kannst uns sehr gefallen.
Hilfst Weltenfrieden sichern
indem Kambodscha Du befreist
Mit uns'rer Hilfe wird dann bald
ganz Indochina glücklich sein.
(nach: Oh Tannenbaum, oh Tannenbaum ...)

Ihr Völker, ich bring' Euch das große Glück
Frieden und Freiheit auf Erden zurück.
Wir ziehn uns zurück aus Afghanistan
über Iran oder Pakistan.
(nach: Ihr Kinderlein kommet ...)

Im Sendekanal ist ein Quietschen zu hören. Plötzlich ist ein afghanisches Kampflied „Hoch Vaterland" (Übersetzung aus dem Afghanischen) zu hören:

Refrain:
Vaterland, Vaterland,
Brand von Zorn und Rachedurst.
Vaterland, Vaterland,
Das ist dein Weg, dein neuer Weg.

Der Sprecher öffnet überrascht die Augen, schließt sie aber gleich wieder.

Der Rücken deiner Bauern krumm,
Gebeugt durch Fron und Ausbeutung.
Doch brennt in ihnen Widerstand,
Der richtet ihren Körper auf.

„Hören Sie jetzt den Originalton Moskau"

Sketch gegen das Vordringen des sowjetischen Sozialimperialismus

hen. Eine kulturpolitische Veranstaltung des KBW und der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung Kiel wurde am 30.12.1980 mit rund 60 Teilnehmern gut besucht. Folgendes Programm wurde vorgestellt:

Zwei iranische Studenten, ein marokkanischer und ein deutscher Student spielten iranische Folklore, eine Gruppe trug Lieder über Kämpfe der Bauern vor, die Bürgerinitiative „Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht" rezitierte Auszüge aus der ‚Brokdorf-Kantate' von Peter Paul Zahl, die Musik- und Theatergruppe der Vereinigung führte einen Musiksketch auf. Mit dem unten abgedruckten Sketch wollte die Musik- und Theatergruppe einen Versuch unternehmen, eine mehr als zweijährige falsche „Kulturpraxis" zu verabschieden, die stets mit dem Anspruch einer *eigenen revolutionären* Kultur*form* allen anderen vorhandenen Möglichkeiten streng gegenübergestellt wurde. Es wurden gespielter Sprechvortrag, umgetextete Weihnachtslieder (Instrumente: Flöten, Geige, Baß, Pauke) und ein afghanisches Kampflied kombiniert.

Ein DDR-Reporter auf dem Ostberliner Funkturm:

(Ein Mitglied der Theatergruppe steht auf einem Tisch)

Guten Abend!

Sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer in aller Welt. Hoch oben auf dem Ostberliner Funkturm stehe ich und bin so glücklich, daß es mir gelungen ist, den *Originalton Moskau* in den Sendekanal unserer Deutschen Demokratischen Republik hereinzubekommen.

Stellen Sie sich jetzt vor, das oberste Haupt der Sowjetunion, unser teurer Genosse Breschnew, lehnt auf der hohen Mauer des Kreml und dirigiert trotz leicht kränkelnder Haltung relativ gelassen – so will es scheinen – seinen Parteichor.

Wenige Minuten, bevor unter den wuchtigen Schlägen seines Dirigentenstocks die *engelhaften Stimmen* seiner Parteigenossen *hell und silberklar* über den Roten Platz erschallen, hatte Genosse Breschnew diese bisher in der Sowjetunion einmalige Propagandavorstellung aus aktuellem Anlaß als den Gipfel der innigsten Verbundenheit und Gemeinsamkeit der sowjetischen Führung mit dem Willen des sowjetischen Volkes und der Völker der Welt angekündigt. So will Genosse Breschnew, unser aller Bruder, das nun folgende Potpourri als ein sowjetisches Weihnachtsgeschenk ganz besonderer Art verstanden wissen:

Die Greif ... äh ... Reichweite der sowjetischen Glück-, Segens-, Friedens- und Entspannungswünsche samt dem sozialistischen Ehrgeiz, in Zukunft noch *schneller*, noch *öfter*, noch *brüderlicher* als bisher jedem bedrängten Volk der Welt zu Hilfe zu eilen und es mit sowjetischen Freundschaftsgaben einzuwickeln – all dies soll über Weihnachten hinaus bis weit in die nun anbrechenden 80er Jahre hineinreichen. *(Der Sprecher gebährdet sich hierbei wie ein Leierkastenmann).*

Verehrte Zuhörer, selbst in dieser winterlich kalten Stimmung hier oben auf dem Ostberliner Funkturm spüre ich ein gar angenehmes und warmes Zucken in den sozialistischen Herzen all der vielen Völker, die nach dem großen sozialistischen Bruder, der Sowjetunion, rufen, damit sie endlich von allen finsteren und antisozialistischen Elementen befreit werden.

Vertrauensvoll blicke ich von hier oben *in Richtung Moskau* und rufe: Auf daß du eine sichere und festigende sozialistische Ordnung in den noch ungeordneten Friedenstaumel der Völker der Welt bringen mögest, *oh du starke Sowjetunion.*

Schenken Sie jetzt gemeinsam mit mir, der ich hier oben in der zugigen, eisigen und nachtschwarzen Atmosphäre des zudem noch bedenklich schwankenden Ostberliner Funkturms ausharre, ... schenken Sie ihre volle Aufmerksamkeit der kulturellen Glanzleistung des obersten sowjetischen Parteichors, von dem man mit Fug und Recht behaupten kann, daß ihm eine *sowjetische Neuinterpretation* der Kämpfe der Völker der Welt gegen imperialistische Beherrschung wunderschön gelungen ist.

Die „Kämpfe der Völker der Welt gegen ..." trägt der Sprecher leierkastenmäßig vor; erst bei „wunderschön" wird er wieder verzückt. Sobald der Sprecher seine Rede beendet hat, sackt er in sich zusammen und lauscht mit geschlossenen Augen dem „Parteichor".

Der oberste sowjetische Parteichor beginnt aufzuspielen:

Höret, ihr Völker, uns're Freunde überall
wir stehen stets bereit, um Euch beizustehen in jedem Fall.
Sowjetunion und Warschauer Pakt
bieten Euch ihre Hilfe an
fürchtet Euch nicht.
(nach der Melodie: Kommet ihr Hirten ...

Friedenstauben überall
in Kampuchea, Afghanistan
Angola, Eritrea
überall sind wir präsent.
(nach: Fröhliche Weihnacht überall ...

Oh unser Freund, oh Vietnam
Du kannst uns sehr gefallen.
Hilfst Weltenfrieden sichern
indem Kambodscha Du befreist
Mit uns'rer Hilfe wird dann bald
ganz Indochina glücklich sein.
(nach: Oh Tannenbaum, oh Tannenbaum ...)

Ihr Völker, ich bring' Euch das große Glück
Frieden und Freiheit auf Erden zurück.
Wir ziehn uns zurück aus Afghanistan
über Iran oder Pakistan.
(nach: Ihr Kinderlein kommet ...)

Im Sendekanal ist ein Quietschen zu hören. Plötzlich ist ein afghanisches Kampflied „Hoch Vaterland" (Übersetzung aus dem Afghanischen) zu hören:

Refrain:
Vaterland, Vaterland,
Brand von Zorn und Rachedurst.
Vaterland, Vaterland,
Das ist dein Weg, dein neuer Weg.

Der Sprecher öffnet überrascht die Augen, schließt sie aber gleich wieder.

Der Rücken deiner Bauern krumm,
Gebeugt durch Fron und Ausbeutung.
Doch brennt in ihnen *Widerstand*,
Der richtet ihren Körper auf.
Refrain

Als der Sprecher etwas von „Widerstand" hört, reißt er die Augen auf und blickt erschreckt die Zuschauer an, erst beim Refrain beruhigt er sich.

Dein Volk ist stets zum Kampf bereit,
Zum Aufstand, zum gerechten Krieg.
Vorwärts geht es gegen den Feind,
Solange es Leben in sich trägt.
Refrain

Der Sprecher reagiert zunehmend hektischer und aufgeschreckter.

Auf jedem Berg, in jedem Tal
lodert das Feuer des Widerstands.
Der große Brand entfaltet Kraft.
Zum Aufbau uns'res Vaterlands.

Der Sprecher stolpert, der Tisch schwankt ...
Der Refrain wird (schneller werdend) wiederholt. Die zweite Wiederholung wird nach „Rachedurst" abgebrochen. Der Sprecher dreht wild am Empfänger herum und schreit: „Schluß, aus, schon wieder dieser afghanische Piratensender! Weg damit ..." und versucht, den Originalton Moskau wiederzufinden. Als er diesen gefunden hat, sinkt er erleichtert in sich zusammen und gerät wieder in Verzückung, die er bis zum Ende durchhält.

Nach einem instrumentalen Zwischenspiel: „Morgen, Kinder, wird's was geben ..."

PVAP
in Polen
brüderlich
helfen wir
gegen die antisozialistische Kraft
wie wir es schon einmal getan
/:in der CSSR:
(nach: Stille Nacht, heilige Nacht ...)



Ob la di – ob la da
Die Popmusik und der Kult

bew. Manche Leser werden es uns vielleicht übelgenommen haben, daß wir anläßlich der Ermordung von John Lennon keinen Artikel geschrieben haben. Zur Entschädigung kommentieren wir hier die Berichte über die Beatles in den vergangenen Wochen und einige Bücher.

Die Darstellungen in der bürgerlichen Presse deckten die ganze Palette ab, vom Breittreten der Lebensgeschichte der Beatles bis zu lächerlich-peinlichen Lobhudeleien. Der ,,Stern" knöpfte sich gleich über vier Folgen die Lebensläufe der einzelnen Beatles vor und verbreitete abgestandene Mythen, im ,,Spiegel" verkündete der Schriftsteller Wolf Wondratschek mit Beatlestitel seine Empfindungen über denTod Lennons, für den Kommentator in der ,,Frankfurter Rundschau" war die Ermordung Anlaß für philosophische Höhenflüge über den Zusammenhang von Konsum und Terror, und ,,Die Welt" hat gleich drei berühmte Musiker zu Wort gebeten: Leonhard Bernstein (,,John Lennons Kompositionen sind mit den Rachmaninows oder Schuberts vergleichbar, obwohl Schubert natürlich – im Gegensatz zu Lennon – auch Sinfonien schrieb. Den Lennonsong ,If I Fell' zum Beispiel würde ich ohne weiteres mit Schuberts ,Winterreise' vergleichen"), Yehudi Menuhin und Karlheinz Stockhausen, der John Lennon mit seinen ,,Modulationen wie bei Gustav Mahler oder den Minnesängern" als ,,wichtigsten Mittler zwischen U- und E-Musik in diesem Jahrhundert" sieht. Seitenweise ist da ein unglaublicher Unsinn verbraten worden, nur eine einigermaßen sachliche Darstellung der Musik der Beatles sucht man vergebens.

Nicht viel anders ergeht es einem,
chen Presse deckten die ganze Palette ab, vom Breittreten der Lebensgeschichte der Beatles bis zu lächerlich-peinlichen Lobhudeleien. Der ,,Stern" knöpfte sich gleich über vier Folgen die Lebensläufe der einzelnen Beatles vor und verbreitete abgestandene Mythen, im ,,Spiegel" verkündete der Schriftsteller Wolf Wondratschek mit Beatlestitel seine Empfindungen über denTod Lennons, für den Kommentator in der ,,Frankfurter Rundschau" war die Ermordung Anlaß für philosophische Höhenflüge über den Zusammenhang von Konsum und Terror, und ,,Die Welt" hat gleich drei berühmte Musiker zu Wort gebeten: Leonhard Bernstein (,,John Lennons Kompositionen sind mit den Rachmaninows oder Schuberts vergleichbar, obwohl Schubert natürlich – im Gegensatz zu Lennon – auch Sinfonien schrieb. Den Lennonsong ,If I Fell' zum Beispiel würde ich ohne weiteres mit Schuberts ,Winterreise' vergleichen"), Yehudi Menuhin und Karlheinz Stockhausen, der John Lennon mit seinen ,,Modulationen wie bei Gustav Mahler oder den Minnesängern" als ,,wichtigsten Mittler zwischen U- und E-Musik in diesem Jahrhundert" sieht. Seitenweise ist da ein unglaublicher Unsinn verbraten worden, nur eine einigermaßen sachliche Darstellung der Musik der Beatles sucht man vergebens.

Nicht viel anders ergeht es einem, wenn man sich über gegenwärtig im Buchhandel erhältliche Bücher über die Beatles und ihre Musik informieren will.

William F. Spencer: Das war John Lennon – alles über ihn und die Beatles. Playboy Report, München (Moewig) 1980 (6,80 DM)

Als Leser ist man ja schon an allerhand Unverfrorenheit bürgerlicher Verlage gewohnt, aber dieses Buch setzt vielem die Krone auf. Es scheint, wie schon bei anderen Büchern der Reihe, unüblich zu sein, auch nur einen einzigen Nachweis für ein Zitat oder einen Verweis auf eine Aussage zu geben. Das könnte man noch verkraften. Aber würde man alles, was ohne jeden Hinweis aus anderen Büchern abgeschrieben wurde, streichen, dann hätte das Buch vermutlich nur die Hälfte der Seiten. Die meisten Fakten sind schon lange vorher in den verschiedenen Beatles-Biographien etc. dargestellt worden. Am Anfang und am Ende des Buches wird die Ermordung Lennons unter dem reißerischen Titel ,,Die Welt hielt den Atem an" beschrieben und dazwischen sind hinreichend bekannte Fakten aus dem Lebenslauf der Beatles zusammengehauen, angereichert mit Einschätzungen des Autors wie: ,, ,Yeah' wurde zum Bindewort zwischen schwarzer und weißer Musik" (100) oder: ,,Was bleiben wird von den Beat-



les, ist vor allem ihr frischer, fröhlicher, lebensbejahender Sound, ihre frechen, nichtssagenden bedeutungsschwangeren Texte, der unvergeßliche

Fakten aus dem Lebenslauf der Beatles zusammengehauen, angereichert mit Einschätzungen des Autors wie: ,, ,Yeah' wurde zum Bindewort zwischen schwarzer und weißer Musik" (100) oder: ,,Was bleiben wird von den Beat-



les, ist vor allem ihr frischer, fröhlicher, lebensbejahender Sound, ihre frechen, nichtssagenden bedeutungsschwangeren Texte, der unvergeßliche

Ohrwurm-Effekt ihrer meisten Lieder, die wohlausgewogene Mischung aus Aufstand und Anpassung ..." usw. usf. Und zur Trennung der Beatles muß man dann noch des Autors philosophische Weltgewandtheit über sich ergehen lassen: ,,In Mißachtung des Lehrsatzes von Aristoteles, wonach das Ganze mehr ist als nur die Summe seiner Teile, ging jeder fortan seine eigenen Wege." (97) Dazu kommen noch so unsinnige Übertreibungen wie ,,Von diesem Tag an (12.12.1963) bis 1969 waren die Beatles immer mit einem Titel auf Platz eins" (45). Alles in allem ein höchst überflüssiges Buch, was darauf spekuliert als verlegerischer ,,Schnellschuß" am Tode Lennons zu profitieren, aber an Informationen nichts bietet, was nicht auch in irgendeinem Illustriertenartikel schon längst wieder aufgewärmt ist.

Hunter Davis: Die Geschichte der Beatles, München/Zürich (Knaur 505) 1978 (5,80 DM)

Bei dieser ,,autorisierten" Biographie handelt es sich um die Taschenbuchausgabe eines bereits 1968 in Englisch und Deutsch erschienen Buches, die lediglich um ein siebenseitiges Nachwort ergänzt ist, in dem die Zeit der Trennung der Beatles bis 1971 kurz skizziert wird. Das Buch ist da ausführlich, wo es am wenigsten nötig ist, und da am wenigstens ausführlich, wo es sinnvoll wäre. Meist bis ins dritte Glied rückwärts wird der Stammbaum der einzelnen Mitglieder der Beatles in all seinen Verästelungen dargelegt. Nach der Lektüre weiß man, was John für ein Verhältnis zu Mimi und seinen drei anderen Tanten Anne, Elizabeth und Harriet hatte, was Pauls Großvater gerne trank und daß der Vater von George von 1926 bis 1936 als Steward bei der White Star Line gefahren war, man erfährt auch viel über die seelischen Probleme von Brian Epstein und den Werdegang des Rausschmeißers vom Cavern Club, auch wie die Eltern der Beatles wohnten, als die Beatles reich waren. Das alles ist auf 361 Seiten recht breitflächig dargestellt, nur interessieren tut es genausowenig, wie wenn ich weiß, was Jackie Onassis, verwitwete Kennedy, am liebsten zum Frühstück ißt. Interessant ist das Buch nur da, wo beschrieben wird, wie Gruppen wie die Beatles in Liverpool entstanden, welche Musik sie hörten und nachspielten, wie und wo sie spielten und sich durchschlugen, und dort, wo etwas über den Ablauf des Popgeschäfts, den Werberummel, die Geschäftsbedingungen berichtet wird. Aber diese kurzen Hinweise verschwinden dann schnell wieder hinter der endlosen Darstellungen von hysterischen Fans und den Tourneen um die Welt. Das Kapitel ,,Die Beatles und ihre Musik" umfaßt ganze 25 Seiten, und das auch nur, weil der Autor offenbar mal dabei sein durfte, als einige Lieder komponiert wurden. Erfahren kann man dabei auch nur etwas über die Arbeitsweise, daß Paul am Klavier eine Melodie klimperte, John eine Halbzeile sang und sie solange probten, bis sie einen passenden Reim gefunden hatten oder auch nicht. Damit hat es sich auch schon weitgehend mit dem, was der Leser über die Musik der Beatles und ihre Einflüsse erfährt.

Die Beatles wie sie sich selber sehen, hrsg. v. Miles, Pearce Marchbank, Bergisch Gladbach (Bastei Lübbe 60038) 1981 (5,80 DM)

Das Buch (208 Seiten) besteht aus zusammengesetzten Fragen und Anworten aus den diversen Interviews und autobiographischen Äußerungen der Beatles aus dem Zeitraum von 15 Jahren. ,,Sortiert" ist das ganze nach sieben Kategorien: Beatles – die Geschichte; Pressekonferenzen, Songwriting, Songs, Filme, Drogen, Politik. Ein recht unsinniges Unterfangen, da die ganzen Antworten immer aus dem Zusammenhang gerissen sind und nie gesagt wird, von wann sie stammen und

Aber diese kurzen Hinweise verschwinden dann schnell wieder hinter der endlosen Darstellungen von hysterischen Fans und den Tourneen um die Welt. Das Kapitel ,,Die Beatles und ihre Musik" umfaßt ganze 25 Seiten, und das auch nur, weil der Autor offenbar mal dabei sein durfte, als einige Lieder komponiert wurden. Erfahren kann man dabei auch nur etwas über die Arbeitsweise, daß Paul am Klavier eine Melodie klimperte, John eine Halbzeile sang und sie solange probten, bis sie einen passenden Reim gefunden hatten oder auch nicht. Damit hat es sich auch schon weitgehend mit dem, was der Leser über die Musik der Beatles und ihre Einflüsse erfährt.

Die Beatles wie sie sich selber sehen, hrsg. v. Miles, Pearce Marchbank, Bergisch Gladbach (Bastei Lübbe 60038) 1981 (5,80 DM)

Das Buch (208 Seiten) besteht aus zusammengesetzten Fragen und Anworten aus den diversen Interviews und autobiographischen Äußerungen der Beatles aus dem Zeitraum von 15 Jahren. ,,Sortiert" ist das ganze nach sieben Kategorien: Beatles – die Geschichte; Pressekonferenzen, Songwriting, Songs, Filme, Drogen, Politik. Ein recht unsinniges Unterfangen, da die ganzen Antworten immer aus dem Zusammenhang gerissen sind und nie gesagt wird, von wann sie stammen und

woher sie sind. Schlauer ist man nicht, wenn man das Buch gelesen hat, man kann sich höchstens über die skurrilen und witzigen Anworten auf die dämlichsten Reporterfragen amüsieren: ,,Warum tragen Sie an jeder Hand zwei Ringe? Ringo: Weil ich sie nicht durch die Nase tragen kann ... Wie fanden Sie Amerika? Ringo: Wir fuhren nach Grönland und bogen links ab ... Warum lächeln Sie nie, George? Es schadet meinen Lippen ... Wie hoch stehen Sie im Ansehen? John: So etwa ein Meter achtzig." Interessant sind in dem Buch höchstens die Äußerungen zu den einzelnen Platten, wobei etwas über ihre Entstehung und den Zusammenhang gesagt wird.

Diese drei Bücher sind genausowenig wie die Darstellungen in der Presse eine Hilfestellung bei der Untersuchung der Musik der Beatles und ihrer Bedeutung in den sechziger Jahren. Wenn man etwas über Popmusik, ihre Entwicklung und die Bedeutung der Beatles erfahren will, greift man besser auf die, wenn auch selbst noch mit manchen Schwächen behaftete, gute deutschsprachige Geschichte der Rockmusik zurück: Charlie Gillet: The Sounds of the City, Frankfurt (Zweitausendundeins), 1978.

Meiner Auffassung nach gibt es bei der Beurteilung der populären Musik zwei Grundpositionen. Die eine Haltung ist die, daß in der Popmusik nichts anderes gesehen wird als eine raffiniert gemachte und genutzte Finte des Kapitals, um die Jugendlichen von ihren eigenen und eigentlichen Interessen abzulenken und damit vom Klassenkampf fernzuhalten. Eine Auffassung, die in der Vergangenheit auch häufig in der KVZ vertreten worden



ist. Die andere Position sieht in der Popmusik etwas, was Spaß macht, bei dem man sich vergnügen und entspannen kann. Das braucht und kann nicht politisch interpretiert oder legitimiert werden. Eine Haltung, die es in jüngster Zeit auch in Ansätzen in der KVZ gegeben hat und die in Leserbriefen kritisiert worden ist.

Beide Positionen enthalten meines Erachtens Richtiges und Falsches, da sie aber beide an den Erscheinungsformen kleben bleiben, kommt man so einer Einschätzung der Beatmusik oder des Einflusses der Beatles nicht näher.

In der ersten Position werden nur noch die Vermarktung der Musik, der Starrummel, die Massenhysterie und von der Musik selbst höchstens noch die oft banalen Texte wahrgenommen und entsprechend kritisiert. Alle diese Erscheinungsformen gibt es, wie es sie in etwas abgewandelter Form etwa auch beim Fußball gibt. Geht man von dieser Einschätzung aus, daß die Popmusik nichts anderes ist als ein geschicktes Mittel der Kapitalistenklasse, die Jugendlichen einzulullen, muß man notwendigerweise dabei landen, daß



ist. Die andere Position sieht in der Popmusik etwas, was Spaß macht, bei dem man sich vergnügen und entspannen kann. Das braucht und kann nicht politisch interpretiert oder legitimiert werden. Eine Haltung, die es in jüngster Zeit auch in Ansätzen in der KVZ gegeben hat und die in Leserbriefen kritisiert worden ist.

Beide Positionen enthalten meines Erachtens Richtiges und Falsches, da sie aber beide an den Erscheinungsformen kleben bleiben, kommt man so einer Einschätzung der Beatmusik oder des Einflusses der Beatles nicht näher.

In der ersten Position werden nur noch die Vermarktung der Musik, der Starrummel, die Massenhysterie und von der Musik selbst höchstens noch die oft banalen Texte wahrgenommen und entsprechend kritisiert. Alle diese Erscheinungsformen gibt es, wie es sie in etwas abgewandelter Form etwa auch beim Fußball gibt. Geht man von dieser Einschätzung aus, daß die Popmusik nichts anderes ist als ein geschicktes Mittel der Kapitalistenklasse, die Jugendlichen einzulullen, muß man notwendigerweise dabei landen, daß

die Massen dumm sind, wenn sie derart sich für diese Musik begeistern, wie es augenscheinlich der Fall ist. Nicht gesehen wird, daß diese Musik auf Bedürfnisse der Jugendlichen eingeht, daß diese dadurch einem Teil ihrer Gefühle Ausdruck verleihen können.

Die andere Position sieht in der Popmusik nur ein Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse der Jugendlichen, von Bedürfnissen wie Abschalten, Austoben, Entspannen, Unterhalten. Diese Bedürfnisse sind existent, und die Musik ist eine wesentliche Form, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Nicht gesehen wird dabei, daß die Bedürfnisse im Kapitalismus gewaltsam unterdrückt und verkümmert sind, daß die Bedürfnisse sich nicht auf das beschränken, worauf die Popmusik gegenwärtig eingeht, und daß die Popmusik selbst zu einem Mittel wird, diese Bedürfnisse auf dem verkümmerten Niveau zu halten.

Bei der Einschätzung der Bedeutung und der Möglichkeiten der populären Musik muß man zuerst einmal auseinanderhalten die Musik selbst und die Formen ihrer Rezeption bzw. zu was die Musik noch alles genutzt wird und was im Zusammenhang mit ihr geschieht. Ich beurteile ein Fußballspiel oder das Fußballspielen ja auch nicht nach dem Verhalten der Fans in der Nordkurve. Genausowenig kann ich die Musik der Beatles oder die Beatmusik insgesamt nach den hysterischen Ohnmachtsanfällen der Mädchen in der ersten Reihe beurteilen und dann daraus schlußfolgern, daß so was die Jugendlichen von ihren Interessen ablenkt.

Die Ursache der Beatlesmanie Mitte der 60er Jahre kann sowenig in der Musik der Beatles gesucht werden wie die Ursache der Halbstarkenbewegung im Rock n'Roll. Die Ursachen des Entstehens solcher Bewegungen liegen in der Lage der Jugendlichen, und musikalische Richtungen können zeitweilig solchen Bewegungen ein Zusammengehörigkeitsgefühl vermitteln, aber sind daraus nicht erklärbar.

Bei der Untersuchung der Musik selbst muß man ihre verschiedenen Elemente analysieren und was sie jeweils ausdrücken, Rhythmus, Melodie, Text, Instrumentierung, Gesangsstil etc. Diese verschiedenen Elemente der modernen Popmusik knüpfen an vergangenen Musikrichtungen an und übernehmen oder verarbeiten deren Ausdrucksmittel. Dabei drückt die Musik einen bestimmten Gehalt aus, indem sie Gefühle beschreibt und vermittelt, wie Traurigkeit, Freude, Ausgelassenheit. Der Text ist dabei weitgehend untergeordnet, was z.B. schon dadurch deutlich wird, daß seit Mitte der 60er Jahre der Anteil der englischsprachigen Popmusik um die 60% der deutschen Hitparade ausmacht, oder auch dadurch, daß die Banalität der meisten Beatles-Texte den Vergleich mit Udo Jürgens-Texten nicht scheuen muß.

Erst wenn man in solcher Weise die Musik und die gesellschaftlichen Bewegungen, die im Zusammenhang mit dieser Musik sich darin einen Ausdruck verschaffen, untersucht, kommt man meines Erachtens dazu, die Musik der Beatles und die Beatlesmanie in der 60er Jahren einschätzen zu können. Gleichzeitig kommt man auch nur so, durch die Untersuchung, was die einzelnen Elemente der Popmusik ausdrücken, dazu, einzuschätzen, was sie



indem sie Gefühle beschreibt und vermittelt, wie Traurigkeit, Freude, Ausgelassenheit. Der Text ist dabei weitgehend untergeordnet, was z.B. schon dadurch deutlich wird, daß seit Mitte der 60er Jahre der Anteil der englischsprachigen Popmusik um die 60% der deutschen Hitparade ausmacht, oder auch dadurch, daß die Banalität der meisten Beatles-Texte den Vergleich mit Udo Jürgens-Texten nicht scheuen muß.

Erst wenn man in solcher Weise die Musik und die gesellschaftlichen Bewegungen, die im Zusammenhang mit dieser Musik sich darin einen Ausdruck verschaffen, untersucht, kommt man meines Erachtens dazu, die Musik der Beatles und die Beatlesmanie in der 60er Jahren einschätzen zu können. Gleichzeitig kommt man auch nur so, durch die Untersuchung, was die einzelnen Elemente der Popmusik ausdrücken, dazu, einzuschätzen, was sie



ausdrücken können und wozu sie nutzbar sind für eine Musik, die nicht nur unterhalten, sondern den Spaß an der Musik mit nützlichen Inhalten verbinden will. Die ganzen ,,Nachrufe" und die meisten Bücher über die Popmusik beweisen wie notwendig eine solche Untersuchung ist.